KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 181 September / Oktober 2015 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 181 September/Oktober 2015

Aktuelle Bewertung | Gründe und Ziele des Krieges der AKP
Die internationale Bedeutung der kurdischen Freiheitsbewegung
Veysi Sarısözen, Journalist, Türkei 4

»Die Guerilla wird sich nicht zurückziehen«
Krieg und Frieden
Cemil Bayık im Interview 8

Gegen Isolationshaft als Kriegspolitik:
Freiheit für Öcalan – für Frieden und eine Lösung!
Ayşe Batumlu 16

Zu den Perspektiven der DBP
Die eigenen Belange demokratisch selbst bestimmen
DBP Demokratische Partei der Regionen 19

Aggression der türkischen AKP-Regierung gegenüber Rojava verschärft sich
Spiel mit dem Feuer
Michael Knapp 21

Vor der Entscheidung über Barzanîs Zukunft in Südkurdistan
Demokratie oder Autokratie
Deniz Irmak 25

Interview mit dem Volksratsvorsitzenden von Şengal, Seid Hisen
Şengal ein Jahr nach Beginn des Genozids
Michael Knapp 29

Schwierigkeiten im Umgang mit der »neuen Dynamik« im Mittleren Osten
Wird das Atomabkommen das Kriegsbeil zwischen Teheran und Washington endgültig begraben?
Ismet Kem 33

»Das ist genau das, was wir brauchen!«
Neue Qualität in der Frauenaußenarbeit
Meral Çiçek 36

Frauenbefreiungsbewegung in Rojhilat
»Frauen im Norden und im Süden, vereint gegen die Vergewaltigungskultur!«
Birgit Baumeister, Mitarbeiterin bei CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, 06.08.2015 39

Frauenstiftung in Rojava setzt in ihren Projekten auf Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment
Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!
Roza Nûdem 42

Die LGBTI-Bewegung in Amed
Regenbogen auf Kurdisch
Atalay Göçer, KeSKeSoR Amed (LGBTİ-Organisation) 45

Eelamtamilische Frauen – Opfer des systematischen Völkermords in Sri Lanka
Täter dieses Verbrechens müssen vor Gericht gebracht werden!
Uma Jeneevan, Tamilische Frauen-Organisation e. V. 49

Die Ökologiebewegung Mesopotamiens formiert sich neu
Wandel des ökologischen Bewusstseins stärken!
Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf 54

Die Bundesrepublik Deutschland hält unvermindert an der Strafverfolgung kurdischer, linker und revolutionärer Organisationen aus der Türkei fest
Vorreiterrolle der BRD-Justiz in Europa bei der Kriminalisierung fortschrittlicher Organisationen
Frank Jasenski, Rechtsanwalt 58

Kevin Jochim/Dilsoz Bahar
Şehîd namirin! In unserem Kampf lebst du weiter!
Momente und Erinnerungen von WeggefährtInnen und GenossInnen 59

Buchbesprechung
Murray Bookchin: »The Next Revolution«
Michael Knapp 62

Die demokratische Moderne aufbauen – der kommende Aufstand und die Revolution im Westen
... sich vom Staat zurückziehen, um sich die eigene Kraft der Problemlösung und Perspektivfindung anzueignen
Initiative zur Verständigung / Philologischer Flügel der Imaginären Partei 64

Nur im Internet | www.kurdistan-report.de

Wir brauchen eine politische Haltung, die den Ausbruch neuer Kriege verhindert
Es war von einem Lösungsprozess die Rede ...
KCK-Erklärung zu den erneuten bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Türkei

Versuch über den Iran
Mullah-Regime vs. Selbstbestimmung
Fuat Bêrîtan



Bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe auf das Dorf Zergelê im Qandil in Südkurdistan wurden 8 Menschen getötet. Foto: DIHA



Bilder wie in den 1990er Jahren unter der Çiller-Regierung. »Sicherheitskräfte« der Türkei verstärkten nach den Wahlen den Terror gegen die Bevölkerung. Foto: DIHA



Kevin Jochim/Dilsoz Bahar wurde in der Nacht des 6. Juli im Kampf um die Befreiung Rojavas im Dorf Şergirat im Kanton Cizîrê vom IS getötet.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Freude über den Wahlerfolg der HDP bei den Parlamentswahlen in der Türkei im Juni währte nicht lange. Denn Erdoğan und seine AKP erklärten kurz nach ihrer Wahlniederlage der kurdischen Freiheitsbewegung und allen, die Anteil an diesem Erfolg hatten, den Krieg. Festnahmewellen und Militäroperationen dominieren seither die Tagesordnung in Nordkurdistan und der Türkei. Und es bleibt nicht nur dabei. Die türkische Luftwaffe greift in Südkurdistan ununterbrochen die Medya-Verteidigungsgebiete an. Dass dabei auch ZivilistInnen ins Visier genommen werden, beweisen die Bomben vom 1. August auf das Dorf Zergelê im Qandîl.

Es scheint, als habe die Türkei aus Washington grünes Licht für ihre Angriffe auf KurdInnen und die demokratische Opposition im Lande erhalten. Im Gegenzug öffnete sie ihre Air Base in Incirlik für die US-Luftwaffe, die von dort aus Luftangriffe auf IS-Stellungen in Syrien und Rojava fliegt. Die Türkei ihrerseits ist nach dem Selbstmordanschlag in Pîrsûs auf 33 sozialistische JugendaktivistInnen in der Theorie auch dem Anti-IS-Bündnis beigetreten. In der Praxis sieht es allerdings anders aus. Denn während im Inland nur vereinzelt IS-Funktionäre festgenommen wurden, von denen im Übrigen die meisten wieder auf freiem Fuß sind, zielt sie in Syrien auf die Errichtung einer »safe zone« zwischen den Kantonen Kobanê und Afrîn. Dass sie damit weniger eine Schwächung des IS beabsichtigt, als eine mögliche Vereinigung des Kantons Afrîn mit den anderen beiden Kantonen zu verhindern, ist offensichtlich. Und die Bündnispartner bei diesem Plan sind islamistische Gruppen wie Ahrar al-Scham, die sich ideologisch und praktisch kaum vom IS unterscheiden.

Im Schatten dieses groß angelegten Kriegskonzepts gegen die kurdische Freiheitsbewegung deuten sich Neuwahlen in der Türkei an. Denn die AKP konnte keinen Koalitionspartner gewinnen, sofern sie überhaupt wollte. Der Plan scheint zu sein, mit einer bewussten Eskalation der Lage die Gesellschaft so zu polarisieren, dass bei Neuwahlen die HDP unter die 10%-Hürde gedrückt wird und die AKP allein die Regierung stellt, im Idealfall mit verfassungsändernder Mehrheit. Ob diese Kalkulation aufgeht, ist mehr als fraglich. Denn der Widerstand gegen den Kriegskurs der Übergangsregierung weitet sich aus. Wird Erdoğans Partei bei den voraussichtlich im November stattfindenden Wahlen noch ein weiteres Mal abgestraft, könnte das ihr Ende bedeuten.

In Kurdistan ist man allerdings gar nicht gewillt, so lange zu warten. Frei nach dem Motto »Wenn im Parlament keine Lösung zu finden ist, nehmen wir es selbst in die Hand« baut die Bevölkerung ihre Selbstverwaltungsstrukturen in kurdischen Kommunen weiter aus. Nun heißt es ebenso wie in Rojava, diese Strukturen gegen die feindlichen Angriffe zu verteidigen, in Kurdistan, aber auch international.

Diese Ausgabe des Kurdistan Report widmen wir einem als Internationalist im Kampf um die Verteidigung der Revolution von Rojava gefallenen Genossen:

Im Gedenken an Kevin Jochim (Dilsoz Bahar)!

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung | Gründe und Ziele des Krieges der AKP

Die internationale Bedeutung der kurdischen Freiheitsbewegung

Veysi Sarısözen, Journalist, Türkei

Zuerst wurde gegen den Islamischen Staat (IS) in Kobanê ein großer Sieg errungen. Das war zugleich eine Niederlage für die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), denn diese hatte mit dem IS ein blutiges Bündnis gegen die Revolution in Rojava geschlossen. Als die erbarmungslosen IS-Angriffe gegen Kobanê auf Hochtouren liefen, erklärte der jetzige Staatspräsident (und damalige Ministerpräsident) Tayyip Erdoğan auf einer Kundgebung »Kobanê steht kurz vor dem Fall« und man bereite sich auf den »Sieg« des IS vor.

Entgegen diesen Verlautbarungen Erdoğans kam es zwischen dem 6. und dem 8. Oktober zu einem außergewöhnlichen Volkswiderstand, der begleitet wurde vom heldenhaften Widerstand der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ), der die Menschheit und dann auch die USA in Bewegung versetzte. Durch diesen Widerstand und den darauf folgenden Sieg verdient es Kobanê, als das zweite »Stalingrad« bezeichnet zu werden.

Der Eintritt in die Wahlphase in der Türkei war vom Widerstand und der Befreiung Kobanês bestimmt. Ermutigt von Abdullah Öcalan beschloss die Demokratische Partei der Völker (HDP), die aufgrund der antikurdischen Wahlhürde von zehn Prozent bislang mit unabhängigen Kandidaten hatte antreten müssen, als Partei bei den Parlamentswahlen zu kandidieren.

Nachdem die HDP diesen Beschluss öffentlich gemacht hatte, begannen Erdoğan und die gesamte AKP-Führung mit Hilfe der Medien, die sie kontrollieren, eine vernichtende Kampagne gegen die HDP. Würde diese die Wahlhürde bezwingen, so wäre es für Erdoğan und die AKP unmöglich, die Mehrheit zu gewinnen, die sie benötigt, um mit einer Verfassungsänderung das Präsidialsystem und somit Erdoğans Alleinherrschaft zu installieren. Sogar die Parlamentsmehrheit wäre nicht mehr gesichert.

In der Wahlnacht wurde klar, dass die HDP die Wahlhürde mit 13,1 % erfolgreich genommen hatte. Folglich verpasste die AKP nicht nur die verfassungsändernde Mehrheit, sondern verlor nach dreizehn Jahren auch die absolute Parlamentsmehrheit.

Am 8. Juni nahm die AKP eine Haltung ein, mit der sie das Wahlergebnis ignorierte, um ihre »verlorene Macht« zurückzugewinnen. Ohne den Versuch unternommen zu haben, eine Koalitionsregierung zu bilden, wurden Neuwahlen angekündigt. Daraufhin habe ich in meiner Kolumne geschrieben:

»Die tiefe AKP hat sich unmittelbar nach den Wahlen verplappert und ihr Ziel der Neuwahlen, ohne den Versuch, eine Koalitionsregierung zu bilden, offenbart. Das heißt, die AKP wird, wie der schriftlichen Erklärung aus dem Präsidentenpalast Erdoğans zu entnehmen war, vorerst so tun, als würde sie die Entscheidung des Volkes respektieren, indem sie Koalitionsgespräche führt. Anschließend werden die Gespräche für gescheitert erklärt werden. In der Zwischenzeit wird die AKP die Wirtschaft schrittweise in die Krise treiben und in Kurdistan mit bewaffneten und blutigen Provokationen den Waffenstillstand beenden, um dann zu behaupten, ›ohne AKP-Mehrheit im Parlament‹ drohe dem Land die Instabilität. Auf diese Weise wären die Bedingungen für Neuwahlen geschaffen.

Aber aufgrund der Beunruhigung durch die Niederlage haben sie ihr eigentliches Ziel der Neuwahlen frühzeitig preisgegeben. Daher wussten wir, dass sie mit allen Mitteln über Provokationen, seien sie ökonomisch, politisch, militärisch oder sozial, eine Koalitionsregierung verhindern werden.«

Diese Zeilen schrieb ich nur zwei Tage nach den Wahlen, also am 10. Juni 2015. Mit Bedauern beobachten wir, dass die Entwicklungen diese Vorausschau bestätigt haben. Eine Provokation folgt der anderen. Mit dem Vernichtungsangriff des IS und der tiefen AKP in Pîrsûs (Suruç), bei dem bislang 33 junge Menschen getötet und Hunderte verletzt worden sind, die sich dort aus Solidarität mit Kobanê aufhielten, um nach Kobanê zu reisen und sich am Wiederaufbau zu beteiligen, wurde die Bedingung für den Plan der AKP geschaffen. Am 24. Juli

putschte die AKP, die bei den Wahlen die parlamentarische Mehrheit verloren hatte und nicht mehr die Regierung stellt, auf Anweisung Erdoğans gegen den Willen des neugewählten türkischen Parlaments. Erdoğan selbst erklärte den »Friedensprozess« und den seit 2013 anhaltenden Waffenstillstand offiziell für beendet. Daraufhin bombardierten Kampfflugzeuge über 400 Mal Stellungen der PKK. Die militärischen Angriffe dauern noch immer an. Bei den anhaltenden Luftangriffen auf das Qandîl-Gebirge in Südkurdistan/Nordirak verübte die türkische Luftwaffe ein Massaker an der dortigen Zivilbevölkerung. Die türkischen Kampfjets bombardierten in der Nacht zum 1. August ab vier Uhr auch das ausschließlich von Zivilisten bewohnte Dorf Zergelê. Dabei kamen acht Zivilisten ums Leben, fünfzehn weitere Menschen wurden schwer verletzt.

Es ist nicht das erste Mal, dass bei Angriffen der türkischen Luftwaffe auf die Qandîl-Berge Zivilisten getötet wurden. Bereits im August 2011 hatte das türkische Militär bei Luftangriffen eine siebenköpfige Familie getötet.

Um ihre Kriegserklärung zu verschleiern, verbreiteten die listigen AKP-Sprecher lautstark die große Lüge, sie würden parallel auch gegen den IS vorgehen. Auch wenn sich diese Lüge nur einige Tage halten konnte, so war sie wirksam. Zuvor hatte der Druck der US-Amerikaner auf die Türkei zugenommen, die westlichen Kräfte hatten begonnen, die »Beweise« für die Waffenlieferungen der AKP an den IS sowie für die Ölgeschäfte zwischen AKP und IS aus der Schublade zu holen. Als die Qualität dieser Dokumente eine Dimension anzunehmen drohte, mit der die AKP-Führung vor ein internationales Strafgericht hätte gestellt werden können, genehmigte die »abgewählte« AKP-Regierung die Nutzung des Stützpunktes Incirlik für US-Kampfflugzeuge.

Die Nachricht, die AKP-Regierung habe beschlossen, gegen den IS vorzugehen, entsprach nicht der Realität. Am 24. Juni wurden lediglich drei »leere« Gebiete bombardiert und während in der Türkei/Kurdistan annähernd 2 000 HDP-Mitglieder festgenommen wurden, kamen angeblich circa 100 IS-Leute in Gewahrsam, viele von ihnen sind wieder freigelassen worden. Inzwischen ist auch gar nicht mehr die Rede vom Kampf gegen den IS. Kurze Zeit später mussten sowohl US-Präsident Obama als auch andere westliche Staatsführungen die Türkei daran erinnern, dass das eigentliche Ziel nicht die PKK, sondern noch immer der IS sei.

Kein Grund, der von der AKP-Regierung für den Krieg gegen die PKK angeführt wird, ist legitim. Ministerpräsident Davutoğlu konnte in einer TV-Sendung keinen vernünftigen Grund nennen. Er führte die Tötung von zwei Polizisten an.



Türkische Kampfjets bombardierten in der Nacht zum 1. August ab vier Uhr auch das ausschließlich von Zivilisten bewohnte Dorf Zergelê. Dabei kamen acht Zivilisten ums Leben, fünfzehn weitere Menschen wurden schwer verletzt. Foto: DIHA

Des Weiteren listete er die Kalaschnikow-Schüsse auf, die nach dem HDP-Wahlsieg von einigen Menschen in die Luft abgegeben worden waren, und das Verbrennen von beim Staudamm- und Straßenbau eingesetzten Militär- und anderen Fahrzeugen. Das heißt, es wurden Belange der öffentlichen Ordnung als Kriegsgründe angegeben.

Jeder mit gesundem Menschenverstand wird erkennen, dass diese Vorfälle kein ausreichender Grund sind, einen Krieg vom Zaun zu brechen, der viel größeren Schaden an Menschenleben und Sachen anrichtet. Ein Staat hat die Möglichkeit, die Verantwortlichen für den Tod der beiden Polizisten durch seine Sicherheits- und Geheimdienstkräfte verfolgen zu lassen und zur Rechenschaft zu ziehen, anstatt einen Krieg zu beginnen. Dieser Regierung war es nicht in den Sinn gekommen, den Krieg zu erklären, als vor längerer Zeit zwei Unteroffiziere hinterrücks erschossen worden waren, auch nicht, als das Assad-Regime ein türkisches Kampfflugzeug abgeschossen und dabei ein Pilot sein Leben verloren hatte.

Aus zwei Gründen ist die Kriegserklärung der AKP-Regierung illegitim. Erstens: Es ist illegitim, dass eine »abgewählte« Regierung, sich über den Willen des neu gewählten Parlaments hinwegsetzend, den Beschluss zu einem Krieg fasst, der die nächsten zehn Jahre der Türkei beeinflussen wird.

Zweitens: Die Argumente für den Kriegsbeschluss sind unzureichend. Sogar die Staaten, die sich gezwungen sehen, die Türkei als einen NATO-Partner zu unterstützen, rufen sie zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit auf.

Vor einigen Tagen machte der stellvertretende Ministerpräsident der »abgewählten« Regierung, Yalçın Akdoğan, ein Geständnis, das alle in Staunen versetzte.

Grund für den Krieg sei die im Wahlkampf an Erdoğan gerichtete Äußerung von Selahattin Demirtaş gewesen: »Wir werden nicht zulassen, dass du Präsident wirst.« Die beiden Gründe der AKP für ihre Kriegserklärung beweisen die Unrechtmäßigkeit.

Die türkische Armee hat in den letzten dreißig Jahren Qandil mehrmals bombardiert. Sie hatte nach der ZAP-Offensive sogar versucht, mit Bodentruppen in den Qandîl einzudringen. Aber die gesamte Kriegszeit hat immer wieder bewiesen, dass diese militärischen Angriffe nichts bewirken. Was also ist der eigentliche Grund für diesen Krieg, mit dem die militärische Kraft der PKK nicht zu zerschlagen ist?

Das erste Motiv für diesen Krieg ist, die Türkei in einer Atmosphäre von Krieg und Chaos zu Neuwahlen zu führen. Die AKP erhofft sich von der nationalistischen Hysterie, die mit jedem im Krieg getöteten Soldaten geschürt wird, mehr Stimmen. Parallel soll die HDP mit Massenfestnahmen und psychologischer Kriegsführung geschwächt und in die kurdischen Gebiete der Türkei zurückgedrängt werden. So erhofft sich die AKP, die HDP erneut unter die Zehnprozenthürde zu drücken. Somit wäre erneut der Weg zur alleinigen Macht bereitet. Diese blutige Verbindung zwischen Wahlen und Krieg zeigt, dass die AKP bis zu den Neuwahlen frühestens November 2015 oder spätestens Mai 2016 versuchen wird, die Kriegsbedingungen aufrechtzuerhalten. Sie versucht, mittels Krieg die Macht zu erpressen. Staatspräsident Erdoğan drohte mit der Aufhebung der Immunität der HDP-Abgeordneten. Diese provokante Aussage gewann mit der Äußerung Prof. Ahmet Atillâ Şentürks, Lehrbeauftragter der Fakultät der Künste und Wissenschaft an der Istanbuler Arel-Universität, eine neue Qualität: »Für jeden gefallenen Soldaten sollte jeweils ein HDP-Parlamentarier getötet werden.«

Zweitens: Die AKP-Regierung versucht, ihren Beschluss, Incirlik für US-Flugzeuge im Kampf gegen den IS zu öffnen, durch den Krieg gegen die PKK zu neutralisieren. Mit den schweren Bombardements soll der Bewegungsraum der PKK-Guerillas im Qandîl eingeschränkt werden. Dies wiederum bedeutet eine strategische Unterstützung für den IS. Allgemein bekannt ist, dass die Luftangriffe der *[Anti-IS-]*Koalition unter Führung der USA nur mit einer effektiven Bodenoffensive Erfolg haben können. Die einzige Kraft, die ihre Schlagkraft gegen den IS bewiesen hat, sind die militärischen Einheiten der kurdischen Befreiungsbewegung. Diese Kraft zu schwächen bedeutet eine direkte Unterstützung des IS.

Auch diese Ziele der »abgewählten« Regierung sind illegitim, ungerecht und rechtswidrig. Einen Krieg zu beginnen, um zum einen die AKP erneut an die Macht zu bringen und zum anderen die Wirkung der Luftangriffe auf den IS zu schwächen, kann niemand als richtig erachten. Keine Anschuldigung gegen die PKK kann diese Ziele legitimieren.

Strategisches Ziel der AKP ist es, über das Abwürgen der Revolution in Rojava erneut zu einer »entscheidenden Kraft« in der Region zu werden. Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben die Türkei weit hinter dieses Ziel zurückfallen lassen. Sie versucht jetzt, neue Pläne zu schmieden, um die hundert Kilometer lange Grenzregion zwischen den Kantonen Afrîn und Kobanê zu kontrollieren. In dieser überwiegend von Kurden und Arabern besiedelten Region ist sie bestrebt, über die bewaffnete turkmenische Minderheit vollendete Tatsachen zu schaffen und eine Vereinigung der beiden Kantone zu verhindern. Das beweist erneut die feindselige Haltung der AKP gegenüber der Revolution in Rojava. Die AKP-Regierung fürchtet sich vor einem Bündnis zwischen den Völkern von Rojava und Latakia. Sie sieht darin eine Bedrohung für sich

selbst. Wenn die Kantone Afrîn und Kobanê vereint wären und zwischen den Völkern von Rojava und Latakia ein demokratisches Bündnis zustande käme, so wäre die Grenze der Türkei vor den barbarischen IS- und Al-Qaida-Banden geschützt. Allein diese Tatsache demonstriert, dass die Interessen der AKP im Widerspruch zu den nationalen Interessen und der Grenzsicherheit der Türkei stehen.

Auch die Interessen der europäischen Völker und die Macht- und Hegemoniegier der AKP widersprechen sich.

Nur zu schade, dass die europäischen Konservativen »recht« behalten. Die Türkei ist, wie sie immer wieder betont haben, kein »europäisches« Land. Die Art und Weise, in der Erdoğan sie führt, hat die Türkei beinahe zu einem Land des Nahen Ostens gemacht. Auch wenn der Punkt noch nicht erreicht ist, an dem es kein Zurück mehr gibt, so wird sie sich – wenn Erdoğan und die AKP nicht von internationalen demokratischen Kräften gemeinsam mit den Demokraten der Türkei aufgehalten werden – nicht nur außen- und innenpolitisch, wirtschaftlich, sondern auch in soziologischer Hinsicht von Europa lösen. Die Gesellschaft der Türkei außerhalb Kurdistans wird sich sehr schnell von einem gemäßigten hin zu einer radikalen Islamisierung wandeln. Diese Einschätzung wird auch noch durch die zunehmende Transformation der liberalen FSA in Richtung IS verstärkt, die »Talibanisierung« des »liberalen islamischen Pakistan« und die Tatsache, dass Ägypten nur durch einen »Putsch« einer solchen Situation entgehen konnte. Ein Blick auf die Provinz Semsûr (Adıyaman) reicht aus, um die Gefahrensignale zu erkennen. Zwei vom IS rekrutierte Selbstmordattentäter aus Semsûr haben zuerst in Amed (Diyarbakır) zwei Tage vor den Wahlen, dann in Pîrsûs (Suruç) Ende Juli terroristische Massenmordanschläge verübt. Die Türkei ist nicht mehr nur ein Sprungbrett für ausländische IS-Terroristen, sondern sie hat sich in eine Quelle verwandelt, die IS-Terroristen produziert. Hier seien die Leser an die Kontraguerilla Hizbullah *[nicht zu verwechseln mit der schiitischen libanesischen Hisbollah]* erinnert, die in den 1990er Jahren tausende Menschen ermordete und ihre Opfer auf brutale Weise gefesselt, regelrecht verschnürt, in »Todeshäusern« ablegte.

Das hat für unsere europäischen »Freunde« folgende Bedeutung:

Die EU-Staaten können in Zukunft mit einer Türkei benachbart sein, die sich in ein IS-Gebilde verwandelt hat. Das wiederum bedeutet, dass der Plan fehlgeschlagen ist, die Türkei aus der EU herauszuhalten, sie aber gleichzeitig als Pufferzone zwischen Europa und dem Kriegsgebiet Mittlerer Osten zu nutzen.

Diese und andere Sachverhalte verdeutlichen, dass die Europäer im Hinblick auf das »türkische Problem« keine Chance mehr haben, diese Tatsachen auszublenden und sich passiv zu verhalten. Wenn die Türkei sich immer mehr in eine Art Pakistan verwandelt, wird sich das in einem unabsehbaren Ausmaß negativ auf die islamischen Gemeinschaften in Europa auswirken. Wenn der islamisch-fundamentalistische Terror in der Türkei erst einmal eine qualitative Stärkung erlebt, wird das schon bald zu einem internen Problem der westlichen Staaten werden. Die Europäer sehen schon jetzt, dass der IS-Virus die friedlichen islamischen Gemeinschaften zu vergiften begonnen hat. Während heute diese IS-infizierten Menschen über die Türkei nach Syrien gehen, um gegen die Kurden in den Dschihad zu ziehen, werden sie morgen mit dem Ziel des Dschihads aus der Türkei nach Europa zurückkehren.

Die EU-Staaten können in Zukunft mit einer Türkei benachbart sein, die sich in ein IS-Gebilde verwandelt hat. Das wiederum bedeutet, dass der Plan fehlgeschlagen ist, die Türkei aus der EU herauszuhalten, sie aber gleichzeitig als Pufferzone zwischen Europa und dem Kriegsgebiet Mittlerer Osten zu nutzen.

Allein diese Tatsache zeigt, welche Bedeutung die kurdische Befreiungsbewegung für die internationale Gemeinschaft und für die menschliche Zivilisation hat.

Die Rolle, die die kurdische Bewegung nach apoistischer Anschauung in allen Teilen Kurdistans spielt, wurde sichtbar, als der IS Mossul einnahm und Şengal (Sindschar), Kerkuk, Maxmur und Rojava angriff.

Es sind heute die Kinder des kurdischen Volkes, welche die strategischen Interessen der Türkei und Europas gegen die menschenfeindlichen Kräfte des IS schützen. ♦

»Die Guerilla wird sich nicht zurückziehen«

Krieg und Frieden

Cemil Bayık im Interview

Erdal Er sprach für Mednuce TV mit Cemil Bayık, Kovorsitzender des Exekutivrates der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK). Das Interview wurde am 11.08.2015 ausgestrahlt und am 12.08. bei ANF veröffentlicht.

Wer hat den Krieg begonnen?

Es ist eine Tatsache, dass der Waffenstillstand von Recep Tayyip Erdoğan und der AKP beendet wurde. Niemand kann behaupten, dass ihn die PKK beendet und den Krieg begonnen habe. Für ihre politischen Ziele wollen Erdoğan und die AKP einen Krieg entfachen. Gegen diesen inszenierten Krieg nehmen wir unser natürliches Recht auf Selbstverteidigung wahr. In der UN-Charta ist verankert, dass ein Volk, das Angriffen ausgesetzt ist, sich verteidigen kann. Das ist das, was wir tun. Selbst ein Tier wehrt sich, wenn es zur Schlachtbank geführt wird.

Haben Sie eine Entscheidung für den Krieg getroffen?

Nein, die PKK macht Gebrauch von legitimer Selbstverteidigung. Wenn wir vorgehabt hätten, einen Krieg zu beginnen, hätten wir das in der Wahlkampfphase gemacht.

Warum erwähnen Sie, dass Sie den Krieg »während des Wahlkampfs« begonnen hätten?

Weil die AKP und Erdoğan in dieser Phase eine sehr provokante Politik betrieben haben. Um den Boden für einen Krieg zu bereiten, haben sie uns provoziert. Trotz alldem handelten wir mit gesundem Menschenverstand und haben keinen Krieg begonnen. Wir haben uns große Mühe gegeben, damit die Wahl reibungslos verläuft. Was sagte Erdoğan im Wahlkampf? »Es gibt kein Kurden-Problem«, »es gibt keinen Dolmabahçe-Konsens«, »ein Beobachtungskomitee kann es nicht geben«, »es gibt keinen Verhandlungstisch«, »es gibt keine Verhandlungspartner«. Das alles hat er öffentlich geäußert. Seit dem 5.4.2015 besteht kein Kontakt mehr zum Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Mit all diesen Ereignissen haben sie den Waffenstillstand aufgehoben und den Friedensprozess beendet. Das bedeutet, dass sie den Krieg begonnen haben.

Erdoğans Annäherungsweise an den Prozess hatte dazu geführt, dass die Guerilla in Agirî (Ağrı) angegriffen wurde. Um eine Auseinandersetzung zu verhindern, ging die Bevölkerung dazwischen. Dort sind Zivilisten und Guerillakämpfer gefallen und verletzt worden. Auf die Büros der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in Adana und Mersin wurden Bombenanschläge verübt. In Amed (Diyarbakır) fand ein großes Massaker statt. Nach der Wahl gab es Massaker in Kobanê und Pîrsûs (Suruç). Wer hat das alles gemacht? Die PKK wohl eher nicht …

Weshalb finden Ihrer Meinung nach diese Anschläge statt?

Sie wurden von Kräften verübt, die die Weiterentwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung in der Türkei, den Wahlerfolg der HDP und den Einzug demokratischer Kräfte in das Parlament nicht verkraften. Können all diese Angriffe als etwas anderes als eine Kriegsvorbereitung verstanden werden? Nach diesen Angriffen hat die PKK einen Selbstverteidigungskrieg begonnen.

Sie sagen Selbstverteidigungskrieg. Bedeutet das, dass die Guerilla-Einheiten noch nicht eingeschritten sind?

Ja. Die Guerilla führte nach den Angriffen auf die Bevölkerung und auf demokratische Kräfte einige Vergeltungsaktionen durch. Sie hat immer noch keine Kriegsentscheidung

getroffen, sie beteiligt sich immer noch nicht mit allen Kräften am Krieg. Dessen sollte sich die Öffentlichkeit bewusst sein.

Wie bewerten Sie die Luftangriffe? Als Kontinuität der erwähnten Anschläge? Haben Sie damit gerechnet?

Der 24. Juli ist ein sonderbares Datum.

Warum?

Weil es das Datum der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne ist. Es ist bemerkenswert, dass die Luftangriffe auf die kurdische Freiheitsbewegung an diesem Datum stattfanden. In Lausanne wurden die Kurden ausgestoßen. An demselben Datum wurde ein großer Angriff auf die Kurden gestartet.

Kann das kein Zufall sein?

Nein, es ist kein Zufall. Der 24. Juli wurde bewusst gewählt. Warum gerade der und kein anderes Datum? Weil in Lausanne Kurdistan aufgeteilt und grünes Licht für die Ablehnungs- und Vernichtungspolitik gegeben worden war, die seitdem praktiziert wird. Am 24. Juli wurden die Verteidigungsbasen mit Hunderten von Bomben angegriffen. Gemäß Davutoğlus Worten wurden in einer Nacht 400 Bomben auf die Guerilla abgeworfen. Und wieder wurden Hunderte von Menschen verhaftet und inhaftiert. Das ist eine Kriegserklärung, die sich an alle Kurden richtet. Es ist ein Krieg, der den Willen der Kurden brechen soll. In deren Gestalt sollen dadurch linke Kräfte, Völker und Kulturen in die Knie gezwungen werden werden.

Versucht Erdoğan das, was er vor der Wahl mit Ihnen nicht machen konnte, durch eine Kriegserklärung nachher zu schaffen?

Allerdings. Nachdem sie vorher gescheitert sind, versuchen sie ihre Ziele durch eine Postwahltaktik zu erreichen. Vor der Wahl wollten sie ihre Ziele durch die Verhinderung des Einzugs der HDP und demokratischer Kräfte ins Parlament verwirklichen. Nachdem ihnen das nicht gelungen ist, versuchen sie die HDP im Parlament zu schwächen, indem sie sie diffamieren und als Teil der Gewalteskalation darstellen. Eigentlich ist das Ziel der Luftangriffe und Verhaftungen, die HDP unter die Zehnprozenthürde zu drücken.

Ziel ist es, die HDP unter die Zehnprozenthürde zu drücken

Ist es eine Art Wegbereitung vor der Wahl?

Ja, weil Erdoğan Neuwahlen im November anstrebt. Dafür verhindert und vereitelt er die Bildung einer Koalitionsregierung. Er gewinnt durch taktische Manöver Zeit und will Neuwahlen für die Türkei. Sein einziges Ziel ist es, die HDP gesellschaftlich und die PKK international und im Mittleren Osten zu diskreditieren. Durch den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) hat die PKK bei den Kurden, im Mittleren Osten wie auch international an Prestige gewonnen. Sie hat die Wahrnehmung verändert und neue Wahrnehmungen geschaffen. Sie hat Zuspruch bei weiten Kreisen gefunden. Die PKK hat durch den Kampf gegen den IS nicht nur die Kurden, die Völker des Mittleren Ostens, die Religionen oder Kulturen beschützt, sie hat die Menschheit und deren Werte beschützt. Daher hat sie großen Eindruck hinterlassen. Erdoğan und die AKP können das nicht verkraften und planen deren Zerstörung. Deshalb greifen sie an. Sie stellen PKK und IS gleich. Sie wollen das Prestige der PKK zerstören.

Die Türkei hat dem IS nicht den Krieg erklärt

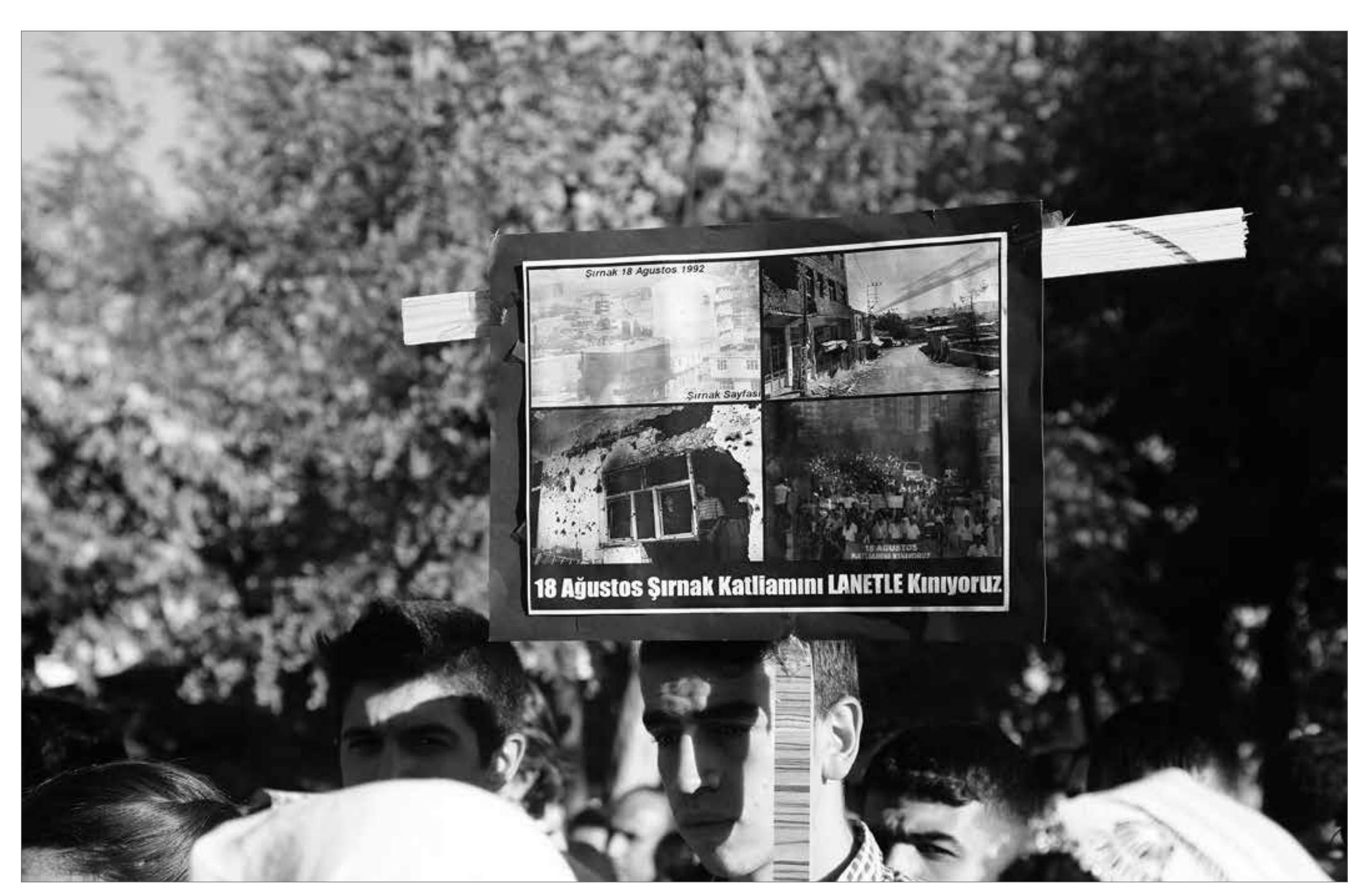
Die Türkei behauptet, sie habe dem IS den Krieg erklärt. Wie bewerten Sie diese Aussage?

Das stimmt nicht. Die Türkei wurde durch ihre Beziehungen zum IS bloßgestellt und war mit internationalem Druck konfrontiert. Erdoğan geriet innen- wie außenpolitisch in eine Sackgasse. Um da herauszukommen, musste er eine Gegenposition zum IS einnehmen. Davor hatte er so nicht Stellung bezogen. Wann hat er diese Gegenposition eingenommen? Nach den Massakern in Kobanê und Pîrsûs musste er eine solche Stellung beziehen. Hätte er seine frühere Position zum IS beibehalten, würde das für ihn und die AKP äußerst gefährlich werden. Um sich von dem internationalen Druck zu befreien und der Bloßstellung durch ihre Beziehungen zum IS entgegenzuwirken, haben sie einen solchen taktischen Schritt unternommen. Währenddessen haben sie auch die Angriffe auf die PKK aufgenommen. Sie haben PKK und IS in einen Topf zu werfen versucht. Das ist ein kalkulierter Schachzug. Die AKP-Regierung behauptet, sie seien Teil der internationalen Anti-IS-Koalition. Wenn das stimmt, sollten sie sich bewusst sein, dass der erfolgreichste Kampf gegen den IS von der PKK und ihr nahestehenden Kräften geführt wird. Die Türkei sollte sie nicht angreifen. Ganz im Gegenteil, sie muss mit ihnen, mit der internationalen Koalition zusammen gegen den IS kämpfen. Paradoxerweise kämpft sie unter dem Deckmantel des »Krieges gegen IS« in Wahrheit gegen die PKK. Sie ver-

sucht die kurdischen Guerillas weitgehend zu schwächen. Sie kämpft gegen die HDP und die demokratischen Kräfte, die in dieser vertreten sind und auf legaler Ebene eine Politik der demokratischen Nation verkörpern. Sie versucht sie weitgehend zu schwächen. Welche Angriffe hat die Türkei bisher gegen den IS unternommen? Es fand keiner statt. Sie greift die PKK, YPG und HDP an und führt Verhaftungen in der Bevölkerung durch. Sie haben ihren gesamten Kriegsapparat gegen die kurdische Freiheitsbewegung mobilisiert. Das führt international zur Verwirrung. Manche fühlen sich sogar zu einer Erklärung verpflichtet, die Türkei solle sich um den IS kümmern, sie hätten nicht unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den IS in einen Krieg gegen die Kurden eingewilligt. Sie äußern dadurch ihren Unmut. Sie implizieren aber damit auch, dass sie hintergangen wurden.

Denken Sie, dass während der Incirlik-Verhandlungen die USA und die Türkei eine gegen Sie gerichtete Vereinbarung getroffen haben? Obama erklärte, ihre Priorität sei der IS und nicht die PKK; das führte zu Behauptungen, die Türkei handle nicht vereinbarungsgemäß.

Wir sind uns bewusst, dass die Angriffe auf die PKK, die Guerilla und die kurdische Freiheitsbewegung nach dieser Vereinbarung stark zugenommen haben. Wenn es kein Abkommen zur Bekämpfung der PKK gibt, wenn dieser Angriff gegen die PKK nicht Teil des Abkommens zwischen den USA und der Türkei ist, dann dürfte die Türkei diese Angriffe nicht führen. Wenn sie dennoch stattfinden, weist das zumindest darauf hin, dass grünes Licht dafür gegeben wurde. Wäre dem nicht so, könnte die Türkei nicht derartig breite Angriffe unternehmen. Es ist offensichtlich, dass im Gegenzug zur Incirlik-Airbase eine Vereinbarung getroffen wurde, die den Angriff auf die PKK billigt. Die Türkei hat auf dieser Basis einen derart umfangreichen Angriff begonnen. Eine andere Erklärung gibt es dafür nicht. Ich hoffe, dass durch das Incirlik-Abkommen eine solche Vereinbarung nicht getroffen wurde. Aus Obamas Äußerungen können wir heraushören, dass er sich verpflichtet fühlt, die Türkei zu ermahnen, weil die sich nicht an die Vereinbarung hält. Das ist positiv.



Demonstration in Şirnex gegen den Terror der AKP-Regierung. Sind die 1990er Jahre der Çiller-Regierung zurückgekehrt? Foto: DIHA

Wie bewerten Sie das »Zergelê-Massaker«? Die AKP-Regierung behauptet, Zergelê sei ein PKK-Lager, in dem Dorf lebten keine Zivilisten und die Ermordeten seien keine Zivilisten, sondern PKKler.

Jeder weiß, dass Zergelê kein PKK-Lager, sondern ein Dorf ist. Die Presse war auch dort und hat es gesehen. Wir haben der türkischen Presse und türkischen Politikern garantiert, für ihre Sicherheit zu sorgen, und sie eingeladen, herzukommen und sich ein eigenes Bild von der Situation zu machen. Aber sie sind nicht gekommen, sie konnten nicht kommen. Das, was angerichtet wurde, ist ein Massaker, eine Grausamkeit. Sie haben Zergelê bewusst bombardiert, das war kein Versehen. Versehen kommen in Kriegen vor. Es kommt vor, dass Ziele verfehlt werden. Aber Zergelê war kein Ort, der versehentlich angegriffen wurde. Dort gibt es auch keine Guerilla-Einheiten. Es ist ein Dorf und besteht vollständig aus Dorfbewohnern. In diesem Dorf gibt es sogar einige Peschmerga, die an der Front gegen den IS kämpfen. Die Türkei hat dieses Dorf bewusst ausgewählt. Sie hat es bewusst attackiert.

Wieso, denken Sie, wurde das Dorf bewusst angegriffen?

Mit dem Angriff auf Zergelê werden mehrere Ziele verfolgt. Erstens sollen dadurch die Dorfbewohner eingeschüchtert werden. Ihnen soll die Botschaft vermittelt werden: »Unterstützt nicht die PKK, betrachtet die PKK nicht als Befreiungsbewegung. Wenn Ihr Euch mit der PKK verbündet, werden wir Euch töten.« Im Grunde wollten sie die Dorfbewohner einschüchtern, verängstigen und aus dem Gebiet vertreiben. Sie wollten im Dorf verbreiten, dass sie erschossen werden, weil sie sich innerhalb eines PKK-Gebiets befinden, mit der PKK zusammen agieren und sie unterstützen. Sie wollten den Dorfbewohnern vermitteln, dass sie sich gegen die PKK stellen müssen, wenn sie nicht erschossen werden wollen. Sie wollen das Zusammenkommen von PKK und Bevölkerung verhindern, die Unterstützung unterbinden. Sie wollen, dass sich die Bevölkerung gegen die PKK wendet, die PKK aus der Region vertrieben wird. Mit diesen Zielen haben sie Zergelê bombardiert, die Dorfbewohner massakriert. Für ihre politischen Ziele nehmen sie die Massakrierung der Bevölkerung in Kauf. Sie denken, dass sie dadurch in der Türkei wie auch in der Region ihre politischen Ziele erreichen können. Das ist eine äußerst barbarische Politik. Es übertrifft sogar den Begriff vom schmutzigen Krieg.

Aber das ist nichts Neues, denken Sie, dass das Problem mit Massakern behoben werden kann?

Es ist offensichtlich, dass diese Politik zu nichts führt. Mit derartigen Massakern tragen sie dazu bei, dass die Wut der kurdischen Bevölkerung zunimmt, dass sie noch enger mit der PKK zusammenwächst. Die Komplotte gegen die PKK werden niemals Früchte tragen, weil sie und das kurdische Volk zusammengewachsen sind, weil sie nicht mehr voneinander zu trennen sind. Zergelê ist nicht das erste Massaker. In Südkurdistan, Qandîl, Xakûrkê, Gare und Haftanin waren zuvor schon Dörfer, Hirten, Kinder und Frauen angegriffen, die Berge und Wälder niedergebrannt worden. Es wurde großer Schaden angerichtet. Ihr einziges vermeintliches Ziel ist es, die Bevölkerung von der PKK fernzuhalten und gegen sie zu mobilisieren. Sie wollten die PKK dadurch vernichten, aber jeder Angriff hat Bevölkerung und PKK noch enger zusammengeschweißt. Die Sympathie der südkurdischen Bevölkerung für die PKK ist noch mehr gewachsen.

Wie bewerten Sie die Reaktionen der Presse und der internationalen Öffentlichkeit auf das Zergelê-Massaker?

Obwohl die Medien sehr wohl Bescheid wussten, haben sie nicht berichtet, weil es in der Türkei keine Pressefreiheit gibt. Wenn Erdoğan und der AKP eine Meldung nicht passt, wenn nicht nach ihren Vorstellungen berichtet wird, werden Journalisten entlassen. Die Pressearbeiter der Türkei sind sich dessen bewusst, daher lastet auf der Presse ein gewaltiger Druck. Ohne Pressefreiheit kann sie auch nicht wahrheitsgetreu berichten, deshalb wurde auch nicht von Zergelê berichtet. Die Situation ähnelt derjenigen in der Çiller-Ära. Es mussten die offiziellen Regierungserklärungen wiedergegeben werden. Der Fall Zergelê wurde nicht in seinen verschiedenen Dimensionen dargestellt. In Roboskî war es damals ähnlich zugegangen, der Fall verdeckt worden. Es wurde verhindert, dass die Öffentlichkeit die Wahrheit erfährt, ihr sollte eher die offizielle Meinung indoktriniert werden. Die internationalen Mächte haben von den Ereignissen teilweise berichtet und sie teilweise kritisiert, aber das war nicht ausreichend. Sie hätten mehr und wahrheitsgetreu über das Massaker der Türkei berichten müssen. Die Arbeit der Presse war dementsprechend unzureichend.

Der türkische Generalstab behauptet, während der Luftangriffe hätten 390 PKKler ihr Leben verloren und 400 Guerillas seien verletzt worden, davon 100 schwer, und Sie und Herr Karayılan hätten die Medya-Verteidigungsgebiete verlassen.

Diese Gerüchte sind Teil der psychologischen Kriegsführung. Wir können der Öffentlichkeit mitteilen, dass durch die Angriffe elf Guerillas gefallen und neun verletzt worden sind.

Andere Informationen sind nicht wahr. Dann gibt es noch die Verluste, die die Bevölkerung erlitten hat, Gefallene und Verletzte. Tiere, Bäume, Gärten und Natur haben große Schäden davongetragen. Die veröffentlichten Zahlen spiegeln nicht die Wahrheit wider. Es sind Gerüchte im Rahmen der psychologischen Kriegsführung zur Manipulation der internationalen und türkischen Öffentlichkeit. Mit Gerüchten wie »wir haben ihre Heroin- und militärischen Depots zerstört« oder »wir haben ihnen große Verluste zugefügt, sie zerschmettert« soll eine Sphäre des Sieges über die PKK geschaffen werden. Das ist nichts Neues, sie verbreiten diese Art von Gerüchten seit Jahren. Sie suggerierten der Öffentlichkeit immer wieder, sie seien kurz davor, die PKK auszulöschen. Die Öffentlichkeit hatte diesen Behauptungen bis zu einem gewissen Zeitpunkt Glauben geschenkt, jetzt nicht mehr, weil widersprüchliche Informationen preisgegeben werden. Wie soll die Öffentlichkeit auch daran glauben? Natürlich wird sie dem nicht mehr trauen.

Wir müssen eigene Problemlösungen entwickeln

In Ihren aktuellen Erklärungen sprechen Sie immer wieder von der Notwendigkeit der Selbstverteidigung. Können Sie das etwas erläutern?

Schauen wir uns dazu einfach mal an, was in der jüngsten Zeit vorgefallen ist. In Gever stürmen Spezialeinsatzkräfte eine Fabrik, fesseln die Mitarbeiter und zwingen sie bäuchlings auf den Boden. Die dazugehörigen Bilder sind durch die Medien gegangen. Der Einsatzleiter schreit die Arbeiter auf dem Boden an: »Ihr werdet die Macht des Türken zu spüren bekommen! Wir kennen euch alle und ihr werdet das bekommen, was ihr verdient.« Er bedroht sie ganz offen. Diese Worte sind nicht nur an die Arbeiter der Fabrik, sondern an alle Kurden gerichtet.

Dann tauchen Bilder aus Silopi in den Medien auf, die denen aus der Zeit des Militärputsches vom 12. September *[1980]* in nichts nachstehen. Es brennen Häuser, Menschen werden ermordet und verletzt. Selbst Verletzte auf dem Weg ins Krankenhaus werden noch im Krankenwagen verprügelt. In Silopi wurde großer Schaden angerichtet.

Außerdem brennt es überall in Kurdistan. Die Wälder werden bewusst in Brand gesetzt. Wer zu löschen versucht, wird daran gehindert. In Kurdistan wird bewusst die Natur zerstört.

Hinzu kommt, dass es jeden Tag zu Dutzenden Festnahmen kommt, immer wieder Lynchmobattacken auf kurdische Zivilisten stattfinden und inner- und außerhalb der Gefängnisse gefoltert wird.

Die Bevölkerung ist einfach nicht mehr bereit, diese Angriffe über sich ergehen zu lassen. Sie wollte die Probleme durch die Wahlen lösen. Sie hat bei den Wahlen großartig gearbeitet und es ist ihr gelungen, die Demokratiekräfte in das Parlament zu hieven. Ihr Ziel dabei war es, dadurch unter dem Dach des Parlaments eine Lösung für ihre Probleme finden. Sie hat daran geglaubt, dass im parlamentarischen Rahmen die Frage der Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage vorangetrieben werden könnten.

Aber die AKP-Regierung hat einfach eine Haltung eingenommen, als hätte es diese Wahlergebnisse nie gegeben. Sie hat die Hoffnungen und Erwartungen der Bevölkerung ignoriert und gleichzeitig alle Wege für eine demokratische Politik versperrt. Eine illegitime Regierung hat der kurdischen Freiheitsbewegung und allen Demokratiekräften den Krieg erklärt.

Das alles zusammengenommen bedeutet nichts anderes, als dass derzeit auf dem Wege demokratischer Politik und über das türkische Parlament keine Lösung für die Demokratisierungsfrage gefunden werden kann. Wir bringen große Mühen auf, um die Probleme demokratisch zu lösen. Aber im Gegenzug werden wir ermordet, gefoltert, inhaftiert. So gesehen kann von dieser Regierung, von diesem Staat nicht erwartet werden, unsere Probleme zu lösen. Sie erschweren sie lediglich. Was bleibt uns da anderes übrig, als uns selbst für unsere Probleme und damit für uns selbst verantwortlich zu fühlen? Die Demokratisierung, die in diesem Fall nicht durch das Parlament vorangebracht werden kann, müssen wir selbst voranbringen.

Und wie soll das passieren?

Wir müssen an den Orten, wo wir leben, unsere eigene Selbstverwaltung organisieren und weiterentwickeln, unsere Selbstverteidigung organisieren. Wir müssen unsere eigenen Probleme und Fragen selbst in die Hand nehmen und selbst Lösungen für sie finden. Denn eine Regierung oder einen Staat, die das für uns tun könnten bzw. uns bei der Lösungsfindung und -umsetzung unterstützen könnten, gibt es nicht. Diese Regierung und dieser Staat haben uns den Krieg erklärt. Deshalb hegen wir auch keine Erwartungen an sie. Wir hatten Erwartungen an die HDP, allerdings wird nicht zugelassen, dass sie Politik macht. Es wird versucht, die HDP im Parlament und in der Gesellschaft zu neutralisieren. Dadurch wird der Weg für demokratische Politik und eine demokratische Verfassung vollständig versperrt.

Es ist offensichtlich geworden, dass Regierung und Staat vom Zentrum in Ankara aus diese Städte und Ortschaften in Nordkurdistan nicht weiter regieren können. Die Ortschaften müssen nun ihre Selbstverwaltung aufbauen und ihre eigene

Demokratie entwickeln. Sie müssen sich in diesem Rahmen gegen Angriffe von außen selbst verteidigen. Sie müssen das Recht haben, ihre eigenen Gouverneure, ihre eigenen Repräsentanten zu wählen. Und de facto macht das die Bevölkerung derzeit auch. Sie macht von ihren legitimen demokratischen Rechten Gebrauch. Eigentlich hätte das Parlament diesen Weg eröffnen und dieses demokratische Recht legalisieren müssen. Doch den Handlungsmöglichkeiten im Parlament wurden Riegel vorgeschoben. Aus diesem Grund müssen die Lösungen außerparlamentarisch auf lokaler Ebene, vonseiten der Bevölkerung gefunden werden. Die Bevölkerung muss sich selbst gegenüber verantwortlich werden und ihre eigene Politik entwickeln.

Davutoğlu hat Ihnen geantwortet. Er meinte, Sie hätten das Volk zur Bewaffnung aufgerufen. Haben Sie das?

[Ministerpräsident] Davutoğlu hat gelogen. Ich hatte am Jahrestag der Rojava-Revolution eine Rede gehalten. Darin hatte ich darauf hingewiesen, dass sich das Volk von Rojava gegen den IS bewaffnen, organisieren und verteidigen müsse, eine Selbstverteidigung aufbauen, da sie sich ansonsten nicht gegen den IS wehren könnten. Davutoğlu hat mir das Wort im Mund herumgedreht und behauptet, ich hätte das Volk in Nordkurdistan zur Bewaffnung aufgerufen. Es ist reine Propaganda und die Öffentlichkeit sollte solche Entstellungen nicht zulassen.

Die HDP steht unter Druck, sie soll die PKK dazu aufrufen, die Waffen niederzulegen. Würden Sie das im Falle eines solchen Aufrufs tun?

AKP und MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) sind eine Front. Die hält sich für besonders intelligent und alle anderen für dumm. Indem sie den Druck auf die HDP verstärken, wollen sie deren Willen brechen. Sie versuchen damit, deren Wahlerfolg zu ruinieren, den Aufbau einer demokratischen Nation zu verhindern, sich und ihr Regime krampfhaft aus ihrer desolaten Lage zu befreien. Deshalb setzen sie die HDP unter Druck. Sie wissen ganz genau, dass die keinen bewaffneten Widerstand gegen sie leistet. Die HDP will demokratische Politik entwickeln, die demokratische Nation in die Praxis umsetzen und die Türkei demokratisieren. Sie will eine demokratische Verfassung und demokratische Gesetze verabschieden. Sie versucht alle unterdrückten Identitäten und Kulturen zu vertreten und dafür zu sorgen, dass sich jeder mit seiner Identität frei entfalten kann. Zusammengefasst versucht sie, in der Türkei die demokratische Politik zu fördern. Erdoğan, AKP und MHP sind dagegen, gegen die Demokratisierung. Deshalb versuchen sie, wegen der Demokratisierungsbestrebungen Druck auszuüben und sie zu verhindern. Sie sind es eigentlich, die auf der Seite von IS, Terror und Krieg sind. Die Ereignisse vor und nach den Wahlen sind der Öffentlichkeit allseits bekannt. Das alles hat die AKP gemacht. Die MHP hat ohnehin eine dunkle Vergangenheit mit blutigen Händen und voller Massaker. Ironischerweise versuchen diese Parteien, die HDP mit Gewalt zu assoziieren. Sie trachten danach, das gesellschaftliche Interesse an der HDP zu beseitigen, sie in ihren Bestrebungen, eine Partei der Türkei zu werden, einzugrenzen und sie wieder als kurdische Partei hinzustellen, sie gar komplett zum Schweigen zu bringen. Die HDP verfolgt eine richtige Politik und sollte damit weitermachen. Die demokratischen Kräfte, Muslime, Êzîden, Aleviten und Linken, kurz: alle Marginalisierten, müssen ihre Verbindung und Solidarität mit der HDP stärken. Wenn sich diese Kräfte entschlossen der AKP- und MHP-Politik entgegenstellen, wird der Druck auf die HDP wirkungslos. In den möglichen Neuwahlen wird die HDP dann gestärkt ins Parlament ziehen. Nur die HDP birgt das Potenzial, die Feindschaften in der Türkei zu überwinden. Die einzige Lösung ist eine noch stärkere HDP im Parlament.

Kann sich aus der Konstellation demokratischer Kräfte, zu denen auch CHP und HDP gehören, eine Wahlkoalition bilden?

Das kann ich nicht wissen, das müssen sie selbst entscheiden. Wenn sich aber AKP und MHP in Zukunft weiterhin gegenseitig stärken, müssen die demokratischen Kräfte auch eine Koalition bilden und ihre Kräfte vereinigen. Sie müssen die gesellschaftlichen Erwartungen erfüllen. Die Mehrheit der türkischen Gesellschaft will eine Demokratisierung, dass die Probleme, allen voran das »kurdische Problem«, gelöst werden. Sie wollen keinen Krieg und keine bewaffneten Auseinandersetzungen. In der Türkei gibt es nicht nur ein »Kurdenproblem«. Aleviten, Tscherkessen, Lasen, Roma, Unterdrückte, Frauen, Jugendliche; viele Volksgruppen und Kulturen haben Probleme. Die Gesellschaft hat sehr ernste politische, wirtschaftliche und soziale Probleme. Die verschlimmern sich mit der Zeit. Es liegt in der historischen Verantwortung aller demokratischen Kräfte, sich zu verbünden und Problemlösungen zu entwickeln.

Was wollen Sie unternehmen bei erneuten Massakern wie in Silopi und Zergelê und wenn die Guerilla weiter angegriffen wird?

Wir werden natürlich von unserem Widerstandsrecht Gebrauch machen. Wie bereits erwähnt, die Guerilla hat bisher nur Vergeltungsaktionen durchgeführt, eine Kriegsentscheidung liegt noch nicht vor. Wenn die Angriffe und Verhaftun-

gen zunehmen, die Guerilla weiterhin Luft- und Bodenangriffen ausgesetzt ist, es erneut zu Massakern wie in Silopi, Roboskî, Gever (Yüksekova) und Zergelê kommt, kann niemand von uns erwarten, keinen Widerstand zu leisten. Gegen all das Widerstand zu leisten, ist unser natürliches Recht.

Welche Schritte müssen unternommen werden, damit die Auseinandersetzungen ein Ende finden und die Verhandlungen wieder aufgenommen werden? Was sind ihre »Jas« und »Neins«?

Wenn der türkische Staat, Erdoğan und die AKP die politischen Gefangenen freilassen, die Operationen des politischen Genozids und die militärischen Operationen inklusive der Luftangriffe beenden und akzeptieren, dass das »Kurdenproblem« gelöst werden muss und dies auch öffentlich bekannt geben. Außerdem müssen sie einen stabilen Waffenstillstand akzeptieren, die Haftbedingungen unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan verbessern, Freiheitsstandards schaffen, auf deren Basis die Verhandlungen fortgesetzt werden, und anerkennen, dass Apo der Hauptverhandlungspartner ist. Für den Waffenstillstand muss eine Beobachtungskommission eingerichtet werden und auch die Friedensverhandlungen müssen unter der Beobachtung Dritter geführt werden. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, sind wir bereit, sofort einen Waffenstillstand auszurufen.

Und was ist, wenn sie nicht erfüllt werden?

Die Türkei hat bisher alles abgelehnt. Obwohl Yalçın Akdoğan *[Vizepremier im Kabinett Davutoğlu, Verhandlungsführer der Regierung im Lösungsprozess]* weiß, dass die Dolmabahçe-Vereinbarung der ganzen Welt mitgeteilt wurde, lehnt er die Vereinbarung ab. Wie sollen wir dem Staat denn noch Glauben schenken und einen Waffenstillstand ausrufen? Es wird nie wieder wie früher werden. Die Umstände haben sich geändert. Die Dialoge werden nicht mehr geführt wie früher. Es werden nicht mehr einseitige Schritte unternommen wie früher. Wie bereits gesagt, wenn die nötigen Schritte eingeleitet werden, werden wir einen Waffenstillstand ausrufen und die Verhandlungen fortsetzen.

Ist das Ihre Botschaft an diejenigen, die Sie zum Waffenstillstand aufrufen?

All diejenigen, die einen solchen Aufruf gemacht haben, sollten ihre Bemühungen in diese Richtung lenken. Wenn sie sich bemühen, wird die Türkei einwilligen müssen. Es gibt nämlich keinen anderen Weg. Die Intellektuellen sind das Gewissen eines Volkes. Sie haben Wertvolles geleistet. Sie wissen am besten, was im Land geschieht. Wir erwarten, dass die Intellektuellen sich entschiedener und mutiger gegen die AKP und Erdoğan stellen und Widerstand leisten.

Haben Sie einen Aufruf an die türkische Öffentlichkeit? Regierung und Öffentlichkeit behaupten, sie hätten nicht angegriffen, Frieden und eine Lösung seien möglich, aber die PKK habe dazwischengefunkt. Was sagen Sie dazu?

Die türkische Öffentlichkeit sollte wissen, dass der Waffenstillstand von der Türkei gebrochen wurde und dass die Türkei mit den Angriffen begonnen hat. Wir haben den Krieg nicht begonnen, wir schützen uns vor ihm.

Dieser Krieg ist nicht der Krieg des Volkes in der Türkei. Dieser Krieg ist auch kein Krieg zum Schutz der türkischen Nation oder ein Krieg, der die Türkei vor Gefahren bewahren soll. Es ist ein Krieg, den Erdoğan und die AKP mit dem Ziel ihrer Regierungsübernahme angefangen haben. Das ganze Volk wird für diese Machtgelüste geopfert. Es muss sich dem entgegenstellen. Es muss dieses Machtspiel beenden und seine Aufgaben erfüllen. Wir wollen mit der Gesellschaft der Türkei wahren Frieden schließen. Wenn diese Gesellschaft ihrer Verantwortung gerecht wird, müssen die Regierung und Erdoğan den Frieden akzeptieren. Sie müssen die Verhandlungen und Problemlösungen akzeptieren. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Das Militär sollte nicht für Erdoğans Zwecke instrumentalisiert werden

Wie bewerten Sie die Reaktionen der Familienangehörigen türkischer *[gefallener]* Soldaten auf die Regierung?

Die Familien der Soldaten sollten ihre Kinder nicht für Erdoğans Krieg zum Militär schicken. Soldaten sind meist Teil der armen Bevölkerung. Wir wollen nicht gegen sie kämpfen. Sie sollen nicht zum Militär, das ist nicht ihr Krieg. Es ist Erdoğans Krieg. Erdoğan und die AKPler schicken ihre eigenen Kinder nicht zum Militär, sie werden ausgesondert und leben nun in ihren Villen. Die Familien müssen sagen können: »Erdoğan, wir haben keine Kinder, die für Deine Herrschaft, Deinen Palast und Deine Villen sterben müssen.« Und wenn sie dennoch dazu gezwungen werden zu kämpfen, dann sollen sie nicht an vorderster Front kämpfen.

Machen Sie Unterschiede zwischen Soldaten und Erdoğan?

Natürlich, Soldaten kommen meist aus armen Familien. Warum sollen sie sterben? Erdoğan benutzt sie. Dieser Krieg ist auch nicht der Krieg des Militärs, es sollte sich dessen bewusst sein. Es ist wichtig, dass es sich nicht von Erdoğan fehlleiten lässt, er will es auch für seine Ziele instrumentalisieren. Sein Machtspiel muss beendet werden, weil die Ziele der Türkei nicht die Ziele Erdoğans sind, sondern Frieden und Demokratie.

Kılıçdaroğlu meinte, für die Lösung des grundlegendsten Problems in der Türkei, des Kurdenproblems, sollten alle zuständigen Akteure zusammenkommen und Problemlösungen entwickeln.

Noch bevor das historische Manifest unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan an Newroz 2013 verlesen wurde, hatten wir das Parlament aufgerufen, eine solche Funktion wahrzunehmen und einzurichten. Wir hatten aufgerufen, im Parlament ein Komitee zu bilden, das eine Beobachtungsfunktion übernimmt und den Rückzug der Guerilla verfolgt und zur Lösung des Problems beiträgt. Leider hat die Regierung diesen Vorschlag damals abgelehnt. Es ist also nicht das erste Mal, dass wir diesen Aufruf starten. Danach schlug der Vorsitzende Abdullah Öcalan erneut die Bildung eines Komitees im Parlament vor. Er meinte, ein Beobachtungs- und ein weiteres Komitee sollten gebildet werden und zusammen eine Art Wahrheitsfindungskomitee darstellen. Das sollte ihn besuchen und mit ihm sprechen. Aber Erdoğan hat die Etablierung all dieser Mechanismen verhindert. Er hat all diese Bemühungen bewusst ignoriert. Direkt nach der Wahl veröffentlichten wir eine Erklärung, in der wir uns für die Lösung des Problems durch Verhandlungen aussprachen. Wir wollten einen stabilen Waffenstillstand, dass das Parlament sich dieses Problems annimmt und es löst. Daher ist Kemal Kılıçdaroğlus *[Vorsitzender der sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei]* Vorschlag zu begrüßen, er ist ein richtiger Schritt. Das Kurdenproblem ist ein verfassungsrechtliches, ein Demokratisierungsproblem. Eines, das mit einer demokratischen Verfassung und demokratischen Gesetzen gelöst werden muss. Der Vorsitzende Apo und unsere Bewegung versuchen es seit Jahren zu lösen. Damit das Parlament einen demokratischen Charakter bekommt, haben wir uns bemüht, allen demokratischen Kräften ins Parlament zu verhelfen. Wir wollten die Probleme im Parlament lösen, indem eine demokratische Verfassung und demokratische Gesetze entwickelt werden. Es ist eine positive Entwicklung, dass sich auch Kılıçdaroğlu für eine solche Politik ausspricht. Wir würden uns wünschen, dass die anderen Parteien seinem Aufruf folgen. Das Parlament soll die Verantwortung für die Lösung der kurdischen Frage übernehmen. Zu diesem Zweck soll ein Komitee gegründet werden. Sie sollen sich mit dem Vorsitzenden Apo und mit uns verständigen, mit internationalen Kräften. Sie sollen von allen verlangen, dass die das Parlament bei der Lösung des kurdischen Problems unterstützen. Auf diese Weise würden sie einen Beitrag dazu leisten.

Davutoğlu meinte, sie wünschten sich ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen und einen Waffenstillstand. Aber dafür müsse die PKK das Land verlassen und die Waffen niederlegen.

Das habe ich bereits mitbekommen. Wir hatten bereits in der Vergangenheit Guerilla-Einheiten zurückgezogen. Es hat zu keiner Lösung beigetragen. Im Gegenteil, es hat sich herausgestellt, dass sie damit die Beseitigung der PKK beabsichtigt hatten. Es kann ab jetzt nicht mehr die Rede davon sein, dass die Guerilla das Land verlässt. Das sind die Bestrebungen derjenigen, die das Problem nicht lösen wollen. Aber wir haben das alles bereits hinter uns. Niemand kann die Guerilla dazu nötigen, sich aus dem Norden zurückzuziehen oder die Waffen niederzulegen. Das wird nicht passieren. Das sind Methoden, die diejenigen entwickeln, die das Problem nicht lösen wollen. Sie wollen den Anschein erwecken, als hätten sie dadurch den Konflikt gelöst. Jeder weiß, dass die Bedingungen für die Einstellung des bewaffneten Widerstands nicht erfüllt wurden. Die gesetzliche Grundlage dafür wurde nicht geschaffen. Wem soll das kurdische Volk vertrauen, um den bewaffneten Widerstand beenden und die Guerilla-Einheiten zurückziehen zu können? Während im Mittleren Osten ein heftiger Krieg tobt und der IS unser Volk, unsere Bewegung und die demokratischen Kräfte zum Ziel seiner grausamen Angriffe erklärt hat, wäre das Niederlegen der Waffen gleichbedeutend mit der Einwilligung zur eigenen Massakrierung. Das kann weder die PKK noch irgendein gewissenhafter Mensch befürworten.

Also geht es nicht um Waffen, sondern um die Lösung des Kurdenproblems.

Selbstverständlich. Es gibt ein Problem. Ohne dass es analysiert wird, die entsprechenden Lösungsmechanismen entwickelt werden und die Angelegenheit einen verfassungsrechtlichen Rahmen und eine gesetzliche Basis erhält, kann es nicht gelöst werden. Es kann nicht auf die Beendigung des bewaffneten Widerstands reduziert werden, es beinhaltet die Frage nach der Freiheit eines Volkes. Es geht um Fragen seiner Existenz, Freiheit und Zukunft. Solange dieses Problem nicht gelöst und verfassungsrechtlich geschützt wird, kann es nicht gelöst werden. Dessen sollten sich alle bewusst werden. ♦

Gegen Isolationshaft als Kriegspolitik:

Freiheit für Öcalan – für Frieden und eine Lösung!

Ayşe Batumlu

Beginnen wir mit einer Klarstellung: Wenn gegen Abdullah Öcalan seit sechzehn Jahren ein System der Isolationshaft angewandt wird, das keine historischen Parallelen hat, dann ist das einer der wichtigsten Gründe dafür, dass sich der Staat, ob er nun Verleugnung und Vernichtung praktiziert oder von einer »Lösung« spricht, mit seiner Politik der Lösungslosigkeit immer wieder um sich selbst dreht wie ein Fuchs, der seinen eigenen Schwanz zu fangen versucht.

Ein weiterer gravierender Grund für die Isolation ist, dass Öcalan denen einen Strich durch die Rechnung zu machen versucht, die mit den Menschen im Mittleren Osten ein böses Spiel treiben. Das ist der gleiche Grund, aus dem er mittels internationaler politischer und geheimdienstlicher Kollusion in einem Folter-Flugzeug der CIA in die Türkei gebracht wurde. Genauer gesagt: dass sein Wille Einfluss hat auf das kurdische Volk und andere Völker im Mittleren Osten. Nicht zuletzt ist, wie wir an anderer Stelle betont haben, die Revolution von Rojava im Kern eine der konkretesten und verblüffendsten Auswirkungen von Öcalans Willen, den politischen Manipulationen etwas entgegenzusetzen.

Die Herrschenden wollen den Mittleren Osten ihren Interessen gemäß neu gestalten. Durch Konfessionskriege und dschihadistische, faschistische Kontraguerilla-Terrororganisationen wie IS und an-Nusra wird die Region ins Chaos gestürzt. Wer dort lebt, hat die Wahl zwischen einem Nationalstaat, der die Wiege des Faschismus ist, und einem globalisierten Kapitalismus, der für die unterdrückten Völker die Hölle ist. Es ist eine Wahl zwischen Pest und Cholera.

Öcalan hat mit seinen Theorien von der demokratischen Nation und demokratischer Autonomie den Völkern eine dritte Option ermöglicht, die ein gemeinsames Leben der Völker in Gleichheit und Demokratie vorsieht und in den Mittelpunkt des Kampfes rückt. Er hat eine Roadmap für eine gerechtere, freie und gleiche Zukunft in Frieden entworfen und sich als einflussreicher Akteur bei den Völkern der Region etabliert.

Auch in dieser Hinsicht macht Öcalan den Machtspielen der Herrschenden im Mittleren Osten einen Strich durch die Rechnung. Dadurch, dass er als Akteur einer eigenen Agenda handelt, hat er die herrschenden Kräfte in der Türkei und im internationalen Raum verunsichert. Auch dies ist ein Grund für die Verschärfung der Isolationshaft.

Ein weiterer Faktor, der mit all dem zusammenhängt, ist das Wahlergebnis vom 7. Juni 2015: Die Völker der Türkei haben der AKP-Diktatur eine rote Karte gezeigt. Denn die Botschaft dahinter lautet, dass die Herrscher nicht nur ihre Macht auf immer verlieren können, sondern dass es für sie mit hoher Wahrscheinlichkeit vor nationalen Strafgerichten und internationalen Tribunalen enden wird, wo ihre schmutzige Wäsche an die Öffentlichkeit gelangt.

Die Herrschenden wollen dies verhindern, und während ihrer Interimsregierung versuchen sie, erneut gesellschaftliches Chaos ausbrechen zu lassen, um den Menschen, die angesichts der Wirrnisse um ihren Besitz und ihre Sicherheit fürchten, die falsche Wahrnehmung zu vermitteln, dass es keine Alternative zu einer Ein-Parteien-Herrschaft der AKP gebe. Auch aus diesem Grund verhindern sie, dass Öcalan Kontakt zur Öffentlichkeit hat.

Das heißt aber gleichzeitig, dass Öcalan eine Perspektive zu bieten scheint, die die Herrschaft der AKP zu stürzen vermag.

Das Imralı-System soll zu einem für den Staat praktischen Werkzeug werden, mit dem sie Krieg hervorrufen können, wann es ihnen passt, Frieden ausrufen können, wann es ihnen passt, und jederzeit ihre Macht erhalten können.

Eine der ersten Erfindungen der ehemaligen Regierung, die darauf bestand, dass es nicht zu einer politischen Lösung kommt, sondern weiterhin Krieg gibt, war es gewesen, Öcalan das Recht auf Anwält*innenbesuche etc. zu nehmen und jeden Kontakt zwischen ihm und der Umwelt zu unterbinden. Seit nunmehr fünf Jahren dürfen die Anwält*innen ihn nicht mehr

besuchen, wobei dämliche und fadenscheinige Begründungen angeführt werden wie die, dass die Fähre zur Insel defekt sei.

Doch aufgrund der hochentwickelten Wahrnehmungsfähigkeit und unvergleichlichen Widerstandskraft Öcalans konnte der Staat hier keine Erfolgsstory schreiben, sondern jede Regierung, die auf Verleugnung, Vernichtung und die Vereitelung einer politischen Lösung setzte, landete früher oder später auf dem Müllhaufen der Geschichte. Das gilt auch für die AKP.

Es ist offensichtlich, dass die AKP-Regierung auf dem absteigenden Ast ist, insbesondere seit die Roadmap Öcalans und seine Thesen zur demokratischen Autonomie in Kurdistan umzusetzen begonnen wurden.

Während die Gespräche noch anhielten, heckten diejenigen, die der Meinung waren, eine Lösung könne ihr eigenes Ende bedeuten, anderweitige Pläne aus. Doch die Revolution von Rojava konnten sie nicht verhindern. Deren Auswirkungen beschleunigten den Fall der Regierung. Obschon Kurdistan immer schon eine Stätte des Widerstands und der Revolte war, hat sich der Funke der Freiheit westlich des Euphrats nicht entzündet. Durch den Wind der revolutionären Prozesse in Westkurdistan wurde er zum ersten Mal in die Mitte Istanbuls getragen. Auch wenn ein Teil der am Gemeinwesen von Gezi Beteiligten diese Assoziation nicht selbst hergestellt hat, so ist Gezi natürlich nicht unabhängig von den Prozessen jenseits der Grenze zu denken. Aus diesem Grund sind für die AKP die Feindschaft gegen die Revolution von Rojava, gegen den Sieg von Kobanê und gegen PYD und YPG (Partei der Demokratischen Union und Volksverteidigungseinheiten), die mit der Plage des IS fertigwerden, und die Feindschaft gegen die Proteste von Gezi nicht voneinander zu trennen.

Die mentale und psychologische Führungsrolle Öcalans in diesem Widerstand verstehen zwar so manche Kreise nicht, die sich als oppositionell positionieren, doch der Staat versteht sie sehr gut. Er ist bemüht, Öcalans Ansichten strengstens von den Völkern der Türkei und des Mittleren Ostens fernzuhalten.

Daher versucht er auch, das Öcalan-Bild der Durchschnittsbevölkerung so zu formen, wie es ihm gerade passt, und ihn zu diskreditieren – was ganz offensichtlich nicht funktioniert.

Die stürzende AKP-Regierung unterstützte den IS gegen die Revolution von Rojava und deren Auswirkungen auf die Türkei nicht etwa aus unkontrollierter Feindseligkeit, sondern vielmehr aus rationalem Kalkül. Während des gesamten syrischen Bürgerkriegs hat die AKP-Regierung dschihadistischen Organisationen geholfen. Diese Politik hat sich jetzt in den Versuch verwandelt, die Errungenschaften des kurdischen Volkes in der Revolution von Rojava mithilfe des IS und ähnlich barbarischer Organisationen zu vernichten.

Nach dem historischen Aufruf Öcalans zu Newroz 2013 wurde den Menschen deutlicher, wer echten Willen zu Frieden und einer politischen Lösung gezeigt hatte. Dies wurde in einen Protest gegen die AKP-Regierung an den Wahlurnen übersetzt. Die Machthaber verstanden, dass sie gerade gegen diesen echten Willen zu Frieden und einer politischen Lösung unterlagen und erhöhten die Dosierung der Isolation und Aggression.

Nach dem Attentat von Pirsûs (Suruç) wurden die Gewehrläufe, die sich nun gegen den IS richten sollten, gegen die PKK und die kurdische Befreiungsbewegung gewendet. Im Zuge dessen kam es zu Polizeirazzien, in denen Angehörige der Demokratischen Partei der Völker (HDP) verhaftet wurden, denen im Wesentlichen »zur Last« gelegt wurde, gegen die verschärfte Isolation Öcalans protestiert zu haben. Das ist kein Zufall.

Bisher haben wir uns mit den Gründen beschäftigt, die den Staat seit sechzehn Jahren zu Isolationshaft und Imralı-System gegen Öcalan bewegen. Von der Seite des Staates aus betrachtet: Zusammengefasst will er gegenüber dem kurdischen Volk Verhandlungsmasse schaffen und das Ausbleiben einer Lösung in der kurdischen Frage zu seinen Gunsten wenden. Gleichzeitig will er verhindern, dass das kurdische Volk und die anderen Völker der Türkei sich von den Ansichten Öcalans inspirieren lassen, wie es in der Revolution von Rojava geschehen ist. Aus diesem Grund hat er das Imralı-System errichtet und konjunkturell bedingt die Dosierung der Isolation erhöht. Es geht ihm darum, systematisch die Wahrnehmung Öcalans und des Themas Frieden zu lenken, wie es ihm gerade passt.

> Die ultimative Forderung ist nicht, endlich die Isolationshaft zu lockern, sondern Freiheit für Öcalan und die komplette Aufhebung des Imralı-Systems.

Die Kehrseite der Medaille ist die Betrachtung aus Sicht des kurdischen Volkes und revolutionärer Kreise. Die sechzehnjährige Isolationshaft Öcalans ist der kritischste Punkt im Lösungsprozess geworden. Für das kurdische Volk verläuft hier eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Es ist eine Sorge, der nicht durch formelle Anordnungen Abhilfe geschaffen werden kann. Die ultimative Forderung ist nicht, endlich



»Die Devise ›Freiheit für Öcalan und Aufhebung des Imralı-Systems‹ bezeichnet ein unverzichtbares Aktionsfeld im Kampf um Demokratie, wenn wir den von der AKP aufgekündigten Waffenstillstand, das Wiederaufflammen der Kampfhandlungen, das sie zu erreichen versucht, und das Spiel, das sie mit den Völkern treibt, zu einem Ende zu führen trachten, das den unterdrückten Völkern zum Vorteil gereicht.«

die Isolationshaft zu lockern, sondern Freiheit für Öcalan und die komplette Aufhebung des Imralı-Systems.

Öcalan selbst hat in verschiedenem Kontext gesagt, er fordere keineswegs körperliche Freiheit für sich selbst. Er ist eine politische Führungsfigur, die der Welt gezeigt hat, wie frei ein Mensch selbst unter den Bedingungen der Isolation sein kann.

Es geht vielmehr darum, seine Ansichten und Kritik, seine Lösungsvorschläge mit der Öffentlichkeit, der PKK und allen Kräften der kurdischen Befreiungsbewegung und internationalen Akteur*innen frei zu teilen. Es geht darum, mit den Subjekten des Konfliktes in freien Austausch zu treten. Es geht darum, alle nötigen Kontakte herzustellen, um einen ehrenhaften Frieden und eine gleiche, demokratische Gemeinschaft der Völker zu erreichen.

Daher wird sowohl von der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden für Kurdistan« als auch von verschiedenen Zusammenschlüssen in der Türkei und international die bisher umfassendste Kampagne der letzten sechzehn Jahre geführt.

2011 gründeten wir den Zusammenschluss »Freiheit für Öcalan – für den Frieden«. Zum Ende des Jahres brachten wir zum Ausdruck, dass die AKP-Regierung über ihre Regierungszeit hinweg keinen einzigen Schritt getan hatte, um die kurdische Frage und die damit verbundenen Probleme der anderen Bevölkerungsgruppen zu lösen, dass der politische Führer des kurdischen Volkes hingegen, Abdullah Öcalan, während der Jahre, die er aufgrund der internationalen Verschwörung gegen ihn im Sarkophag Imralı verbringen musste, allen widrigen Umständen zum Trotz dafür gekämpft hatte, dass die Völker des Landes und der Region ihrem freien Willen gemäß miteinander in Frieden leben können. Damit hat er gezeigt, dass er selbst ein Garant für Frieden im Land und in der Region ist.

Die AKP hat entsprechend der Rolle, die ihr von der kapitalistischen Moderne zugeteilt wurde, auch dieses Problem noch in politisches Kapital für ihren Machterhalt verwandelt, indem sie so tat, als wolle sie das Problem lösen. Die Anstrengungen des politischen Führers des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, und die Einstellung der Kampfhandlungen, die sich aus dem Willen des kurdischen Volkes und aller demokratischen Kräfte des Landes ergeben hatte, mithin der Lösungsprozess, sollten zu Instrumenten werden, mit denen die AKP ein Reservoir an Kurd*innen schaffen wollte, die »ihr« gehören, und somit eine Massenbasis für ihr eigenes Regierungsverständnis. Doch an dem Punkt, an dem wir angelangt sind, kann sie ihre Macht nicht mehr erhalten und hat alles, was in den letzten Jahren erreicht wurde, auf den Müll geworfen.

Unser Zusammenschluss geht von der Aussage aus, dass Freiheit für Öcalan ein Garant des Friedens ist. Er hat mehr als zehn Millionen Unterschriften für die Forderung nach Freiheit für Öcalan gesammelt und dem Europaparlament überreicht. Sie sollen nach der Sommerpause auch dem neuen *[türkischen]* Parlament übergeben werden. Die Kampagnen in der Türkei und international für dieses Ziel sollen intensiviert werden.

Die Devise »Freiheit für Öcalan und Aufhebung des Imralı-Systems« bezeichnet ein unverzichtbares Aktionsfeld im Kampf um Demokratie, wenn wir den von der AKP aufgekündigten Waffenstillstand, das Wiederaufflammen der Kampfhandlungen, das sie zu erreichen versucht, und das Spiel, das sie mit den Völkern treibt, zu einem Ende zu führen trachten, das den unterdrückten Völkern zum Vorteil gereicht. Es ist ein lebenswichtiges Aktionsfeld, wenn wir diesen Kampf zu einem dauerhaften Erfolg führen und in der Türkei, wie im gesamten Mittleren Osten, ein demokratisches System errichten wollen. ♦

Zu den Perspektiven der DBP

Die eigenen Belange demokratisch selbst bestimmen

DBP Demokratische Partei der Regionen

Mit der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und der Demokratischen Partei der Regionen (DBP) hat sich ein neues politisches Bewusstsein entwickelt. Lange Zeit warben herkömmliche Parteien mit ihren politischen Zielen und ideologischen Vorstellungen um gesellschaftliche Unterstützung. Diese sich mit der Zeit zu einem ständig wiederholenden Kreislauf entwickelnde Art Politik gelangte mit HDP und DBP zu einer neuen Dimension.

Von einer Partei wird erwartet, dass sie ihre Inhalte mit verschiedenen Methoden auf die gesellschaftliche Agenda setzt. Für die KurdInnen – ihre Existenz wurde geleugnet – waren durch ihre Partei ihre Verteidigung und ihr legitimer Widerstand das Ziel. Natürlich kann ihr Kampf nicht nur darauf reduziert werden. Von Beginn an, also seit der Gründung ihrer ersten Partei und den folgenden Verboten all ihrer Parteien bis heute, waren ihre Verteidigung und ihre Freiheit allerdings das Hauptziel.

Dieser Kampf um das bloße Überleben brachte wichtige Erfahrungen in den Entwicklungen einer demokratischen Politik mit sich. Diese beeinflusste das Regime in der Türkei stark, das auf Totalität, Homogenität und der Leugnung aller gesellschaftlichen Unterschiedlichkeiten aufbaut. Seit seiner Gründung stürzte sich der türkische Staat reflexartig sofort schon im Keim auf jeglichen demokratischen Prozess im Land. Erst die Tradition kurdischer Parteien griff dieses in sich geschlossene politische System nachhaltig an und veränderte es. Das enge Hemd, das für dieses Land geschneidert worden war, passte ihm einfach nicht und platzte an allen Nähten. In ihrem Bewusstsein halten HDP und DBP und hielten die Parteien, in deren Tradition sie stehen, als die ersten in der Türkei ernsthaft stand gegen die nationalstaatliche Ausprägung der kapitalistischen Moderne und all ihre negativen Konsequenzen für die Gesellschaft. HDP und DBP vertreten genau dieses politische Prinzip des demokratischen Widerstandes und seine Tradition.

Im Zuge der Intensivierung der Diskussionen über die Demokratisierung in der Türkei bewies die HDP-/DBP-Tradition, dass gesellschaftlicher Widerstand nicht mit der herkömmlichen Ausprägung der klassischen Parteien geführt werden kann. In dieser Offensive spielte Abdullah Öcalan – die Führungspersönlichkeit in der kurdischen Bevölkerung – eine maßgebliche Rolle. Die HDP schaffte es mit ihrem realisierten Kongress, alle auf der Suche nach einem demokratischen und freien Leben befindlichen gesellschaftlichen Kräfte mit ihrer jeweiligen Identität unter einem Dach zu sammeln, was in gewissem Sinne genau die gesellschaftlichen Realitäten widerspiegelt, die dieser Staat leugnet und zu zerstören sucht. Alternativ zur staatlichen Logik bilden die HDP-/DBP-Prozesse die Plattformen, an denen verschiedene Volksgruppen, Glaubensgemeinschaften und Lebensformen partizipieren können, ohne ihre eigene Identität politisch und sozial zu leugnen. Trotz anfänglicher Skepsis ist durch den Prozess die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Kampfes um Demokratie, Freiheit und Gleichheit sichtbar geworden. In der gesamten Türkei hat dieses Projekt Akzeptanz gefunden und für einen neuen Wind gesorgt. Es setzt seine politische Arbeit als eine demokratische Partei der gesamten Türkei fort. Diese Arbeit beruht nicht nur auf der Befreiung des kurdischen Volkes, sondern aller Völker, auf dem freien Ausleben aller Religionen, auf der Respektierung aller Identitäten und Orientierungen, auf dem Kampf gegen die Umweltzerstörung und auf dem Kampf von Frauen um die Befreiung aus der männlichen Unterdrückung.

In diesem Rahmen spezialisiert sich die DBP auf die Region Kurdistan und wird Teil unseres Lebens. Derzeit führt sie 106 Gemeinden an. Was wir betonen müssen ist, dass die DBP eine Partei professioneller ideologischer AktivistInnen ist, d. h. eine Partei der Bildung. Die Arbeit der DBP umfasst einige Dimensionen, die im Folgenden aufgeführt werden:

1. **Kommunale Demokratie:** Die DBP strebt danach, die Demokratie in den Kommunen zu stärken. Die Administration in der Türkei ist weit davon entfernt, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Ein Staat, der die Gesellschaft von einem Zentrum aus verwalten und kontrollieren will, hat niemals die Kapazitäten, Probleme zu lösen, stattdessen

werden Probleme zu Kriegsgründen. Alternativ dazu geht die DBP von den Kommunen aus. Sie schafft kommunale Mechanismen, die diese Probleme lösen, indem sie Volksräte und Dorfkommunen gründet. Dieses System wird »demokratische Autonomie« genannt. Indem sie dieses Recht der Gesellschaft auf ein demokratisches Leben verteidigt, wächst dieses System stetig. Der türkische Staat bewertet es als illegal. Für die Lösung gesellschaftlicher Probleme bezieht sich die DBP aber nicht nur auf den gesetzlichen Rahmen. Sie nutzt auch gesellschaftlich legitimierte Methoden. Das sind die Ziele der angestrebten Mechanismen, dafür werden auch die staatlich-administrativen Gemeinden herangezogen. Sie sind nicht mehr nur für technische Fragen da, sondern müssen alle möglichen Probleme der Gesellschaft feststellen, sich ihnen widmen und sie lösen. Auch aus dem Namen der demokratischen Autonomie lässt sich das herauslesen: Die Verwaltungsstrukturen der Gesellschaft müssen die Probleme in den Regionen und den Kommunen lösen.



2. Frauen- und Jugendpartei: Unsere Partei ist die erste, die das Doppelspitzensystem auf die Agenda gebracht hat. Es ist eines ihrer Kernprinzipien, jegliche in allen Lebensbereichen bestehende negative Einstellung gegen Frauen und junge Menschen zu tilgen und eine von der gesamten Gesellschaft getragene Demokratie insbesondere auf diese zwei Hauptsubjekte aufzubauen. In all unseren Strukturen – Gemeinden, Organisationen, Kommissionen – werden das Kovorsitzendensystem und die gleichwertige Repräsentanz angewendet.

3. Akademien: Eine der wichtigsten Arbeiten der DBP ist die Bildungsarbeit samt Akademien. Die DBP strebt mit ihrem Parteibewusstsein und ihrer Ideologie die Veränderung der Gesellschaft an. Zu betonen ist, dass dafür nicht gewartet wird, bis sie die Regierung oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin stellt. In ideologischer Hinsicht bevorzugt sie nicht die Herrschaft, sondern die Nutzung jeder Möglichkeit zur Veränderung der Gesellschaft sowie die Schaffung entsprechender Bedingungen. Dabei soll für die Bevölkerung bis hin für professionelle AktivistInnen ein breites gesellschaftliches Bildungsangebot gewährleistet werden. Um ein demokratisches und freies Leben zu schaffen, muss zuvor ein entsprechendes Bewusstsein organisiert werden. Ein demokratisches System kann nur in einer gesunden Art und Weise entwickelt werden, wenn erst ein Bewusstsein dafür belebt wird. Aus diesem Grund verfügen wir über ein System diverser Akademien für unsere AktivistInnen, das verschiedene Berufsgruppen und Kategorien umfasst.

4. Politik ohne Herrschaft: Im Gegensatz zur staatsfixierten Politik fokussiert unsere Politik nicht auf Herrschaft, sondern auf die gesellschaftliche Freiheit und den Aufbau eines demokratischen Systems. Dementsprechend schulen wir auch unsere AktivistInnen. Wir distanzieren uns von jeglichem Politikverständnis, das sich von der Gesellschaft abhebt und Politik als Machtinstrument versteht. Unser größtes Interesse ist es, Menschen für den Dienst für die Freiheit unserer Gesellschaft zu gewinnen, die nicht nach Eigeninteressen gehen, sondern sich den Bedürfnissen der Gesellschaft widmen.

5. Partei Kurdistans: Trotz des Bewusstseins unserer Verantwortung gegenüber der gesamten Türkei bezieht sich unsere Politik hauptsächlich auf Kurdistan. Wir grenzen uns nicht ein, indem wir nur die Lösung der kurdischen Frage fordern, sondern sehen uns auch als einen Akteur für die Lösung, indem wir die demokratische Autonomie selbst organisieren.

Die DBP ist Nachfolgerin der 2008 gegründeten Partei für Frieden und Demokratie (BDP). Diese hat sich allerdings am 11. Juli 2014 auf ihrem großen Kongress einen neuen Namen und eine neue Mission gegeben. Sie heißt jetzt Demokratische Partei der Regionen.

Die DBP wird ihren bisherigen Kampf verstärken und noch vehementer die Mechanismen der kommunalen Demokratie institutionalisieren, also die Volksräte und Kommunen aufbauen. Darüber hinaus wird sie den Aufbau von Kooperativen unterstützen. Durch mehr Akademien will sie die demokratische Ader in der Bevölkerung stärken. Die Gemeinden dürfen nicht mehr nur klassische Gemeinden der staatlichen Administration sein, sondern müssen kommunale Räume demokratischer Mechanismen entwickeln. ♦

Aggression der türkischen AKP-Regierung gegenüber Rojava verschärft sich

Spiel mit dem Feuer

Michael Knapp

In den letzten drei Monaten hat sich die Lage in und um Rojava entscheidend verändert. Die kurdische Freiheitsbewegung und die emanzipatorischen Kräfte haben entscheidende Siege errungen. Nach dem Wahlerfolg der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP), dem Durchbrechen der vom türkischen Militärregime 1982 eingeführten Zehnprozentwahlhürde, wurde die absolute Macht der türkischen Regierungspartei AKP grundsätzlich in Frage gestellt und ein Bündnis zwischen Linken, Revolutionär_innen, LGBTI, Antikapitalist_innen und der kurdischen Freiheitsbewegung geschmiedet. Dies stellt einen harten Schlag für die Politik der AKP dar, die kurdische Bewegung zu isolieren und hinzuhalten, während der Dialog auf Eis gelegt wird. Weiterhin ist ein Scheitern der Syrien- bzw. Rojava-Politik der Türkei festzustellen: Am 16.06.2014 befreiten Einheiten der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) und des Bündnisses Burkan al-Firat die seit 2012 von Dschihadist_innen und seit 2014 vom Islamischen Staat IS beherrschte Stadt Girê Sipî (Tall Abyad). Das bedeutet einen strategisch entscheidenden Sieg über den IS und die ihn unterstützenden Regionalmächte, da Girê Sipî für diese einen der wichtigsten Nachschubwege in die Türkei darstellte. Das Kappen der Linie Türkei–Ar Raqqa ist ein schwerer Schlag für das neoosmanische Projekt der türkischen Regierungspartei.

Die AKP, angewiesen auf einen Koalitionspartner, setzte während der zur Stunde immer noch andauernden Regierungsbildung, bzw. der Vorbereitung von vorgezogenen Neuwahlen, auf eine Eskalationspolitik auf allen Ebenen. Neben einer Intensivierung der Militäroperationen vor und nach den Wahlen begann sie nach dem Sieg von YPG/YPJ und Burkan al-Firat in Girê Sipî zusammen mit der weitgehend unter ihrer Kontrolle stehenden Syrischen Nationalen Koalition, mit Berichten von angeblichen ethnischen Säuberungen der YPG/YPJ gegenüber Turkmen_innen eine Intervention in der Region vorzubereiten und die diskursive Gleichsetzung von YPG/YPJ und IS voranzutreiben. Selbst konservative Kommentator_innen wie der Sicherheitsexperte Emre Uslu gehen davon aus, dass Erdoğan damit eine Intervention in Syrien vorbereiten will. Laut Uslu dient die verstärkte Berichterstattung über Turkmen_innen dazu, das innenpolitische Klima in der Türkei, ähnlich wie bei der Besetzung Zyperns 1974, auf diese kriegerische Handlung vorzubereiten.[1] Die Benutzung der turkmenischen Frage ist eine klassische Strategie türkischer Regierungen, nationalistisches Klima anzuheizen und Militäroperationen voranzutreiben. Möglicherweise erhofft sich die AKP ein Zusammenrücken der nationalistischen Kräfte bei den möglichen Neuwahlen und damit eine Stärkung der eigenen Position.

Während eine direkte Intervention des türkischen Staates in Rojava bisher nur in begrenztem Maße stattfand und vor allem durch verbündete dschihadistische Kräfte umgesetzt wurde, liegt ein Einmarsch in Syrien und den von Dschihadist_innen besetzten Teilen Rojavas im Bereich des Wahrscheinlichen. Der Einmarsch in der Region stellt ein vom vormaligen Minister- und jetzigen Staatspräsidenten Erdoğan lange angestrebtes Ziel dar. Argumentativ wurde dies immer wieder durch die Gleichsetzung des IS mit der kurdischen Freiheitsbewegung, den YPG und YPJ wie auch der PKK zu erreichen versucht. Dieses Ziel ist vermutlich nun insofern gelungen, als dass eine Pufferzone und eine Eskalation des Krieges in Nordkurdistan/Türkei gegen die Nutzungsrechte am Luftwaffenstützpunkt Incirlik für die USA ausgehandelt worden zu sein scheinen.

Es folgte der Anschlag von Pîrsûs (Suruç), bei dem mindestens 33 Solidaritätsaktivist_innen aus der Linken der Türkei von IS-Terrorist_innen ermordet wurden. Von der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) wurde er als eine Kooperation von IS und türkischer Regierung bewertet:

»Indem die AKP-Regierung den IS genährt und unterstützt hat, wollte sie ihn sowohl als Werkzeug in der eigenen Mittelostpolitik benutzen als auch mit Hilfe der faschistischen Banden die Revolution von Rojava vernichten. Als Ergebnis dieser Politik wurde das türkisch-syrische Grenzgebiet zu ei-

1 todayszaman.com/columnists_is-turkey-preparing-for-an-intervention-in-syria_389932.html, 21.06.15

nem Paradies für den IS gemacht. Von überall auf der Welt wurden Banden zu dieser Grenze nach Syrien gebracht und die Grenzstreifen für den IS für Organisierungscamps wie auch Logistikzentren geöffnet. Wenn es heute im Mittleren Osten den Faschismus des IS gibt, dann muss die Welt wissen, dass sein größter Unterstützer die AKP-Regierung ist.«[2]

Tatsächlich ist bekannt geworden, dass der Attentäter vom Geheimdienst MIT überwacht worden war. Selbst wenn die hohe Wahrscheinlichkeit einer AKP-Beteiligung an dem Anschlag beiseitegelassen wird, so bleiben doch unzählige Dokumente und Berichte, welche die enge Unterstützung des IS durch die Türkei belegen. So bestätigen u. a. anderem ganz aktuelle Aussagen des bei Girê Sipî gefangen genommenen IS-Terroristen Mahmut Gazitilar, dass es bei der nordkurdischen Stadt Semsûr (Adıyaman) ein Ausbildungscamp für den Dschihad gibt.[3] Das belegt ebenfalls die Vielzahl von Transporten und Grenzübertritten von Dschihadist_innen bei Kaniya Xezalan (der auf türkischem Territorium liegende Teil Akçakale der durch die türkisch-syrische Grenze geteilten ehemaligen Stadt Tall Abyad) nach Girê Sipî und Raqqa. Während einerseits Waffen unter Medikamentenladungen in der Region Hatay entdeckt worden waren, die vom MIT an dschihadistische Kräfte transportiert wurden, finden ähnliche Transporte häufig unter humanitärem Deckmantel auch über die Grenze bei Kaniya Xezalan statt. Die dokumentierten Fälle stellen dabei allerdings höchstens die Spitze des Eisbergs dar. Während die türkische Regierung über die selbstverwalteten Regionen Rojavas ein Embargo verhängte, leistete sie hier großzügig »Hilfe«. Wie die New York Times am 04.05.2015 feststellte, sei eine große Menge Ammoniumnitrat bei Kaniya Xezalan über die Grenze gebracht worden, deklariert als »Dünger«.[4] Selbstverständlich wird mit Ammoniumnitrat weltweit gedüngt, es ist allerdings leicht in einen starken Sprengstoff umzuwandeln, wie er immer wieder vom IS und anderen Gruppen weltweit zu Anschlägen mit Autobomben benutzt wird, da der Dünger leicht erhältlich und in großen Mengen einsetzbar ist. Weitere Funde von aus Dünger aus der Türkei hergestellten Sprengsätzen in Heleb (Aleppo) und Girê Sipî belegen das.[5] Dem türkischen Magazin »Nokta« liegen mittlerweile Listen mit mindesten 60 Personen vor, die in der Türkei aufgegriffen und als Dschihadist_innen abgeschoben werden sollten. Anstatt sie jedoch des Landes zu verweisen, seien die im Dokument namentlich benannten Personen zwischen April und Oktober 2014 dem türkischen Geheimdienst MIT überlassen worden, der sie über Kaniya Xezalan an den damals in Girê Sipî herrschenden IS übergeben habe.[6] Während Hilfslieferungen und Stromversorgung aus der Türkei im IS-kontrollierten Girê Sipî funktionierten, wurde nach der Befreiung der Stadt sämtliche Energieversorgung aus der Türkei abgeschaltet und die Region in das weitgehende Embargo gegen Rojava einbezogen. Noch deutlicher als diese Indizien mag die Erklärung des Nationalen Sicherheitsrats der Türkei (MGK) vom 29.06.15 sein, der drohte, im Falle eines Überschreitens des Euphrat durch die YPG/YPJ werde die Türkei intervenieren.

Besonders zynisch ist das Ausnutzen des Anschlags von Pirsûs vom 20.07.15 durch die AKP-Regierung. Der Angriff auf die linke Opposition, welche die AKP-Regierung mit allen Mitteln zu vernichten sucht, wird von eben dieser zum Angriff auf die ganze Türkei stilisiert und zum Anlass genommen, Bündnisse für einen »Krieg gegen den Terror« zu schließen. So wurde den USA die Militärbasis Incirlik für Luftoperationen gegen den IS überlassen, dafür wurden anscheinend im Gegenzug Angriffe auf die kurdische Guerilla und eine mögliche Pufferzone in Syrien eingeräumt. Angriffe auf den IS fanden nur in sehr begrenztem Maße statt, auf einen Tag reduziert. Die NATO sekundierte mit einer Solidaritätserklärung Ende Juli.

Die Bombardierungen folgten, allerdings in allergrößtem Ausmaß gegen die kurdische Guerilla, über 1000 Menschen wurden in der Türkei/Nordkurdistan inhaftiert, ein Bruchteil davon wegen eines Vorwurfs der IS-Mitgliedschaft, die große Mehrheit als Teil der Linken in der Türkei und der kurdischen Bewegung. In den letzten Wochen wurde auf eine Politik der Inhaftierung, Folterung und extralegalen Hinrichtung zurückgegriffen – das bedeutet, die Menschen, die in Pîrsûs vom IS bombardiert wurden, werden nun im offiziellen Staatsauftrag von Polizei und Militär angegriffen.

Weiterhin ließ die türkische Regierung lauthals verkünden, die USA hätten zugestimmt und die Anti-IS-Koalition würde IS und YPG/YPJ bombardieren, wenn diese die Pufferzone beträten. Sowohl die Zustimmung zur Einrichtung einer Pufferzone als auch die Bombardierung von IS und YPG/YPJ gleichermaßen im Falle eines Eindringens wurden von den USA allesamt dementiert, während sie dem am 27.07. noch zugestimmt hatten.[7] Dieser Wechsel von Erklärung und Dementi scheint auf einen Interessengegensatz zwischen USA und Türkei im Hinblick auf die Bekämpfung des IS zurückzugehen. Laut Wall Street Journal hatte die Türkei erklärt, die Angriffe auf die PKK »kurzfristig abzuwickeln«, sie setzte jedoch ihr Bombardement fort. Nun entrüsten sich Militärvertreter_innen der USA: »Es ist klar, dass der IS nur ein Aufhänger war. Die Türkei wollte gegen die PKK vorgehen und brauchte einen

2 http://www.imctv.com.tr/kckden-patlamaya-iliskin-aciklama/

3 http://anfturkce.net/kurdistan/dais-adiyaman-da-eleman-devsiriyor

4 nytimes.com/2015/05/05/world/europe/fertilizer-also-suited-for-bombs-flows-to-isis-territory-from-turkey.html, 20.06.15

5 http://tr.hawarnews.com/turkiye-cetelere-patlayici-icin-gubre-veriyor/

6 http://tr.hawarnews.com/mit-eliyle-daisa-eleman-tasiniyor/

7 http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-sicherheitszone-101.html

Anlass.«[8] Allerdings ist dieses Erstaunen sicherlich eher als offizielles Distanzierungsmanöver zu sehen, da die Türkei in ihrem politischen wie auch praktischen Vorgehen nie ein Hehl daraus gemacht hat, dass sie in der PKK oder auch in der Selbstverwaltung von Rojava eine größere Gefahr sieht als im IS[9], und die Behauptungen des türkischen Außenministers Çavuşoğlu, es gäbe keinen Unterschied zwischen dem IS und der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) in Rojava, machten dies mehr als deutlich.[10]

Der Aufbau der sogenannten Pufferzone zwischen Cerablus (Dscharabulus) und Azaz scheint de facto voranzugehen, parallel dazu verstärkt die Türkei ihre Präsenz in den Regionen Idlib und Heleb. Das Bündnis zwischen Al-Qaida und Türkei wurde deutlich, als die Al-Nusra-Front (Dschabhat an-Nusra, JAN), wenn auch zähneknirschend, ankündigte, die von ihr kontrollierten Zonen in Heleb und Azaz zugunsten der Türkei zu räumen. Auch auf ökonomischer Ebene haben die Vereinnahmungsversuche begonnen, so hat die von JAN geführte Koalition Dschaisch al-Fatah in Idlib die Türkische Lira eingeführt, dasselbe tat JAN vor wenigen Tagen in Heleb. Falls die Türkei nicht direkt einmarschiert, so hat sie doch schon begonnen, rechtsextreme Kontrakräfte unter Kontrolle des MIT in die Region zu schleusen. Diese sollen als »turkmenische Oppositionskräfte« ihre Rolle im politischen Konzept der Türkei in Syrien unter anderem unter den Namen »Sultan-Murat-Brigade« oder »Fatih-Sultan-Mehmet-Brigade« spielen und dem neoosmanischen Projekt neues Leben einhauchen. Die turkmenische Organisierung ist stark vom türkischen Geheimdienst MIT und rechtsextremen Gruppen wie den »Grauen Wölfen« durchdrungen. Die Sultan-Murat-Brigade arbeitet eng mit JAN/Al-Qaida und anderen dschihadistischen Gruppen zusammen unter dem Namen Ansar al-Scharia und pflegt gemeinsame Operationsbasen insbesondere im Kampf gegen die selbstverwalteten Bezirke von Heleb.[11]

Der Sprecher der YPG, Sîpan Hemo, erklärte gegenüber ANHA: »Uns liegen Dokumente vor, die ein Treffen zwischen Nusra und türkischen Staatsvertreter_innen in Kilis belegen. Die Gebiete, die von Nusra geräumt werden, sollen der Sultan-Murat-Brigade übergeben werden. Das hat diese gestern in einer Presseerklärung bestätigt. Sie sagen, sie haben 13 Orte von JAN übergeben bekommen. Im Endeffekt bedeutet das, dass JAN und die Sultan-Murat-Brigade sich untereinander ablösen.« Am 10.08. überschritten etwa 600 Mitglieder der turkmenischen Brigaden, unter ihnen viele Mitglieder türkischer Spezialeinheiten, die türkisch-syrische Grenze bei Azaz unter türkischen und osmanischen Fahnen. Die Gruppen waren mit Pick-ups mit Flugabwehrgeschützen ausgestattet und rückten ebenfalls aus Richtung Idlib auf Azaz vor. Die Zusammenarbeit zwischen JAN und den turkmenischen Brigaden ging sogar über das, was Sipan Hemo erklärte, hinaus, so schlossen sich Mitglieder von JAN im von Nusra besetzten Dorf Qestel Cindo bei Afrîn den turkmenischen »Milizen« – de facto den türkischen Spezialeinheiten – an. Neben JAN haben sich in der Region nach Quellen aus dem Umfeld der Freien Syrischen Armee (FSA) große Einheiten von Ahrar al-Scham und Dschabhat al-Schamiye angeschlossen. Ahrar al-Scham begrüßte trotz enger Al-Qaida-Anbindung im Gegensatz zu JAN die Interventionen der internationalen Koalition gegen den IS und das Regime und bietet sich für eine Zusammenarbeit an. Der Politikwissenschaftler Michael Lüders erklärte gegenüber dem ARD-Magazin Monitor, dass die Ideologie und Praxis von Ahrar al-Scham JAN oder dem IS an Grausamkeit um nichts nachstehe.[12] Ahrar al-Scham werden nach einem UN-Bericht schwere Menschenrechtsverletzungen, Massaker und Folter auch an Kindern vorgeworfen.[13] Ahrar al-Scham ist ebenfalls eine der Gruppen, die massiv von der Türkei aufgerüstet worden sind. Obwohl die Bundesregierung offiziell dementiert, belegen von Monitor vorgelegte geheime Dokumente eben dies. Es heißt dort: »Seit Mitte November 2014 deuten nachrichtendienstliche Hinweise auf Waffenlieferungen Ankaras an Kräfte des bewaffneten Widerstands in Syrien hin. Empfänger sollen die Gruppierung Ahrar al Sham bzw. die Islamische Front (IF) gewesen sein.«[14]

Der Aufbau der sogenannten Pufferzone zwischen Cerablus (Dscharabulus) und Azaz scheint de facto voranzugehen, parallel dazu verstärkt die Türkei ihre Präsenz in den Regionen Idlib und Heleb. Das Bündnis zwischen Al-Qaida und Türkei wurde deutlich, als die Al-Nusra-Front (Dschabhat an-Nusra, JAN), wenn auch zähneknirschend, ankündigte, die von ihr kontrollierten Zonen in Heleb und Azaz zugunsten der Türkei zu räumen.

Weiterhin gibt es deutliche Hinweise darauf, dass sich IS, JAN und turkmenische Milizen in der Region Azaz zumindest

8 http://www.wsj.com/articles/u-s-concerns-grow-over-turkish-bombardment-of-kurdish-separatists-1439422676?mod=rss_middle_east_news

9 vgl. http://www.sabah.com.tr/gundem/2015/06/19/pyd-daesten-cok-daha-tehlikeli-1434663598, 19.06.15

10 http://onedio.com/haber/disisleri-bakani-cavusoglu-pyd-isid-gibi-bir-teror-orgutudur--390571

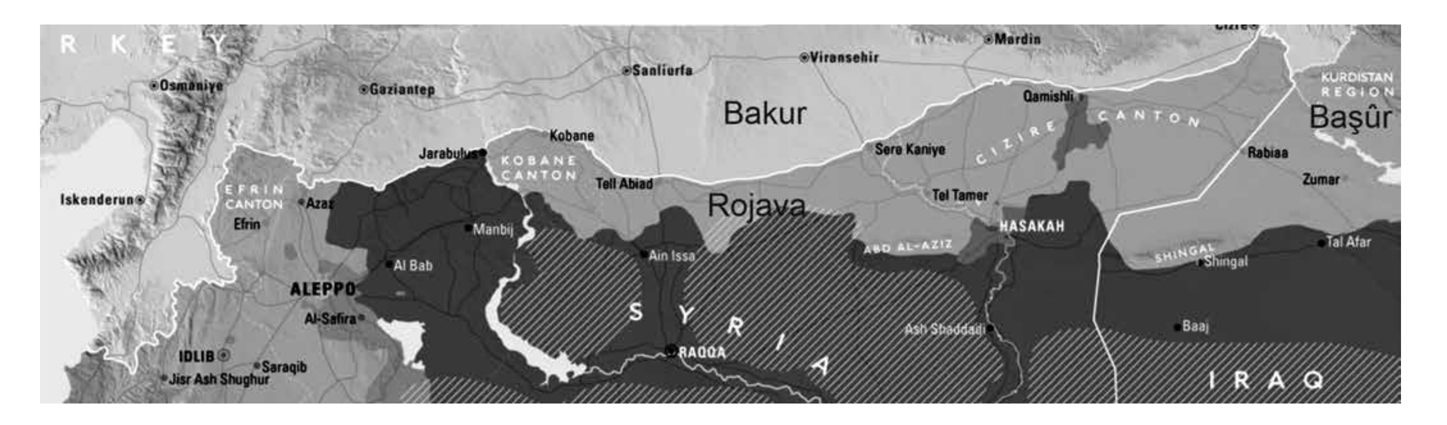
11 http://www.turkmenajans.net/halepte-ansar-al-seria-operasyon-odasi-kuruldu/

12 Monitor, Sendung 13.08.15

13 vgl. http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/a_hrc_25_65.pdf

14 Monitor, Sendung 13.08.15

stellenweise koordinieren. So übergab der IS das Dorf Qere Mezre und insbesondere die dortigen Gasabfüllanlagen an die Sultan-Murat-Brigade und JAN. YPG-Kommandant Sîpan Hemo erklärte hierzu: »Nach Dokumenten, die uns vorliegen, hat der MIT die Kommandanten des IS und der Sultan-Murat-Brigade zusammengebracht und sie haben dieses Thema diskutiert. Nach diesem Szenario sollten für die Öffentlichkeit zunächst die Luftangriffe der Türkei auf einige Stellungen des IS erfolgen, daraufhin sollte der IS die Region verlassen. Danach sollte die Sultan-Murat-Brigade in die von den Banden geräumten Gebiete einziehen. Der IS fing daraufhin sofort damit an, eine Basis für ein solches Vorgehen zu schaffen. Er begann eine Erklärung zu verbreiten, wenn es einen heftigen Angriff gäbe, dann wären wir gezwungen, unsere Kräfte zurückzuziehen. Im Moment findet genau dieses Szenario statt.«



Auch wenn uns die Dokumente zum IS nicht vorliegen, so belegt doch der offizielle Abzug von JAN aus den Regionen Azaz und Heleb die enge Zusammenarbeit zwischen AKP-Regierung und JAN. Immer wieder postulierte Interessengegensätze werden von der Übergabe mindestens sechs verletzter YPG-Kämpfer_innen von der Türkei an JAN vor deren Abzug Lügen gestraft.

Eine weitere Frage bleibt; die von den USA ausgebildeten FSA-Milizen wurden allesamt von JAN gefangen genommen und existieren im Moment de facto nicht mehr. Nach dem offiziellen JAN-Abzug scheint es nun das Kalkül der Türkei zu sein, »gemäßigte Rebell_innen« in Form der »turkmenischen Milizen« zu installieren.

Wir können von einer Neuformierung der Gegner_innen der demokratischen Autonomie in Rojava und einer verdeckten Invasion der Türkei in das Gebiet der geplanten Pufferzone sprechen. Insbesondere die kurdische Bevölkerung der Region, aber auch andere Gruppen im Gebiet zwischen Kobanê und Afrîn stehen einer akuten Bedrohung gegenüber. Dabei wird wieder auf die Zusammenarbeit mit Rechtsextremen und Dschihadist_innen zurückgegriffen, welche die regionalen Interessen der Türkei durchsetzen sollen. Nicht zu vergessen ist, dass diese Politik im Schatten der Patriot-Raketen der deutschen Bundeswehr stattfindet und dass die Bundesregierung trotz ihrer Kenntnis der Al-Qaida-/JAN-/Ahrar-al-Scham-Verbindungen der Türkei bisher zu keinerlei Protest bereit war. Was der anberaumte Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei in diesem Kontext bedeutet, bleibt abzuwarten, sicher ist jedoch, dass die NATO-Partnerschaft und die Waffenlieferungen an die Türkei bisher in keiner Weise in Frage gestellt wurden. Dahinter Ignoranz zu vermuten, wäre sicherlich zu kurz gegriffen, es wird bewusst mit dem Feuer gespielt, das im Begriff steht, die ganze Region in Brand zu setzen. Die Aufrufe der Kanzlerin Merkel zum »Maßhalten« beim Bombardieren der kurdischen Freiheitsbewegung entbehren in diesem Rahmen nicht eines gewissen Zynismus.[15]

Sîpan Hemo erklärte, dass eine Intervention der Türkei nicht geduldet werden würde: »Dies möchten wir allen Völkern Syriens bekannt geben. Auch wenn sich diese Intervention nicht direkt gegen unsere Kantone richtet, wenn türkische Kräfte in Azaz eindringen und angreifen, dann ist das ein Angriff auf Westkurdistan. Wir sagen unseren Freund_innen, die Politik, die der türkische Staat praktiziert, ist kein Kampf gegen den IS und für die Freiheit der Völker Syriens. Der türkische Staat hat bis heute seine Verbindungen mit den Banden nicht abgebrochen. Er hat auch keine Entscheidung getroffen, mit den internationalen Kräften gegen den IS zu kämpfen. Der IS ist an sich ein Projekt des türkischen Staates gewesen. Heute mag sich die Form des Projekts geändert haben … in dieser Situation mögen wir anderen Namen für den ›türkischen IS‹ begegnen. Morgen können wir dem ›IS‹ der Sultan-Murat-Brigade gegenüberstehen. Alles das hat ein Ziel: die Gegnerschaft zu den Errungenschaften der Völker Rojavas.« ♦

15 vgl. http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-07/tuerkei-bombenanschlag-soldaten-kurden

Vor der Entscheidung über Barzanîs Zukunft in Südkurdistan

Demokratie oder Autokratie

Deniz Irmak

Vielleicht ist die Frage der Amtszeitverlängerung Herrn Mesûd Barzanîs schon gelöst, bevor dieser Artikel in Druck geht. Wie auch am 20. August entschieden wird, die vor längerer Zeit begonnene Diskussion über einen Regimewechsel in Südkurdistan wird andauern. Ob Herrn Barzanîs Amtszeit verlängert wird oder nicht, ob er vom Volk oder vom Parlament gewählt wird, ist sekundär. Südkurdistan will angesichts des Krieges des Islamischen Staates (IS), der Einmischung der Türkei, Irans etc. einen funktionsfähigen staatlichen Apparat. Spätestens seit den IS-Angriffen zweifeln die Bürger am Mythos des starken Peschmerga-Mannes Barzanî. Sie wollen institutionelle Garantien. Sie wollen ein parlamentarisches System. Es soll keine Person über dem Parlament stehen, sondern das Parlament soll die höchste gesetzgebende Institution sein, dessen Beschlüsse von der Regierung umgesetzt werden. Zwar gibt es seit 1991 ein kurdisches Parlament, eine kurdische Regierung. Dennoch liegt die Macht nicht in den Händen des Volkes, sondern in den Händen der Clans und Parteien. Personen und Parteien sind Parlament und Regierung übergeordnet. Die Bürger fordern die Beseitigung der Autokratie und die Installation der Demokratie. Das ist gegenwärtig die Kernfrage in Südkurdistan, auch wenn die gesamte Debatte von zahlreichen weiteren Aspekten geprägt wird.

PDK hat sich seit 1946 nicht reformiert

Seit der Gründung der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK; im Deutschen auch oft KDP) 1946 wurde dieser Teil Kurdistans stets von dem Namen der Barzanîs geprägt. PDK hieß immer Barzanî-Clan. Erst der Vater, dann der Sohn, seit 69 Jahren wird die Partei von ihnen geführt; Südkurdistan ist von diesem Clan kontrolliert worden. In allen wichtigen Ämtern, in Schlüsselfunktionen trifft man immer auf einen Barzanî. Stammesorientiert, konservativ, religiös. Zudem lässt sich keine einzige Frau aus dem Barzanî-Clan finden, weder in der Politik noch im öffentlichen Leben. Es ist nicht einmal bekannt, wie die First Lady in der KRG *[Kurdistan Regional Government; Administrationsbezeichnung für die Autonome Region Kurdistan]* heißt.

Während Südkurdistan durch diesen Clan geführt wird, findet eine radikale gesellschaftliche und politische Revolution in anderen Teilen Kurdistans statt, nämlich in Rojava (kurd.: Westen; syrischer Teil) und Bakûr (kurd.: Norden; türkischer Teil). Hier gibt es kein Vater-Sohn-Regime, hier ist die aktive und freie Partizipation der Frauen fester Bestandteil der Demokratie. Hier bestimmen die Bürger über zahlreiche Volksräte über ihre Zukunft. Hier wird Politik von unten gemacht. Außerdem ist hierbei von Bedeutung, vor allem auf die Veränderungen bei Abdullah Öcalan in seiner Definition des Führungsproblems im Mittleren Osten hinzuweisen. Er hatte früh erkannt, wie sich Führungspersönlichkeiten im Mittleren Osten reformieren müssen. Deshalb seine Selbstkritik und Kritik in den 25 000 Seiten Verteidigungsschriften. Er wählte die Strategie, Hilfe zur Selbsthilfe wäre die progressive Form eines Führungsstils, anderen sein Wissen und seine Analysen zur Debatte zu stellen. Er bat in den 25 000 Seiten die Kurden beharrlich, ihre Verteidigung und Sicherheit im Aufbau eigener Strukturen zu suchen. Er schlug ihnen vor, ein eigenes System der Selbstverwaltung von unten nach oben zu entwickeln. Er motivierte in den letzten dreißig Jahren vor allem kurdische Frauen, über sich selbst zu bestimmen und damit die traditionelle frauendiskriminierende Gesellschaft in eine demokratische Gesellschaft umzuwandeln.

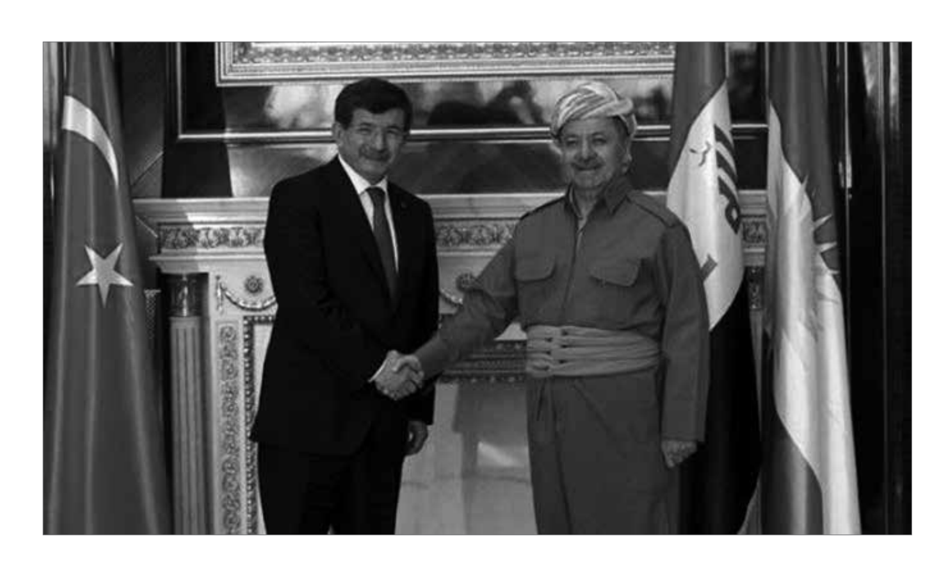
Diese Erfahrungen in Rojava und Bakûr stellen eine Alternative dar für die Bürger Südkurdistans: Es ist auch anders machbar.

Genauso wie autokratische Strukturen nach dem Arabischen Frühling ins Wanken geraten, bröckelt auch in Südkurdistan der Mythos Barzanî. Als am 2./3. August 2014 der IS Şengal (Sindschar) angriff, flohen die 16.000 Peschmergas der PDK. Gemäß dem Verfassungsentwurf Südkurdistans ist Mesûd Barzanî als »Staatspräsident« der Oberkommandierende der Armee in Krisenfällen. Der Genozid an den êzîdischen Kurden

in Şengal versetzte nicht nur die Kurden, sondern die ganze Welt in Schrecken. Noch immer ist die Frage nicht geklärt, warum die 16 000 Peschmergas samt Ausrüstung vor dem IS flüchteten, Verantwortliche aus der PDK sind immer noch nicht ermittelt. Dafür erwarten die Bürger Südkurdistans eine Erklärung, die von Herrn Barzanî bislang nicht erfolgt ist. Hinzu kommt, dass auch Hewlêr (Arbil), die Hauptstadt Südkurdistans, ein paar Tage nach Şengal durch den IS gefährdet war. Ohne die Kämpfer der YNK (Patriotische Union Kurdistans; im Deutschen auch oft PUK) und PKK wäre auch Hewlêr riskiert worden.

Mangelnde Institutionalisierung des »safe haven« Südkurdistan

Die Debatte um die Verlängerung der Amtszeit des KRG-Präsidenten Mesûd Barzanî beschäftigt Südkurdistan seit Monaten. Je näher der 19. August rückt, umso mehr gehen die Diskussionen in Richtung Krise, allen Beteiligten geht es darum, diese Krise ohne große Verluste zu überwinden. Auf den ersten Blick erscheint sie wie eine innenpolitische Krise in Südkurdistan. Doch der Schein trügt. In keinem anderen Teil Kurdistans sind Außen- und Innenpolitik so vernetzt wie in Südkurdistan. Jede innenpolitische Debatte ist zugleich auch eine außenpolitische. Jede außenpolitische Entwicklung im Mittleren Osten wird auch direkt in Südkurdistan reflektiert.



Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan Mesûd Barzanî mit dem Ministerpräsidenten der Türkei Ahmet Davutoğlu. Foto: DIHA

Nach der Parlamentswahl 2013 wurde die Regierung in Südkurdistan von fünf Parteien gebildet. Die PDK, YNK, Islamische Union (Komela Îslamî), Islamische Einheit Kurdistan (Yekgurtî Îslamî Kurdistan) und Gorran »Wandel«. Ab den 1990ern bis 2013 waren die Regierungen stets zwischen YNK und PDK gebildet worden. Mit dem strategischen Abkommen zwischen ihnen wurde bislang die Politik des Landes bestimmt. Beide Kräfte hatten trotz des Parlaments, der Regierung ihre eigene Macht beibehalten, was Parlament und Regierung mehr zu einem Schein denn einem Sein macht. Sowohl die PDK als auch die YNK, die über eine Zehntausende Mann starke Peschmerga-Armee verfügen, haben sich gewehrt, ihre Streitkräfte dem Peschmerga-Ministerium unterzuordnen. Auch diplomatisch und wirtschaftlich haben beide Parteien ihre eigenständige Bündnispolitik beibehalten.

Die Niederlage der YNK

2013 wurde die Amtszeit Herrn Barzanîs zum erneuten Anlass heftiger Debatten. Damals wie heute sprach man über die Lücken im Gesetz. Denn es existiert keine gültige Verfassung, stattdessen wird immer noch über den Verfassungsentwurf verhandelt. Es war der PDK im politischen Konsens mit der YNK über ein Rechtsvakuum gelungen, die Amtszeit Herrn Barzanîs um zwei weitere Jahre zu verlängern. Gesetze wurde entsprechend dem politischen Klima entwickelt. Das hat der YNK große Probleme bei ihren Anhängern und Mitgliedern bereitet. Außer dass sie intern mit großer Unruhe zu kämpfen und zahlreiche Austritte hinzunehmen hatte, wurde sie nur drittstärkste Partei in Südkurdistan.

Gorran dagegen wurde zweitstärkste. Gorran sprach der Mehrheit der Bürger aus der Seele. Sie hatte die Bekämpfung der Korruption und Vetternwirtschaft und einen funktionsfähigen staatlichen Apparat versprochen und fand großen Zuspruch.

Die YNK hat infolge ihrer Niederlage ihre strategische Bündnispolitik im Hinblick auf die PDK schrittweise verändert und immer mehr die Linie nationaler Einheit übernommen. Des Weiteren sprach sie sich sehr offensiv für die Solidarität mit dem Kampf in Rojava und in Bakûr aus. Das hat dazu geführt, dass sie bei der irakischen nationalen Parlamentswahl als zweite kurdische Partei nach der PDK nach Bagdad kam. Außer-

dem hatte sie im Gegensatz zur PDK versucht, das politische Gleichgewicht mit Bagdad aufrechtzuerhalten, das aufgrund der Kontroversen zwischen Iraks Staatspräsident Al-Maliki und Barzanî gestört war. Die Türkei hatte alles Erdenkliche unternommen, um die Beziehungen zwischen Hewlêr und Bagdad zu schwächen. Was ihr in großem Umfang gelungen war. Als Grund für den Konflikt wurde der Erdölhandel genannt. Hewlêr verkaufte Öl an die Türkei, ohne Bagdad die genauen Zahlen zu übermitteln. Daraufhin ließ Bagdad die 17 % der Einnahmen des Staatshaushalts, die Kurdistan zustanden, einfrieren. Das hat dort zu unerwarteten wirtschaftlichen Problemen geführt und es dauert immer noch an.

Die YNK hat auf die Forderungen der Bürger hin eine Linie der *[kurdischen]* nationalen Einheit eingeschlagen, da die PDK-Politik gegenüber der Revolution in Rojava und dem Friedensprozess der PKK in Bakûr auf keine große Sympathie in Südkurdistan stieß.

Die Konstellation des »safe haven« ändert seine Form

Seit dem ersten Golfkrieg des Westens wurde Südkurdistan aufgrund seiner reichen Erdöl- und Wasservorkommen und seiner geostrategischen Bedeutung, nämlich der Nachbarschaft zu Iran, Syrien und der Türkei, für sehr wichtig gehalten. Die Definition dieses Teils in den 1990ern als »safe haven« gilt immer noch. »Safe haven«, aber nicht nur für die Kurden, sondern für alle, die meinen, ein Bollwerk gegen Iran, Syrien, Irak und Türkei errichten zu müssen. Also auch andere haben ein Problem mit den arabischen, türkischen und persischen Machtbestrebungen und nicht nur die Kurden. Diese Staaten sind nämlich als Überbleibsel Produkte des Lausanner Vertrages, sträuben sich immer noch gegen eine neoliberale Öffnung für die freie Martwirtschaft. Sondern beharren auf zentralgesteuerten Machtstrukturen, um ihre Existenz zu sichern. Südkurdistan wurde daher als Drehscheibe für geeignet gehalten, entwickelt und gefördert. Neben dieser Politik der westlichen Länder waren auch die Türkei und Iran, aber ebenso arabische Staaten bemüht, ihren Einfluss hier so weit wie möglich auszudehnen. Da Südkurdistan sein Öl nur über den Landweg über die Türkei oder Iran ausführen kann, wurde die geografische Lage zu einem zentralen politischen Druckmittel entwickelt. Nicht nur Öl, sondern sämtliche Güter, die ein Land braucht, werden entweder aus der Türkei oder Iran importiert.

Es geht darum, den politischen Führungsstil in dieser Region, nämlich die »Alleinherrscher«-Macht, d. h. den autokratischen Stil, zu überwinden. Südkurdistan braucht ein politisch-pluralistisches System, d. h. ein funktionsfähiges Parlament, eine Regierung und die Freiheit der zivilen Organisierung.

Der »safe haven« hat 2003 nach dem Fall Saddam Husseins immer mehr die Form einer Autonomie angenommen. Als Teil der irakischen Föderation wurde er dann 2005 als Kurdistan Region of Iraq deklariert und mit dieser Bezeichnung in der irakischen Verfassung verankert. Der »safe haven« hat also einen rechtlichen Status bekommen.

Innenpolitisches Problem: Demokratiedefizite

Ein Konflikt besteht darin, dass immer mehr Menschen in Südkurdistan zu dem Ergebnis gelangen, dass ein funktionsfähiges staatliches System entwickelt werden muss. Bislang blieben Parlament und Regierung pro forma. Entscheidend waren die beiden Parteien YNK und PDK, die sowohl über Ölhandel und Wirtschaft als auch über die Peschmerga-Kräfte verfügen. Die außenpolitische Positionierung, d. h. das PDK-AKP- und das YNK-Iran-Bündnis, hat das Land polarisiert. Vor allem seitdem mit dem IS das schiitische (Iran) und das sunnitische (Türkei) Lager in Machtkonkurrenz stehen und Expansionsbestrebungen hegen. Infolgedessen hat sich diese Polarisierung negativ auf Südkurdistan ausgewirkt.

Diese Polarisierung führte dazu, dass sich bei der Bekämpfung des IS erhebliche Gefahren aufgetan haben. Fehleinschätzungen in der Außenpolitik, falsche Einschätzung der AKP-Bündnispolitik hat Şengal, Maxmur, Gwer in große Gefahr gebracht. Obwohl es seit den Angriffen der türkischen Armee seit dem 24. Juli sehr offensichtlich ist, dass die AKP keine politische Lösung mit den Kurden in der Türkei will, waren PDK-Politiker bemüht, in öffentlichen Erklärungen Erdoğan, die AKP in Schutz zu nehmen und die PKK zu beschuldigen. Dabei war es die Türkei, die mit ihren Angriffen den fast dreijährigen Waffenstillstand gebrochen hat. Des Weiteren war es international bekannt, dass die AKP mit dem IS gegen die Kurden in Rojava kämpft.

Überwindung autokratischer Tradition

Ob KRG-Präsident Mesûd Barzanî bleibt oder geht, ist nunmehr eine sekundäre Frage. Es geht nicht allein um die Person Mesûd Barzanî, obwohl die PDK es so aufnimmt. Es geht um die Realität, dass Südkurdistan von dem politischen und gesellschaftlichen Wind, der in der Umgebung weht, ver-

schont bleibt. Es geht darum, den politischen Führungsstil in dieser Region, nämlich die »Alleinherrscher«-Macht, d. h. den autokratischen Stil, zu überwinden. Südkurdistan braucht ein politisch-pluralistisches System, d. h. ein funktionsfähiges Parlament, eine Regierung und die Freiheit der zivilen Organisierung.

Die Bürger wollen Demokratie, die Machthabenden die Macht

Erstaunlich auffällig sind die Entwicklungen kurz vor dem 19. August. Bagdad schlug die Gunst der Stunde. Ministerpräsident Haider al-Abadi erklärte mit einer unglaublichen Entschlossenheit, die Korruption in Irak zu bekämpfen. Ferner haben Ministerpräsident und Parlamentspräsident binnen kurzer Zeit den Bericht der Untersuchungskommission zur Einnahme Mossuls durch den IS vor das Hohe Gericht gebracht. Zuvor war auch behauptet worden, dass ebenso zahlreiche PDK-Funktionäre am Fall Mossuls beteiligt gewesen waren. Al-Abadi hat Herrn Barzanî über die sofortige Umsetzung der kurzfristigen Reformen zwei wichtige Drohungen übermittelt: mit der Entsendung des Untersuchungsberichts Mossul eine rechtliche Drohung, mit den Reformen, den politischen Druck in Kurdistan auf Herrn Barzanî zu verstärken.



Die HDP-Delegation, die nach dem Angriff das zerstörte Dorf Zergelê in Südkurdistan besuchte, traf sich im Anschluss mit VertreterInnen von Gorran und YNK. Foto: DIHA

Haider al-Abadi verspricht sich auch Unterstützung aus den USA. Im Atom-Abkommen zwischen Iran und den USA sieht er die Chance, den Druck auf Barzanî zu erhöhen. Denn es geht Washington jetzt darum, vertrauensbildende Maßnahmen in der Politik mit Iran zu entwickeln. Dabei wird al-Abadi eine wichtige Rolle spielen, da die Schiiten in Irak, zu denen auch er selbst zählt, iranfreundlich sind.

Die Pro-AKP-Politik Barzanîs hat auch die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und ihm selbst belastet. Während international bekannt ist, dass die AKP den IS unterstützt und die PKK ihn bekämpft, war es kontraproduktiv, die Angriffe der türkischen Armee vom 24. Juli 2015 auf die PKK zu rechtfertigen.

Nicht nur in Rojava, Bakûr und Rojhilat (kurd.: Osten; iranischer Teil), auch in Başûr (kurd.: Süden) sehen die Kurden die PKK als eine Garantie für ihre sichere Existenz, aber auch als Wegweiser zu einer demokratischen und modernen Gesellschaft. Wer sich gegen die PKK stellt, verliert bei den Kurden, wer sich solidarisiert, gewinnt.

Millionen Menschen in Südkurdistan haben für den Sieg der Demokratischen Partei der Völker (HDP) bei den türkischen Parlamentswahlen gebetet. Gorran und die YNK hatten mehrere ihrer Mitglieder im Wahlkampf nach Bakûr geschickt, um ihre Solidarität zu bekunden, während die PDK sich den Sieg des Bündnispartners AKP erhoffte. Die Wahlniederlage und der andauernde Konflikt der AKP werden auch die PDK-Politik belasten. Denn von ihr ist zu viel in die AKP investiert worden. Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch. Die Zukunft der AKP wiederum hängt von der Politik der PKK ab, die auch international Anerkennung findet. Sowohl innen- als auch außenpolitische Entwicklungen werden der PDK/Barzanî helfen, eine Politik der nationalen Einheit mit der PKK aufzugreifen.

Ob Herr Barzanî weiterhin im Amt bleibt oder nicht, spielt keine große Rolle. Die Erkenntnis in der Bevölkerung, dass Autokratie keine Zukunft mehr hat, ist klar und deutlich. Nicht Autokratie, sondern Demokratie wird auch Herrn Barzanî helfen. ♦

Interview mit dem Volksratsvorsitzenden von Şengal, Seid Hisen

Şengal ein Jahr nach Beginn des Genozids

Michael Knapp

Der Beginn des jüngsten Genozids an der êzîdischen Bevölkerung des im Nordirak gelegenen Şengal-Massivs durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) jährte sich am 3. August. Şengal (Sindschar) hatte seit 2003 de facto unter der Kontrolle der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) gestanden. Trotz mehrfacher Warnungen und Massaker an der êzîdischen Bevölkerung hatte die PDK die Selbstbewaffnung der ÊzîdInnen mit aller Gewalt zu verhindern gesucht. Als der IS vorrückte, zogen nach Angaben aus der Bevölkerung der Stadt Şengal (liegt südlich des Şengal-Massivs) die dort stationierten Peschmerga der PDK Mesûd Barzanîs, die dieses Gebiet beansprucht, heimlich all ihre schweren Waffen und Einheiten angeblich aus »strategischen Gründen« ab und ließen die Bevölkerung der Stadt nahezu schutzlos zurück. Der IS fiel in Şengal ein, Hunderttausende flohen in die Berge; wer nicht fliehen konnte, wurde ermordet, versklavt oder verschleppt. AugenzeugInnen bestätigen das: »Wir haben die fliehenden Peschmerga um ihre Waffen gebeten, sie angefleht, uns wenigstens Munition dazulassen. Wir baten darum, dass sie uns zumindest die kürzlich von den irakischen Kräften zurückgelassenen Waffen geben. Alles wurde nicht nur abgelehnt, uns wurden sogar noch unsere eigenen Waffen abgenommen.« (http://dtj-online.de/irak-jesiden-peschmerga-isis-is-verrat-34367)

Stimmen innerhalb der êzîdischen Bevölkerung wurden laut, die Peschmerga hätten die ÊzîdInnen aus politischem Kalkül verraten. Dieser Vertrauensverlust könnte indes weitreichende Konsequenzen für die nordirakische KurdInnenregion haben. Die Bevölkerung war auf dem Şengal-Berg eingeschlossen, verteidigt von einer kleinen Einheit der kurdischen Guerilla HPG (Volksverteidigungskräfte). Auf dem Berg begannen die Menschen zu verdursten und unter Mühen konnten die Volks-/Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ aus dem nordsyrischen Rojava einen Korridor dorthin freikämpfen, über den Hunderttausende flohen. Die PDK, zuvor in Şengal stark organisiert, hatte damit jegliche Glaubwürdigkeit bei der Mehrheit der verbliebenen êzîdischen Bevölkerung eingebüßt.

Politisch drängte sie weiter darauf, dass Şengal nicht zu verteidigen sei und die Menschen die Region verlassen sollten. Es häufen sich Berichte êzîdischer Flüchtlinge, die aus Südkurdistan nicht mehr nach Şengal zurückgelassen werden. Die Mehrheit der verbliebenen etwa 12 000–14 000 BewohnerInnen von Şengal hat daher jegliches Vertrauen in die Barzanî-Regierung verloren und manche gehen sogar so weit, sich selbst nicht mehr als KurdInnen zu definieren. Die Verteidigung Şengals durch HPG und YPG/YPJ und die Gründung der Şengal-Widerstandseinheiten (YBŞ) und der Frauenverteidigungseinheiten Şengal (YPJ-S) führten dazu, dass sich viele Menschen mit dem Modell der demokratischen Autonomie, wie es in Rojava gelebt wird, identifizieren, und ein Großteil der êzîdischen Bevölkerung, auch viele von denen, die sich nicht mehr als KurdInnen definieren, haben sich diesem Modell zugewandt, da es ein freies Leben entsprechend der eigenen Definition von Identität ermöglicht.

Die Organisierung eines autonomen Volksrats von Şengal rief jedoch die Hegemonialkräfte der PDK auf den Plan, die ein Embargo über Şengal verhängt haben und repressiv gegen die Selbstverwaltung von Şengal und die sie unterstützenden Kräfte in Rojava und Südkurdistan vorgehen. Die PDK versucht sowohl in Flüchtlingslagern als auch in Şengal für eigene Milizen, die auch gegen die Selbstverwaltung arbeiten, Geld, Waffen und Munition zu schicken und sie auszubilden, während die Anerkennung des Volksrats von Şengal verweigert wird, und nach Angaben des Volksratssprechers Munzur Dersim werden junge Leute, die sich den YBŞ und YPJ-S anschließen wollen, immer wieder inhaftiert. (http://ekurd.net/tevda-barzanis-kdp-must-stop-attacks-on-yazidi-organisations-2015-04-15)

Ein prominentes Beispiel ist hier Heydar Şeşo, dessen Miliz HPŞ (Verteidigungskraft Şengal) auch Unterstützung aus dem Zentralirak erhalten hatte. Deshalb wurde er von der PDK inhaftiert und musste erklären, dass es den Angehörigen der HPŞ »freigestellt« sei, sich dem Peschmerga-Ministerium zu unterstellen.

Interessanterweise werden genau diese Kräfte, die dem Hegemonialstreben der PDK entsprechen, von der deutschen Bundesregierung unterstützt, um eigene êzîdische Milizen unter Kontrolle des Peschmerga-Ministeriums (im Moment in der Hand der Gorran-Bewegung) und der PDK-Regierung Südkurdistans aufzubauen. Nach eigener Verlautbarung interessiert es die Bundesregierung dabei wenig, welche Gruppen ausgebildet werden, die Vorauswahl trifft die Regionalregierung: »Die Auswahl des auszubildenden militärischen Personals der Sicherheitskräfte der Region Kurdistan-Irak wird eigenverantwortlich durch die zuständigen Stellen der Regierung der Region Kurdistan-Irak durchgeführt. Deutschland nimmt keinen direkten Einfluss auf die entsprechenden Auswahlentscheidungen dieser Stellen. Gleiches gilt für die Verteilung des von Deutschland in Abstimmung mit der irakischen Zentralregierung gelieferten Materials. Darüber hinaus liegen der Bundesregierung keine gesonderten Erkenntnisse vor.« (Bundestagsdrucksache Nr. 18-5470 vom 02.07.2015)

Im Anschluss dokumentieren wir ein Interview mit dem Volksratsvorsitzenden von Şengal, Seid Hisen:

Bitte beschreiben Sie die aktuelle Lage in Şengal:

Die Stadt Şengal ist teilweise befreit und YPG/YPJ und HPG kämpfen. Die meisten ÊzîdInnen lebten im Süden von Şengal in Ba´aj (Kleinstadt, 35 km südlich von Şengal), unter anderem auch wegen Zwangsumsiedlungen der êzîdischen Bevölkerung durch das Baath-Regime in die Ebene bei Ba´aj. Dieser Teil Şengals wird weiterhin vom IS kontrolliert, während der nördliche, in Richtung Südkurdistan und Mossul, von den YBŞ und HPG verteidigt wird. Es lebten 400 000 ÊzîdInnen in Şengal, nun sind nur noch 10 000–12 000 dort, der Rest ist geflohen. Vor dem Angriff war die vom vorrückenden IS ausgehende Gefahr erkannt worden, vor allem auch im Westen bei Mossul und Tell Afar, wo ebenfalls ÊzîdInnen lebten. Deshalb wurden die dort stationierten Peschmerga der PDK und die südkurdische Regionalregierung darüber informiert. Die Warnungen wurden aber ignoriert und sie haben sogar verhindert, dass sich die ÊzîdInnen als Verteidigungskräfte organisierten, und ihnen die Waffen abgenommen. Sie wussten ganz genau, dass den ÊzîdInnen Schreckliches angetan werden würde, wenn der IS in Şengal einfällt.

Nach dem 10.06.2014 und dem IS-Überfall auf Mossul und Tell Afar haben viele die Gefahr gesehen und insbesondere die Ältesten, aber auch etliche andere, wandten sich an TEVDA, dass wir die HPG zur Unterstützung bei der Verteidigung von Şengal rufen. Das haben wir auch getan, aber vor allem Menschen, die der PDK nahestanden, erklärten: »Ihr braucht Euch doch keine Sorgen machen, es gibt eine Übereinkunft zwischen PDK und IS, sie werden die ÊzîdInnen nicht angreifen.« Damit wurde die Bevölkerung hingehalten und in Sicherheit gewiegt. Nach dem IS-Angriff auf Şengal wurden wir von den YPG/YPJ aus Rojava und den HPG gerettet. Die PDK-Peschmerga hatten sich zurückgezogen und die Menschen ihrem Schicksal überlassen. Die PDK kann auch durch die Lügen, die sie nun verbreitet, ihr Verhalten nicht wieder gutmachen. Sie haben die ÊzîdInnen schutzlos zurückgelassen; egal wen von den Überlebenden Du fragst, jedes fünfjährige Kind kann das bestätigen, was ich sage. Es liegen Presse- und Fernsehberichte vor, die zeigen, wie die Peschmerga weggelaufen sind. Eine Truppe von dreißig Peschmerga wurde später nach Şengal geschickt, das wurde ihnen von unserer Seite aus ermöglicht, aber hätten wir sie nicht geschützt, dann hätten sie die Frauen und Kinder aus Entrüstung über deren vorherigen Abzug mit Steinen angegriffen.

Sind die PDK-Peschmerga einfach geflohen oder stand dahinter eine politische Absicht?

Es hatte auf jeden Fall eine Absprache gegeben zwischen IS und Peschmerga. Mit dem Abzug der Peschmerga marschierte der IS ein. Der Hintergrund ist ein religiös-politischer. ÊzîdInnen gelten als Ungläubige, deren Tod Vorteile bringt. Bei der Übereinkunft zwischen PDK, internationaler Gemeinschaft und IS wusste die internationale Gemeinschaft vielleicht nicht, welche Ausmaße das annehmen würde, aber der PDK war klar, dass wir als ÊzîdInnen Freiwild für den IS sein würden. Das Ziel war es, die ÊzîdInnen komplett auszurotten, aus Şengal zu verjagen. Im Irak besteht auch der Konflikt zwischen Zentral- und *[kurdischer]* Regionalregierung und mit der Belagerung durch den IS erhoffte sich die PDK, gegen den IS Şengal annektieren und dann behaupten zu können: Wir haben Şengal befreit.

Was ist TEVDA?

Die »Demokratische Freie Êzîdische Bewegung« TEVDA ist eine Bewegung mit einer politischen wie auch gesellschaftlichen Dimension, die sich vor allem für die Belange der êzîdischen Bevölkerung einsetzt. Sie wurde 2004 gegründet. Ich bin seit 2006 Vorsitzender. Wir haben Mitglieder innerhalb und außerhalb des Irak. Sie arbeitet politisch und kulturell und macht ebenfalls Bildungsarbeit.

Es wird immer wieder viel über die Gründung eines Kantons Şengal nach dem Modell Rojava diskutiert – gibt es dazu aktuelle Entwicklungen?



Der Beginn des jüngsten Genozids an der êzîdischen Bevölkerung des im Nordirak gelegenen Şengal-Massivs durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) jährte sich am 3. August. Vor den Angriffen des IS lebten 400 000 ÊzîdInnen in Şengal, nun sind nur noch 10 000–12 000 dort, der Rest ist geflohen. Foto: DIHA

Durch die Gründung des Volksrats Şengal ist dafür eine Grundlage geschaffen worden. Wir betreiben die diplomatische Arbeit in Europa und versuchen auch in der Diaspora ein Meinungsbild zu ermitteln. Mit der nötigen Unterstützung werden wir im Rahmen des Irak einen autonomen Kanton ausrufen. Das würde auch der irakischen Verfassung entsprechen und wir sind optimistisch, dies bald tun zu können. Wir wollen das gleiche Modell wie in Rojava aufbauen. In der Stadt Şengal herrscht Krieg, daher konnten dort noch keine autonomen Strukturen gebildet werden, weil dort niemand wohnt und nur KämpferInnen von HPG, YBŞ und YPJ-S sind, die Peschmerga sind weit weg. In den Bergen sind etwa 1200 Familien, also 10 000–12 000 Menschen, es gibt ein Embargo der Regionalregierung, das bedeutet, Lebensmittel und Hilfsgüter kommen über den Kanton Cizîrê aus Rojava in die Region. Das Embargo besteht immer noch, so wurden von der PDK beispielsweise erst vor Kurzem 52 Zelte aus Frankreich nicht in die Region gelassen und beschlagnahmt. Es wird keine humanitäre Hilfe durchgelassen.

Können Sie etwas zur Zahl der verschleppten Frauen und Kinder sagen?

Die Zahl der Kinder und Frauen in IS-Gefangenschaft liegt zwischen 7 000 und 10 000. Wir wissen nicht, wie viele von ihnen noch leben, verkauft oder umgebracht worden sind. Wir wissen, dass die Mädchen im Alter von dreizehn Jahren zwangsverheiratet werden, die Kinder werden den Müttern weggenommen und mit älteren Männern verheiratet. 46 Frauen haben ihre Rettung im Suizid gesehen. Es konnten 996 Gefangene befreit werden, davon 226 Frauen. Ich muss hier kritisieren, dass die internationale Frauenbewegung und Frauenrechtsorganisationen dazu nicht viel gesagt haben.

Wie gehen die Familien mit aus der Gefangenschaft befreiten Frauen um?

Die Familien freuen sich, dass die Frauen wieder zurückkommen, diese werden von ihren Familien begrüßt.

Gibt es in Şengal eine ähnliche Form der Frauenorganisierung wie in Rojava?

Es gibt auf allen Ebenen Frauenorganisierung. Acht Schulen wurden errichtet und Frauen organisieren sich in Komitees und in den YBŞ. Wir haben nicht das Organisationsprinzip von Vorsitzenden, sondern von SprecherInnenkomitees, drei Frauen, vier Männer, und der Vorsitz wechselt alle drei Monate.

Wir brauchen als ÊzîdInnen Autonomie und die Stärkung der Selbstverteidigung, wie auch humanitäre Hilfe und politischen Druck auf die PDK, damit sie das Embargo aufhebt. Wir hängen nicht der Devise an »Auge um Auge, Zahn um Zahn«, sondern wollen friedlich mit allen zusammenleben.

Wie ist die Situation der êzîdischen Bevölkerung in Flüchtlingslagern?

Die Situation in den Lagern in Südkurdistan ist für ÊzîdInnen sehr gefährlich. Es gibt zahlreiche Krankheiten. Die Menschen werden, wenn keine weitere Hilfe kommt, die Region komplett verlassen. In den Lagern gibt es Schwierigkeiten, viele junge Leute wollen den YBŞ beitreten, aber sie werden von der PDK behindert, selbst Menschen, die ihre Familie besuchen wollen, werden von der PDK festgenommen.

Was ist Ihr Selbstverständnis, verstehen Sie sich als ÊzîdInnen oder KurdInnen?

Die Diskussion ist so nicht richtig, eigentlich sind alle KurdInnen ursprünglich ÊzîdInnen. Wer behauptet, ÊzîdInnen seien keine KurdInnen, liegt völlig falsch. Das hat damit zu tun, dass wir oftmals der Verfolgung ausgesetzt waren durch den Islam, auch von islamischen KurdInnen; das ist eine Reaktion darauf, aber ohne Zwangsislamisierung sind eigentlich alle KurdInnen ÊzîdInnen.

Wie sieht es mit der arabischen Bevölkerung aus?

Viele vom Baath-Regime angesiedelte AraberInnen, aber auch sunnitische KurdInnen unterstützten stark den IS, und sie gingen mit ihm zusammen sofort gegen die ÊzîdInnen vor, haben sie terrorisiert, verschleppt. Die Einzigen, die mit in die Berge gegangen sind, sind die schiitischen AraberInnen. Es gibt auch ChristInnen und SchiitInnen in Şengal neben den 85 % ÊzîdInnen, mit ihnen gibt es keine Probleme, und auch mit den sunnitischen AraberInnen, die keine Verbrechen begangen haben, können wir in Zukunft gern zusammenleben.

Wann wird Şengal Ihrer Meinung nach frei sein?

Ich bin sehr zuversichtlich, Şengal hat zwar für den IS strategische Bedeutung und wird daher besonders angegriffen, aber der Mythos seiner Unbesiegbarkeit ist gebrochen. Er hat große Angst vor unseren Einheiten. Wenn YPG, YBŞ und HPG zusammen vorrücken, dann wird Şengal bald befreit werden. Die *[Anti-IS-]*Koalition hätte das innerhalb einer Woche bewerkstelligen können.

Was sind Ihre zentralen Forderungen?

Wir brauchen als ÊzîdInnen Autonomie und die Stärkung der Selbstverteidigung, wie auch humanitäre Hilfe und politischen Druck auf die PDK, damit sie das Embargo aufhebt. Wir hängen nicht der Devise an »Auge um Auge, Zahn um Zahn«, sondern wollen friedlich mit allen zusammenleben. Der Druck auf die PDK ist wichtig, denn der Genozid ist nicht vorbei und wir wissen nicht, was die PDK noch anstellt, wenn sie nicht unter Druck gesetzt wird. Bei uns ist nicht eine Waffe zur Verteidigung angekommen. Die PDK hat die Waffen aus dem Westen zur Verteidigung der ÊzîdInnen bekommen, aber bis jetzt noch keine einzige davon für sie eingesetzt.

Es gibt Vorwürfe, dass die PKK versuchen würde, die ÊzîdInnen für ihre Zwecke auszunutzen – was sagen Sie dazu?

Die PKK verteidigt wie in Rojava die Menschen im Namen der Menschlichkeit und unterstützt ein friedliches Zusammenleben. Wer behauptet, die PKK würde uns benutzen, lügt aus politischem Eigeninteresse.

Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg! ♦

Schwierigkeiten im Umgang mit der »neuen Dynamik« im Mittleren Osten

Wird das Atomabkommen das Kriegsbeil zwischen Teheran und Washington endgültig begraben?

Ismet Kem

Zwischen dem Iran und den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland (5+1-Gruppe) wurde am 14. Juli ein Abkommen unterzeichnet, das eine Lockerung der Sanktionen im Gegenzug zu einer Begrenzung seines Nuklearprogramms vorsieht.

Die Parteien haben bis zur Unterzeichnung des Abkommens zäh verhandelt, und dessen Ergebnisse werden sicherlich kurz-, mittel- und langfristige Konsequenzen für das regionale und internationale Mächtegleichgewicht mit sich bringen. Bemerkenswert ist, dass der Stellvertreterkrieg in Syrien, der vom Westen als störend wahrgenommene Einfluss des Iran auf die irakische Regierung, die Operationen Saudi-Arabiens im Jemen, die Kritik Israels an den Verhandlungen und vielerlei ähnliche hinderliche Faktoren nicht zu einem Abbruch der Verhandlungen geführt hatten. Wie lässt sich diese Standhaftigkeit der VerhandlungspartnerInnen erklären?

Zunächst einmal ist klar, dass internationale Diplomatie einem Schachspiel gleicht. Das gilt umso mehr, wenn eine der Spielparteien der Iran ist. Und natürlich kann ein spontaner Zug in einem solchen Spiel die gesamte Ausrichtung der SpielerInnen verändern. Tatsache ist, dass es in der Realpolitik der internationalen Diplomatie um staatliche Interessen geht. Und im Rahmen dieses Spiels haben sich die Interessen der 5+1-Verhandlungsgruppe und das Interesse des Iran wohl gekreuzt, weshalb beide Parteien gewisse Spielfiguren geopfert haben, um anderen den Weg zu öffnen.

So heißt es beispielsweise von mancher Seite, dass die USA große Schwierigkeiten im Umgang mit der »neuen Dynamik« im Mittleren Osten hätten und deswegen eine Zusammenarbeit mit dem Iran für sie unausweichlich geworden sei. Das treffe beispielsweise für den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) zu. Andere Kreise begründen die Entwicklungen damit, dass die USA nicht mehr in demselben Maße wie früher vom Öl der Golfstaaten abhängig seien, somit Obama sich so langsam von seinen arabischen Bündnispartnern distanziere und die Annäherung an den Iran suche. Gleichzeitig wird das Abkommen von etlichen Kreisen als einmalige Chance für den Iran zum Aufbrechen der internationalen Isolation gewertet. Sein ideologischer, politischer, militärischer und ökonomischer Einfluss in der Region werde im Zuge dieses Abkommens deutlich wachsen.

Ich denke, dass dieses Abkommen kurzfristig zu einem Abbau der Spannungen im Mittleren Osten führen kann. Doch mittel- und langfristig darüber hinausgehende Erwartungen daran zu knüpfen erscheint mir unrealistisch. Denn die Übereinkunft wird sicherlich nicht dazu führen, dass der Iran von seiner konfrontativen Politik im Mittleren Osten gegenüber Israel, den USA und Saudi-Arabien ablässt, noch wird das seit 36 Jahren zwischen Washington und Teheran geschwungene Kriegsbeil dadurch endgültig begraben werden. Außerdem werden weder die USA aufhören, der Politik Israels in der Region den Rücken zu stärken, noch wird der Iran aufhören, palästinensische Organisationen und die libanesische Hisbollah weiterhin zu unterstützen. Beide Seiten werden also nicht von ihren politischen Grundlinien in der Region abweichen, sie werden lediglich versuchen, den Raum für Konfrontation ein wenig einzuengen, um den Spielraum für Kooperation ein wenig zu vergrößern. Auch dafür steht das Nuklearabkommen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob ein solches Abkommen, bei dem jede Seite nur ihr eigenes Interesse vor Augen hat, zu irgendwelchen Ergebnissen führen kann?

Zunächst einmal misstrauen sich beide Parteien. Sie bezweifeln, dass die Gegenseite Wort halten wird. Und auf beiden Seiten gibt es breiten Widerstand gegen eine mögliche Beile-

gung der gegenseitigen »Feindschaft«. Diese Feindschaft ist zu einem Grundpfeiler der Außenpolitik beider Staaten geworden, die auch jeweilige Regierungswechsel überlebt.

So verwundert es auch nicht weiter, dass in der iranischen Bevölkerung sowohl Zuversicht als auch Unverständnis gegenüber dem Atomabkommen herrschte. Diejenigen, die das Demokratiedefizit und die wirtschaftlichen Probleme im Land auf die internationalen Sanktionen zurückführen, begrüßen es. Aber auch nicht wenige werten es als Debakel für den Iran. Einer der schärfsten KritikerInnen des Abkommens im Iran ist Hossein Shariatmadari, der Herausgeber der konservativen iranischen Tageszeitung Keyhan. Da er gleichzeitig auch Berater des obersten religiösen Führers Ali Chamene'i ist, wirft das die Frage auf, ob der iranische Präsident Hassan Rohani durch die Übereinkunft mit der 5+1-Gruppe den Bruch mit Chamene'i riskiert hat. Rohani, der als sogenannter Gemäßigter keinen leichten Stand in der iranischen Staatspolitik hat, muss bei jedem seiner Schritte unbedingt die religiöse Führung überzeugen. Insbesondere in der Amtszeit Ahmadinedschads, seines Vorgängers, ist der Einfluss der iranischen Revolutionsgarden und der religiösen Stiftungen (Bunyad), die mehr als die Hälfte der Wirtschaft des Landes kontrollieren, deutlich gestärkt worden. Beide Institutionen unterstehen nicht Rohani, sondern dem religiösen Oberhaupt Chamene'i. Aus diesem Grund kann sich der Staatspräsident eigentlich keinen Bruch mit Chamene'i leisten.

Die gegenseitige Annäherung der beiden Konfliktparteien hat sicherlich Hoffnungen auf ein Ende der Konfrontation gestärkt. Doch angesichts der zugrundeliegenden Realität muss diese Hoffnung relativiert werden.

Die MachthaberInnen im Westen haben erkannt, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden wäre, den Iran durch eine militärische Intervention »auf Linie« zu bringen und in das internationale System einzubinden. Nun soll er stattdessen entweder mittel- und langfristig mit schrittweisen Zugeständnissen vom Westen abhängig gemacht werden, oder im Land sollen durch Provokationen unter Federführung Israels und Saudi-Arabiens die Widersprüche zwischen den Herrschenden und der Opposition in der Bevölkerung vertieft und der Iran so durch interne Auseinandersetzungen und Chaos geschwächt werden.

Neben dieser Alternative, die ihm wohl wie eine Wahl zwischen Pest und Cholera erscheinen muss, gibt es aber auch einen dritten Weg, der auf der historischen und gesellschaftlichen Realität des Landes basiert. Dieser Weg führt über die demokratische, freiheitliche und gleichberechtigte Anerkennung der ethnischen, religiösen, klassenbezogenen und kulturellen Vielfalt des Landes im Rahmen einer föderalen oder konföderalen Gesellschaftsordnung. Die iranische Gesellschaft ist in ihrer religiösen wie auch ethnischen Zusammensetzung pluralistisch. Diese pluralistische Gesellschaft mit der Hegemonie einer nationalistischen oder religiösen Ideologie zusammenzuhalten, wird vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen immer schwerer fallen. Doch der Iran setzt gegen die kapitalistische Moderne auf antimodernistische Propaganda und versucht mögliche revolutionäre und demokratische Entwicklungen im Land durch eine traditionalistische Zivilisationskultur zu ersticken. Dadurch wird ein despotisches Regime auf raffinierte Weise am Leben erhalten. Das führt aber nicht daran vorbei, dass der Iran zu den Ländern der Region mit den stärksten gesellschaftlichen Spannungen gehört. Auch wenn die Erdölgewinne diese Spannungen ein wenig zu lindern vermögen, ist die Gefahr einer Spaltung des iranischen Nationalstaates nicht zu leugnen.

In seiner Verteidigungseingabe am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschreibt der inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan das gesellschaftliche Leben im Iran so: »Wenn der Iran sich am Konzept der demokratischen Moderne orientiert, kann das einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme im Land leisten. Trotz aller zentralistischen Bestrebungen seiner Machthaber wird an der Basis doch auch ein föderaler Iran gelebt. Wenn nun die demokratische Zivilisation auf die föderalistischen Subjekte, also auf die KurdInnen, AraberInnen, Aserbaidschane-

»Wenn der Iran sich am Konzept der demokratischen Moderne orientiert, kann das einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme im Land leisten. Trotz aller zentralistischen Bestrebungen seiner Machthaber wird an der Basis doch auch ein föderaler Iran gelebt. Wenn nun die demokratische Zivilisation auf die föderalistischen Subjekte, also auf die KurdInnen, AraberInnen, AserbaidschanerInnen, BelutschInnen und TurkmenInnen trifft, dann kann die Vorstellung der Iranischen Demokratischen Konföderation an Leben gewinnen und sie zu einem Anziehungspunkt werden.« A. Öcalan

rInnen, BelutschInnen und TurkmenInnen trifft, dann kann die Vorstellung der Iranischen Demokratischen Konföderation an Leben gewinnen und sie zu einem Anziehungspunkt werden. Auch die Frauenfreiheitsbewegung und die kommunalen Lebensformen werden bei der Umsetzung dieses Projekts eine wichtige Rolle spielen. Der Iran kann seine historische Vorreiterrolle im Mittleren Osten nur wiedererlangen, wenn er sich mit den Grundpfeilern der demokratischen Moderne (der demokratischen, ökonomischen und ökologischen Gesellschaft) vereint.« (Abdullah Öcalan, Manifest für eine Demokratische Zivilisation, Zivilisationskrise im Mittleren Osten und die Lösung der Demokratischen Zivilisation, Band 4, Kapitel 6 D 1d)

Die Kurdinnen und Kurden im Iran bilden die dynamische Kraft für den Aufbau des Konzepts der Demokratischen Nation. Sie stellen nicht nur in sich eine sprachliche und religiöse Vielfalt dar, sie verfügen auch wie in Nordkurdistan/Türkei und Rojava/Syrien über eine organisierte politische Kraft, die sich zum Ziel gesetzt hat, dieses Konzept ins Leben zu rufen. Der Iran hingegen betreibt ähnlich wie sein Nachbarstaat Türkei eine äußerst repressive Politik gegenüber den KurdInnen. Die staatliche Elite in Teheran verleugnet allein die Existenz einer »kurdischen Frage im Iran«. Stattdessen verlautbart sie, keine Probleme mit den Kurdinnen und Kurden zu haben, sondern lediglich mit den kurdischen Organisationen. Gleichzeitig scheute das Regime auch nicht davor zurück, gegen Errungenschaften der KurdInnen in Rojhilat (Ostkurdistan)/Iran, aber auch in den anderen Teilen Kurdistans, punktuell antikurdische Bündnisse mit der Türkei, dem Irak und/oder Syrien einzugehen. Aus diesem Grund hat der Iran alles dafür getan, um dem Lösungsprozess in der Türkei ein Ende zu setzen, ist gemeinsam mit dem Assad-Regime gegen die KurdInnen in Rojava vorgegangen und hat seinen Einfluss auf die irakische Regierung gegen den Status der KurdInnen in Südkurdistan genutzt.

In Rojhilat ist die Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (PJAK) derzeit die effektivste und von der Bevölkerung am stärksten unterstützte politische Kraft der KurdInnen. Sie plädiert für eine politische Lösung der kurdischen Frage mittels Dialog und für die Anerkennung der KurdInnen. Die Kurzfassung ihrer Zielsetzung lautet »freies Kurdistan – demokratischer Iran«. Die Antwort des iranischen Regimes darauf ist allerdings eine allgegenwärtige Unterdrückungspolitik und die Hinrichtung kurdischer politischer AktivistInnen. Doch die kurdische Bevölkerung bleibt gegenüber der iranischen Repression nicht regungslos. Zuletzt im Mai dieses Jahres kam es in der Stadt Mahabad zu tagelangen Protesten und gesellschaftlichem Aufruhr, nachdem die junge Frau Ferînaz Xosrowanî einer Vergewaltigung durch einen iranischen Geheimdienstagenten durch Suizid entflohen war. Dieser Aufruhr war als eine deutliche Warnung der kurdischen Bevölkerung an das iranische Regime zu werten.



Im Mai dieses Jahres kam es in der Stadt Mahabad zu tagelangen Protesten und gesellschaftlichem Aufruhr, nachdem die junge Frau Ferînaz Xosrowanî einer Vergewaltigung durch einen iranischen Geheimdienstagenten durch Suizid entflohen war. Foto: ANF

Sollten die Herrschaften in Teheran weiterhin den von den KurdInnen geforderten Weg einer politisch-friedlichen Lösung ausschlagen und auf ihrer Unterdrückungspolitik beharren, dann erwarten den Iran bewegte Zeiten und politische Beben, die sowohl von Rojhilat als auch von der internationalen politischen Arena ausgehen werden. ♦

»Das ist genau das, was wir brauchen!«

Neue Qualität in der Frauenaußenarbeit

Meral Çiçek

Vor einem Jahr, am 3. August 2014, griff der sogenannte »Islamische Staat« (IS) êzîdische Siedlungsgebiete im südkurdischen Şengal-(Sindschar-)Gebirge mit dem Ziel eines physischen und kulturellen Genozids an. Kurz darauf musste das Flüchtlingslager Maxmur, in dem ca. zwölftausend Flüchtlinge aus Nordkurdistan lebten, aufgrund von IS-Angriffen evakuiert werden. Einen Monat später begann der historische Widerstand von Kobanê.

Sowohl im Şengal-Gebirge und in Maxmur als auch in Kobanê ist es den kurdischen Widerstandskräften gelungen, die Angriffe erfolgreich abzuwehren. Aber nicht nur das; darüber hinaus hat zusammen mit diesem Widerstand im Spätsommer und Herbst 2014 an verschiedenen Fronten, vor allem aber in Kobanê, aus Sicht der kurdischen Befreiungsbewegung eine neue Phase begonnen. Eine essentielle Rolle spielten dabei ihre politische Weitsicht und daraus resultierend die Fähigkeit, zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Schritte zu unternehmen. Beispielsweise konnte der vom IS geplante Genozid in Şengal verhindert werden, weil weniger als ein Dutzend GuerillakämpferInnen, die Initiative ergreifend, sich den Weg ins Gebirge freikämpften und so einen humanitären Korridor nach Rojava eröffneten. Es sind eben diese »Sternstunden der Menschheit« (Stefan Zweig), die den Lauf der Geschichte verändern und so selbst Geschichte schreiben.

Diese Entwicklungen haben aus Sicht der kurdischen Befreiungsbewegung in vielerlei Hinsicht eine neue Situation geschaffen. Sie ist nicht nur auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene politisch und militärisch gestärkt aus dieser Phase hervorgegangen, sondern zugleich auch zu einem Zentrum des globalen Kampfes für Demokratie geworden. Augen und Ohren wie auch die Herzen derjenigen Menschen aus aller Welt, die für »eine andere Welt« kämpfen, haben sich Kurdistan zugewendet. Dabei hat vor allem die Vorreiterrolle der kurdischen Frauen eine große Rolle gespielt, sowohl im Widerstand gegen den IS als auch beim Aufbau alternativer Strukturen, die auf dem von Abdullah Öcalan entwickelten Demokratie-, Ökologie-, Frauenbefreiungs-Paradigma basieren.

Aus dem Grund bietet diese neue Situation nicht nur generell für die kurdische Freiheitsbewegung, die von Beginn an mit der Kriminalisierung durch das staatliche Zivilisationssystem mit dem Ziel ihrer Isolation konfrontiert ist, sondern vor allem für die kurdische Frauenbefreiungsbewegung beträchtliche Möglichkeiten für eine Öffnung. Die kurdische Frauenbewegung unterhält seit über zwanzig Jahren Beziehungen zu verschiedenen Frauenorganisationen weltweit. Aber zusammen mit den Entwicklungen der vergangenen zwölf Monate sind die Bedingungen für einen qualitativen wie auch quantitativen Sprung in der Außenarbeit der Frauenbewegung geschaffen worden. In diesem Zusammenhang ist das Fundament für einen weit intensiveren und umfassenderen Austausch mit den Frauen der Welt entstanden.

Wie wirkt sich diese neue Situation auf die Praxis aus? Welche neuen Möglichkeiten für die Frauenbewegung haben sich ergeben? Wie werden sie genutzt? Wie ist das Verhältnis der Frauen der Welt zur kurdischen Frauenbewegung? Welche qualitative Entwicklung hat es in der Außenarbeit der kurdischen Frauen gegeben?

Ohne Zweifel ist das Interesse an der kurdischen Frauenbewegung nicht neu. Von Beginn an bestand ein wachsendes Interesse am Kampf der Frauen in Kurdistan, ihren Organisationsformen, ihrer Ideologie, ihrer Agenda und insgesamt ihrer Situation. In den neunziger Jahren und dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ging es der Bewegung vor allem darum, die Situation und den Kampf der kurdischen Frauen der Weltöffentlichkeit vorzustellen, darüber die dreckige Politik der Kolonialstaaten in Kurdistan zu entlarven und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Frauenorganisationen zu stärken. Unter dem Einfluss des damaligen Paradigmas und Verständnisses von Internationalismus spielte internationale Solidarität in jenen Jahren eine wichtige Rolle in der Außenarbeit der Frauenbewegung.

In den letzten Jahren kam es jedoch zu einem Wandel in der kurdischen Frauendiplomatie. Das hat zweifelsohne mit den enormen Entwicklungen in ihrer Ideologie, Politik und Praxis zu tun. Die kurdische Frauenbewegung hat in den vergangenen Jahren zunehmend ihre eigene Agenda mit den Frauen der Welt geteilt und sich den dafür notwendigen Raum selbst geschaffen. In diesem Zusammenhang hat sie durch eigens organisierte internationale und regionale Konferenzen sowohl das Vorstellen der eigenen Ideen und Konzepte als auch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Frauen aus verschiedenen Ländern und Bewegungen verstärkt, parallel auch vermehrt auf Diskussionsveranstaltungen und Konferenzen auf internationaler Ebene.

Zusammen mit dem Widerstand in Şengal und Kobanê kam es jedoch zu einem regelrechten Massenansturm. Seitdem kommen von überall auf der Welt Einladungen antikapitalistischer, feministischer, linker und anderer alternativer Bewegungen zu Veranstaltungen über die Revolution der Frauen in Kurdistan. Während mit einem Teil dieser Bewegungen auch vorher schon Beziehungen bestanden hatten, wurden sie mit vielen erst innerhalb dieses Prozesses aufgebaut.

Dieses zunehmende Interesse ist natürlich nicht unabhängig vom Widerstand gegen den IS aufgetreten. Allerdings wäre es falsch anzunehmen, es richte sich hauptsächlich auf Şengal oder Kobanê oder die Kämpferinnen der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ). Vielmehr interessieren sich die Menschen für die Realität hinter diesem von Frauen geführten Widerstand.

Daher versuchen wir als kurdische Fraueninstitutionen, die Außenarbeit betreiben, bei Veranstaltungen stets die Frauenbefreiungsbewegung selbst in ihrer Entwicklungsdialektik und -dynamik begreifbar zu machen. Der Grad der politischen, ideologischen und praktischen Entwicklung der kurdischen Frauenbewegung ist weltweit einzigartig. Nirgendwo auf der Welt gibt es eine Frauenbewegung, die sowohl in den Bergen als Guerilla als auch in den Städten als Massenbewegung agiert und innerhalb politischer Strukturen so stark organisiert ist und einen so immensen Einfluss auf die Befreiungsbewegung allgemein ausübt. Deshalb sind viele ZuhörerInnen auf Veranstaltungen einfach erstaunt und zugleich auch bezaubert; vor allem bei Vergleichen mit der Situation und der Rolle der Frauen im eigenen Land bzw. in der eigenen Bewegung.

Die Frauenrevolution in Rojava, der von Frauen geführte Widerstand gegen den IS, das System des Kovorsitzes und das Prinzip der gleichberechtigten Teilnahme im politischen Raum in Nordkurdistan oder insgesamt die von Frauen innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung gespielte Rolle sind ohne Zweifel Ausdruck der Ideologie der Bewegung. All diese Punkte reflektieren das von Abdullah Öcalan entwickelte und auf Demokratie, Ökologie und Frauenbefreiung basierende Paradigma. In dem Zusammenhang wird durch die Frauenbewegung den Frauen und Gesellschaften der Welt dieses Paradigma nahegebracht. Was auf große Bewunderung und Interesse trifft, ist dieses Paradigma selbst. Es geht dabei nicht um »Revolutionsromantik«. Vielmehr versuchen die Menschen, den Kampf und die Ideologie der kurdischen Befreiungsbewegung im Rahmen der globalen Realität und vergleichend mit ihren eigenen Erfahrungen zu verstehen.

Die Frauenrevolution in Rojava, der von Frauen geführte Widerstand gegen den IS, das System des Kovorsitzes und das Prinzip der gleichberechtigten Teilnahme im politischen Raum in Nordkurdistan oder insgesamt die von Frauen innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung gespielte Rolle sind ohne Zweifel Ausdruck der Ideologie der Bewegung.

Dabei ist es vor allem die Radikalität der kurdischen Bewegung, die auf der anderen Seite zu Begeisterung und Enthusiasmus führt. Denn es ist eben diese theoretische und praktische Radikalität, die systemkritischen Menschen oft fehlt. Es ist diese Annäherungsweise, die jegliches Problem bei der Wurzel packt und die Geschichte im Heute zu verändern versucht, die auf Bewunderung stößt. Ebenso das Prinzip, die Revolution nicht zu vertagen, sondern in der eigenen Bewegung und der eigenen Persönlichkeit zu beginnen. Weiterhin ist es vor allem die Intersektionalität im Kampf der kurdischen Bewegung, die Gleichzeitigkeit der verschiedenen Bereiche des Befreiungskampfes, welche die Menschen erstaunt. Ihnen fällt oft als erste Eigenschaft der kurdischen Bewegung auf, dass nichts auf morgen vertagt wird und alle Kämpfe – der militärische Widerstand, Frauenbefreiung und Transformation des Mannes, der Aufbau alternativer gesellschaftlicher Strukturen, der politische Kampf etc. – gleichzeitig geführt werden. Und sie verstehen, dass dies so sein muss und dass für den Aufbau eines alternativen Systems alle Teilkämpfe gleichzeitig geführt werden müssen, da sie nicht voneinander zu trennen sind und sich gegenseitig nähren.

Auf dem diesjährigen Weltsozialforum in Tunesien kam nach einer Veranstaltung, an der wir als Referentinnen teilgenommen hatten, eine Frau aus Frankreich auf uns zu und fragte nach weiterer Information. Sie erklärte, dass sie seit über dreißig Jahren in der feministischen und antikapitalistischen

Bewegung in Paris aktiv sei und mehr über die kurdische Bewegung erfahren möchte. Auf Französisch hatten wir nur eine von der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« erstellte Broschüre mit dem Titel »Die Revolution der Frau« über Texte Abdullah Öcalans dabei. Einige Tage später erhielten wir von ihr eine Nachricht: »Ich weiß nicht, wie ich Euch danken kann. Die Broschüre hat mir in vielerlei Hinsicht die Augen geöffnet. Das Puzzle ist nun komplett.«

Wenn wir uns die Annäherung der verschiedensten Menschen aus unterschiedlichen politischen Gruppierungen anschauen, die im vergangenen Jahr an Veranstaltungen teilgenommen haben, auf denen Vertreterinnen der kurdischen Frauenbewegung referierten, fällt auf, dass es zu einer qualitativen Veränderung gekommen ist. Es ist nicht mehr möglich, das Verhältnis verschiedener Frauen-, Umwelt-, Antikapitalismus-, nationaler Befreiungsbewegungen etc. zur kurdischen Frauenbewegung im Rahmen des klassischen Verständnisses von Solidarität und Internationalismus zu bewerten. Auf kaum einer Veranstaltung wurde die Frage gestellt: »Wie können wir Euch helfen?«, im Gegenteil, immer mehr heißt es: »Was können wir von Euch lernen?«

Grund dafür ist, dass diese Menschen, die ganz verschiedene soziale und politische Hintergründe haben, sich in der Universalität des Paradigmas der kurdischen Bewegung wiederfinden können. Denn diese Universalität ist kein neues Phänomen, sondern besteht im ständigen Wechselverhältnis der verschiedensten Lokalitäten. Das ist vielleicht der wichtigste Aspekt der neuen Qualität in der Außenarbeit der kurdischen Bewegung.

Wenn eine katalanische Frau nach einer Veranstaltung sagt: »Heute habe ich verstanden, dass wahrer Sozialismus die Befreiung der Frau ins Zentrum setzen muss.«, dann zeigt dies, dass das von Öcalan entwickelte Paradigma die Fähigkeit besitzt, gedankliche Lücken zu füllen. Wenn eine antimilitaristische Aktivistin aus den USA nach einem Vortrag über das Selbstverteidigungsverständnis der kurdischen Frauenbewegung sagt: »Das ist genau das, was wir brauchen! Wir müssen sofort unsere Verteidigung voranbringen!«, dann unterstreicht das die Universalität der Frauenbefreiungsideologie und ihrer Konzepte. Und wenn Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus verschiedenen Teilen der Erde anfragen, für den ideologischen Austausch und politische und ideologische Weiterbildung zum Zentrum der Frauenbewegung in die Berge Kurdistans zu kommen, dann zeigt dies, dass die kurdische Frauenbewegung aus Sicht der Frauen der Welt sowohl theoretisch als auch praktisch zum Beispiel genommen wird.

Diese und Dutzende weitere Beispiele weisen auf eine weitere Realität hin: Das 21. Jahrhundert hat tatsächlich das Potential, zu einem Jahrhundert der Frauenrevolution zu werden. Dass der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung mit ihrer ideologischen Tiefe und ihren enormen praktischen Erfahrungen dabei eine führende Rolle zukommt, hat in den letzten zwölf Monaten an Deutlichkeit gewonnen. ♦


ANF

Frauenbefreiungsbewegung in Rojhilat

»Frauen im Norden und im Süden, vereint gegen die Vergewaltigungskultur!«

Birgit Baumeister, Mitarbeiterin bei CENÎ – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, 06.08.2015

Die koloniale Haltung der Staaten im Mittleren Osten drückt sich durch die Vergewaltigung von Gesellschaft und Land und insbesondere sexistische Frauenunterdrückung aus. Ihre Angriffe auf ökonomischer, sozialer und ideologischer Ebene sind als Angriffe gegen den Drang der Gesellschaften im Mittleren Osten nach auf und demokratischem Zusammenleben zu verstehen. Die staatliche Vergewaltigungskultur bildet den größten Angriff auf die enorme moralische Aktionsfähigkeit des kurdischen Volkes in der Region, deutlich in seinen Bemühungen um Frieden in der Türkei und dem dortigen zukunftsweisenden Projekt der Demokratischen Partei der Völker (HDP), den multiethnisch-basisdemokratischen und geschlechterbefreienden Gesellschaftsprojekten in Ost- und Westkurdistan (Rojhilat/Iran und Rojava/Syrien) und nicht zuletzt im erfolgreichen Kampf gegen den Islamischen Staat und dessen Gräueltaten.

Vergewaltigung als staatliche Strategie drückt sich in Folter, Haft und militärischer Gewalt ebenso aus wie in grenzenlosen Waldverbrennungen und zerstörerischen Staudammprojekten und zielt darauf ab, dem Individuum und der Gesellschaft die Hoffnung zu nehmen. Deren Willen und Mut für ein anderes Leben, für die Frauenbefreiung, für ein freies Kurdistan, für Frieden und demokratisches Zusammenleben der Völker wird zu brechen versucht. Es wird Verzweiflung gestreut mit dem Ziel, sie zur Aufgabe zu zwingen und damit zum Ablassen vom alternativen Projekt.

Die größten Errungenschaften gegen die staatliche Strategie der Vergewaltigung hat zweifellos, als Erbe militanter Frauenbewegungen und großer Revolutionärinnen, der Widerstand der kurdischen Frauenbewegung hervorgebracht. Die Grundlagen dieses fruchtbaren Widerstandes wurden, lange bevor es zur eigenständigen Frauenorganisierung gekommen war, im Gefängniswiderstand durch Anhängerinnen der Befreiungsbewegung Kurdistans, unter anderen die PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız, erkämpft. Dem staatlichen Folterregime stellten sie die Entschlossenheit im Freiheitskampf und den Glauben an die Befreiung entgegen; die Strategie der Vergewaltigung bricht an der Festigkeit des Willens und der Überzeugung der Revolutionärinnen. Ihre Überzeugung im Kampf um Befreiung und die Kraft, die sie aus dem Versprechen ziehen, bis zuletzt für ein freies Leben zu kämpfen, befähigt die Freundinnen unter schwierigsten Umständen zu einem solchen Widerstand, der die Vergewaltiger selbst in ihrer eigenen Zerstörungswut verzweifeln lässt, und gewinnen so ein weiteres Stück auf dem Weg zum freien Leben.

In derselben Tradition steht der entschlossene **Widerstand der jungen Kurdin Zeynep Celaliyan**, die seit acht Jahren der Folter des iranischen Staates ausgesetzt ist und angesichts der Gewalt und versuchten Erniedrigung standhält. Trotz erheblicher gesundheitlicher Beeinträchtigung lässt sie sich von staatlicher Seite nicht einschüchtern und behält ihre entschlossene Haltung bei. Die Versuche des Staates, ihr Informationen oder eine sonstige Form der Kollaboration zu entlocken, sind allesamt gescheitert. Die Geiselhaft, in der sie weiterhin gehalten wird, und die verwehrte medizinische Grundversorgung sind Ausdruck der schamlosen Mittel, derer sich ein Staat angesichts eines so bedeutsamen Widerstandes bedient.

Zeynep Celaliyan war als Aktivistin der Frauenbewegung aktiv und klärte viele junge Frauen über Alternativen zum repressiven patriarchalen System auf. Sie besuchte Schulen anlässlich des Internationalen Frauentages, um für ein aktives Eintreten junger Frauen für ihre Rechte und Selbstbestimmung zu werben. Diese »staatsfeindlichen Aktivitäten« führten zu ihrer Festnahme und die Gerichtsbarkeit der Islamischen Republik Iran verurteilte sie als »Feindin Gottes« zur Todesstrafe. Laut ihren Anwälten gleicht unter diesen Umständen die Umwand-

lung ihrer Todesstrafe in lebenslange Haft im Jahre 2011 einer Entscheidung für den langsamen Foltertod der kurdischen Aktivistin.

Die Netze patriarchaler Gewalt sind im Iran eng mit staatlichen Interessen verbunden. Geheimdienstangestellte benutzen Vergewaltigung als alltägliches Repressionsmittel, um die Selbstbestimmung der Frauen und somit die moralischen Grundlagen gesellschaftlichen Zusammenlebens anzugreifen. Die **Gemeinschaft der Freien Frauen Ostkurdistans (Komeleya Jinên Azad ya Rojhilatê Kurdistanê – KJAR)** erklärte am 8. Mai 2015 angesichts des Todes der jungen Kurdin **Ferînaz Xosrowanî** (sie kam ums Leben, als sie, sich der Vergewaltigung durch einen Geheimdienstangestellten entziehend, aus dem 4. Stock stürzte): »Daran wird der Stand der Vergewaltigung und Grausamkeit des staatlichen Denksystems im Iran deutlich. Diese Vorfälle sind keine gewöhnlichen Vorfälle, sondern staatlich produziert.«

»Das HERRschende Gesetz, das im Interesse des patriarchalen Staates und Feind der Frauen« ist, befeuert somit rückständige Männerbünde und sexistische Gewalt in der Gesellschaft; gesellschaftlicher Sexismus wird angesichts dieses staatlich organisierten Bedrohungsszenarios gegen Frauen weiter ausgeprägt. Dieses Vorgehen ist im Kontext der erstarkenden Frauenorganisierung im Mittleren Osten und der Vorreiterinnenrolle der Frauenorganisierung beim Aufbau des demokratisch-konföderalen Modells in der Region als Alternative zu den rassistischen Nationalstaaten zu verstehen. Sowohl für die Staaten als auch für die feudalen Familienstrukturen bedeutet sie eine Gefährdung der Macht und alten Ordnung.

Insbesondere die Errungenschaften der Frauenrevolution in Rojava beweisen eine Befreiungsperspektive, die von Frauen weltweit aufgegriffen und auf vielfältige Weise umgesetzt wird. Die Stärke der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und ihr erfolgreicher Widerstand gegen den Islamischen Staat gründen sich auf einer Tradition großer Kämpferinnen und ideologischer Festigkeit der kurdischen Frauenbewegung. So sehen sich die jungen Kämpferinnen der YPJ, genauso in den anderen Teilen Kurdistans die YJA Star und die ostkurdischen HPJ, als Erbinnen der Revolutionärinnen Zîlan, Bêrîtan, Bêrîvan, Ronahî, Nûda, Sakine und vieler weiterer, die im jahrzehntelangen Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen die koloniale Leugnungs- und Vernichtungspolitik einen bedeutenden Platz eingenommen haben.

Die Gemeinschaft der Freien Frauen Ostkurdistans KJAR erklärte in ihrem Dokument vom 8. Mai 2015: »Immer wenn die Freiheitssuche der Frauen stärker wird, Frauen beginnen,

Wir lassen keine weiteren Massaker an Frauen durch AKP und IS zu!

Wie verurteilen aufs Schärfste den grausamen Umgang türkischer Sicherheitskräfte mit der Kurdin Kevser Eltürk (Ekin Wan), die den Frauenverteidigungseinheiten YJA-Star angehörte. Sie kam am 10. August 2015 bei einem Gefecht in der nordkurdischen Stadt Gimgim (Varto) ums Leben. Anschließend ist ihr Leichnam durch türkische Polizisten auf grausame Weise gefoltert, entstellt und entkleidet in der Öffentlichkeit liegen gelassen worden.
(...)
In allen Kriegen werden Frauen als Kriegsbeute behandelt: vergewaltigt, erniedrigt, ermordet und, wie auch aktuell der Fall, im Menschenhandel verkauft. Wie in den 90er Jahren, so wird auch heute mit allen Mitteln versucht, die Bevölkerung vom Widerstand abzuschrecken, es wird vergewaltigt und die Körpern der Getöteter werden entwürdigt. Wie die getötete Kämpferin Ekin Wan, deren toter Körper entkleidet hinter einem Panzer gebunden durch Straßen geschleift wurde.
(...)
Die Vergewaltigung von Ekin Wan ist eine deutliche Kampfansage gegen die legitime Selbstverteidigung der kurdischen Frauen sowie der Frauen international.
(...)
Wir, als die Kurdische Frauenbewegung in Europa, sowie weitere Organisationen, erklären, dass diese unmenschliche und gewissenslose Vorgehensweise gegenüber der Guerilla Ekin Wan das nackte Gesicht der AKP und seiner Sicherheitskräfte und ihrer Herangehensweise Frauen gegenüber ans Tageslicht bringt. Der Kongress der Freien Frauen in Nordkurdistan (KJA) erklärt »Ekin Wan ist unsere nackte Würde« als gemeinsamen Slogan.



(...)
Lasst uns im Gedenken an Ekin Wan den Aufbau des demokratisch-konföderalen Modells vorantreiben, das sowohl unsere notwendige Selbstverteidigung als auch die Chance für einen nachhaltigen Frieden bildet. So soll ihr Name mit den goldenen Lettern in die Geschichtsbücher eingehen, die von Frieden und Freiheit berichten.
(...)
Die vollständige Erklärung der kurdischen Frauenbewegungen in Europa ist auf der Internetseite von Cenî Frauenbüro für Frieden: http://www.ceni-kurdistan.com

sich zu organisieren, ihr Bewusstsein für Selbstverteidigung und die Verteidigung ihrer Würde sich vergrößert, wird ihnen mit immer grausameren Angriffen geantwortet.« Angesichts der prägnanten Rolle der Frauenbewegung im gesellschaftlichen Aufbruch des Mittleren Ostens ist ein verstärkter Angriff auf Frauen zu vermerken. Von der enormen Gewalt des Islamischen Staates gegen Frauen auf allen Ebenen über die vermehrten Feminizide in der Region und insbesondere der Türkei bis hin zum grausamen Folter- und Vergewaltigungssystem in den Knästen und die zunehmende Zahl der Festnahmen von Aktivistinnen – die Repression nimmt zu.

Auch der Widerstand nimmt neue Formen an; die Bündnisse unter Frauen und der gesamten Gesellschaft stärken sich und eine gemeinsame Entschlossenheit und Solidarität im Kampf gegen patriarchale Gewalt formieren sich, insbesondere in der Türkei, als Ergebnis des beharrlichen und offensiven Kampfes der kurdischen Frauenbewegung. Die Bevölkerung von Mahabad/Ostkurdistan setzte nach dem Tod von Ferînaz Xosrowanî ein bedeutendes Zeichen gegen die staatliche Vergewaltigungskultur, indem sie das Hotel Tara, Tatort der versuchten Vergewaltigung, in Brand steckte und die Region in einen Ausnahmezustand versetzte. Eine solche Konsequenz und Haltung sind wegweisend für ein wachsendes gesellschaftliches Bewusstsein und soziale Kämpfe um Geschlechterbefreiung.

Die **Frauenverteidigungskräfte Ostkurdistans (HPJ)** meldeten sich angesichts des Vorfalls zu Wort, erklärten ihre Solidarität und Rückendeckung für den anhaltenden Volksaufstand: »Für Ferînaz einzustehen bedeutet zweifellos, für die freie und widerständige Identität des kurdischen Volkes einzustehen. Wir gratulieren der Bevölkerung von Mahabad, Şino, Seqiz, Sine, Kirmaşan, Bokan, Urmiye Maku, Serdeşt, Mêrîwan, Pîranşar und ganz Ostkurdistan zu ihrem Aufstand und grüßen ihre Aktionen. Heute ist es Ferînaz und morgen trifft es eine andere. Es ist schon lange eine Grenze erreicht, bereits mit den Morden an Ferînaz, Şeyda und Reyhane (...) Lasst Euch wissen, dass wir als Frauenverteidigungskräfte HPJ und Verteidigungskräfte Ostkurdistans YRK in ganz Ostkurdistan vertreten sind und hinter der Bevölkerung stehen. Wir werden alles Erforderliche zur Verteidigung der Frauen unternehmen.« Sie erklärten, ihre Selbstverteidigungseinheiten hätten am Abend des 10. Mai 2015 eine Verwarnungsaktion gegen einen staatlichen Kontrollpunkt durchgeführt.

Die **Jungen Frauen Ostkurdistans** stehen beispielhaft für einen genauso gesellschaftlich-organisierten wie entschlossenen Kampf gegen die Vergewaltigungskultur: »Die Jungen Frauen Ostkurdistans organisieren sich autonom innerhalb der Jugendbewegung KCR und arbeiten auf die Bewusstseinsbildung und Organisierung junger Frauen in Ostkurdistan hin. Die Aktivistinnen verstehen es als ihre Aufgabe, die Befreiungsperspektive der Ideen unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan jungen Belutschinnen, arabischen, persischen, assyrischen Frauen und anderen Völkern des Iran näherzubringen. Gegen das Denksystem des Iranischen Regimes und seine Vollstrecker, die den Willen von Frauen brechen, sie töten, prostituieren und ihnen das bedeutungsvolle Leben rauben, organisieren wir uns und fördern die legitime Selbstverteidigung (...) auf der Grundlage der Frauenbefreiungsideologie und des Demokratischen Konföderalismus.«, wie es auf einer Versammlung der Jungen Frauen Ostkurdistans im Juni 2015 beschlossen wurde.

In dieser Auseinandersetzung stellen sich dringende Fragen zur internationalen Solidarität, insbesondere im Hinblick auf die Verteidigung der geschaffenen Werte der Frauenbefreiung. Wie können wir, in aller Vielfalt, die notwendige Einheit schaffen, um die Errungenschaften der Frauenrevolution in Kurdistan gemeinsam zu verteidigen? Wie lange wird der Dornröschenschlaf westlicher Frauenbewegungen und Feministinnen noch andauern, bis sie die Errungenschaften und Potentiale im gemeinsamen Kampf gegen Patriarchat und Vergewaltigungskultur erkennen?

Die Kurdin Seyran Riza aus dem Dorf Enane in der südkurdischen Region Kirkuk brachte es gegenüber der Nachrichtenagentur Roj auf den Punkt: »In der Persönlichkeit der jungen Kurdin von Mahabad verurteile ich zutiefst die Grausamkeit und menschenfeindliche Haltung des iranischen Regimes. Wir akzeptieren Vergewaltigung in keinster Weise und es ist notwendig, dass wir unsere Selbstverteidigung leisten. Wir sind gegen Übergriffe an Frauen und verurteilen deren menschenverachtende Täter. Ich rufe alle Frauen im Norden und im Süden dazu auf, gegen diese Vergewaltiger zu demonstrieren!« ♦

Literaturverweise:

»Sofortige medizinische Behandlung und Freilassung für Zeynep Celaliyan«, Informationsdossier von CENÎ, Juni 2015

»Für Ferînaz einstehen bedeutet, für die eigene Würde einstehen«, Erklärungen von KJAR, 8.5.2015, Übersetzung auf ceni-kurdistan.com

»Die Vergewaltigung in Mahabad richtet sich gegen uns alle!«, Interviews mit Frauen in Südkurdistan, 9.5.2015, Roj News

»Junge Frauen Ostkurdistans versammeln sich«, 30.6.2015, Roj News

»HPJ-Aktion für Ferînaz Xosrowanî«, 11.5.2015, ANF

Frauenstiftung in Rojava setzt in ihren Projekten auf Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment

Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!

Roza Nûdem

Am 1. September 2014, dem Weltfriedenstag, wurde zum ersten Mal eine Frauenstiftung mit feministischen Zielen im Mittleren Osten gegründet. Die Aufbauarbeiten von Weqfa Jina Azad a Rojava (Stiftung der Freien Frau in Rojava) fanden in einer Region statt, in der ein Krieg herrscht, der mit seiner Brutalität die Welt erschüttert, und in der ein enormer gesellschaftlicher Umbruch und eine Revolution stattfinden, bei der insbesondere die Vorreiterrolle der Frauen die Welt begeistert. Die Stiftung arbeitet mit der Losung »Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!«.

Die Ziele der Stiftung sind umfangreich und hoch angesetzt. Sie möchte mit ihrer Arbeit Frauen in Rojava, Syrien und Südkurdistan in ihrem Emanzipationsprozess unterstützen. Sie arbeitet an einer von Frauen autonom geleiteten flächendeckenden gesundheitlichen und psychologischen Versorgung für Frauen und Kinder. Sie schafft mit ihren Vorschulen eine Bildung für Kinder aller Ethnien in der jeweiligen Muttersprache mit dem Ziel der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Volksgruppen und Religionen für ein ethnisch-demokratisches Zusammenleben. Sie ermöglicht Frauen einen Zugang zu einer eigenen Ökonomie, indem sie Kooperativen gründet, Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeit für Frauen in verschiedenen Berufszweigen schafft und Räume öffnet, in denen Frauen ihre handwerklichen Erzeugnisse anbieten können. Und nicht zuletzt kreiert sie Lebensräume für Frauen, in denen diese die Möglichkeit haben, traumatische Gewalt- und Kriegserfahrungen aufzuarbeiten und sich entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten zu entfalten.

Anlässlich des ersten Jahrestages seit der Gründung lohnt sich ein Rückblick auf das Geschaffene, eine Bilanz und ein Ausblick auf weitere Perspektiven.

Aufbau der Stiftung

Die Stiftung wurde von sieben Frauen gegründet, ihre Arbeit in fünf Arbeitsbereiche eingeteilt: Bildung, Gesundheit, Ökonomie, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Forschung und Projekte. Die verschiedenen Bereiche überschneiden sich und es findet unter ihnen eine Zusammenarbeit statt.

Eines der ersten Projektkonzepte wurde gemeinsam mit dem Rat der êzîdischen Frauen aus Şengal (Sindschar) im Camp Newroz zur Verbesserung der psychischen, gesundheitlichen und ökonomischen Situation von Frauen im Camp (und später auch in Şengal) begonnen. Hier hat die Stiftung eine Frauen-Näherei eingerichtet. Die Bevölkerung im Camp will ihre traditionelle êzîdische Kleidung tragen; die Frauen der Näherei erlernen das Schneidern dieser und vieler anderer Dinge. Gemeinsam mit einer Psychologin sind psychoedukative Seminare für größere und kleinere Frauengruppen im Camp Newroz abgehalten worden, in denen über die Auswirkungen von Krieg und seine psychischen und physischen Folgen aufgeklärt wurde. Auch hat die Stiftung gemeinsam mit ÄrztInnen des Rates der ÄrztInnen des Kantons Cizîrê Frauen und Kindern Gesundheitschecks und Medikamentenversorgung in Şengal angeboten.

Kurz nach der Gründung der Stiftung der Freien Frau in Rojava wurde in Zusammenarbeit mit der Dachorganisation Yeketiya Star für Frauenkommunen und -räte eine Befragung der Frauen in der Stadt Qamişlo (Al-Qamishli) durchgeführt, um über die Lebens- und Einkommenssituation der Frauen zu erfahren und nach ihren Lebensplänen und -wünschen zu fragen. Besonders der Wunsch nach Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für sich sowie Bildungs- und Betreuungsangeboten für ihre Kinder standen im Vordergrund.

Die Entwicklung der Projekte der Stiftung

Die Projekte, die die Stiftung aus den Umfrageergebnissen entwickelt hat, sind der Aufbau von Vorschulen, die Einrichtung von Frauengesundheitszentren, der Aufbau von Frauenkooperativen und die Etablierung von Frauenparks.

In Qamişlo wurden vier Vorschulen mit 30–45 Kindern eröffnet. Die Lehrerinnen der Vorschulen sind Mitglieder der Stiftung. In wöchentlichen Treffen können sie über Schwierigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder, eigene Probleme und Herausforderungen sowie Perspektiven für die qualitative Verbesserung der Arbeit diskutieren und Vorschläge machen. Von der Stiftung wird ergänzend zu dem täglichen Vorschulprogramm Bildung für Lehrerinnen, Eltern und Kinder organisiert.

Für Eltern und Kinder ist dies die erste Möglichkeit, über die Gesellschaft und ihre Rolle als Eltern und Kinder zu reflektieren. Diese Möglichkeiten werden begeistert angenommen.

Das erste Frauengesundheitszentrum wurde von der Stiftung der Freien Frau in Rojava in Serê Kaniyê (Ras al-Ayn) eröffnet. Dort ist der Ausbau eines breiten Gesundheitsangebots geplant. Derzeit findet eine wöchentliche Sprechstunde für Frauen und auch speziell für Kinder statt. Als erste Grundlage für das naturmedizinische Angebot sind von Mitarbeiterinnen (auch wiederum Mitglieder der Stiftung) Kräuter gesammelt und getrocknet worden, und Gesundheitsgymnastik wird angeboten. Für Gesundheitsprävention und -aufklärung wurden die ersten Seminare angeboten, auch in Kooperation mit Yeketiya Star und dem Rat der ÄrztInnen in Qamişlo. Sowohl in Serê Kaniyê als auch in Qamişlo führt die Stiftung Schritt für Schritt eine Grundausbildung für Frauen für die Arbeit im Gesundheitswesen durch.

Die Arbeiten für den Aufbau von drei Frauenkooperativen (Schneidereiwerkstatt, landwirtschaftliche Kooperative und Frauencafé) hat die Stiftung Ende letzten Jahres gemeinsam mit dem Frauenrat in Til Temir begonnen. Frauen wollten sich auf diese Weise gemeinsam in Kooperativen eine ökonomische Grundlage schaffen. Diese Arbeiten mussten aufgrund der Kriegssituation eingestellt werden. Nach der Säuberung Til Temirs vom Islamischen Staat (IS) und der Rückkehr der Bevölkerung hat der Aufbau eines Cafés als Frauenkooperative begonnen. Der Rat von Til Temir hat der Stiftung das Café beim Friedhof der Gefallenen zugesprochen.

Mit der Zusage der Stadtverwaltung für die Nutzung eines Parkgeländes hat die Stiftung mit der Gestaltung eines Frauenparks in Qamişlo begonnen. Der Park wird Frauen als eigener öffentlicher natürlicher Raum zur Verfügung stehen, um sich von Sorgen und den Belastungen des Krieges zu befreien; und um neue Gedanken zu entwickeln, ist eine natürliche Umgebung hilfreich. Nach Fertigstellung werden auch Therapie- und Beratungsangebote und ein Frauencafé etabliert.



Kindertheater auf dem Kinderfestival von Weqfa — Foto: fb: Weqfa Jina Azad

Das neue Projekt der Stiftung ist die Gründung eines Frauendorfes. Ein Frauendorf wird Frauen ermöglichen, sich gemeinsam ein eigenständiges Leben unabhängig von Gewaltverhältnissen aufzubauen. In der kollektiven Dorfgemeinschaft können sie sich Perspektiven für ein gemeinsames Leben in der Gemeinschaft und für das persönliche Leben schaffen, ihre Fähigkeiten und Begabungen entwickeln und lernen, unabhängig von Macht- und Unterdrückungsverhältnissen ein selbstständiges Leben aufzubauen. Der Bau des Dorfes hat bereits begonnen.

Es sind bereits enorme Schritte in dem einen Jahr der Existenz der Stiftung geleistet worden. In ihrer Arbeitsweise wird deutlich, dass die Stiftung der Freien Frau in Rojava als Erstes die Bedürfnisse von Frauen erfragt, um sie anschließend mit ihnen gemeinsam in entsprechenden Projekten umzusetzen.

Im Gegensatz zu den meisten klassischen Stiftungen ist so ein enges Verhältnis zwischen den Frauen der Basis und der Stiftung entstanden. Die Frauenstiftung arbeitet zeitnah und schafft damit eine Dynamik, die ein Vertrauensverhältnis aufbaut. Deswegen sehen Frauen die Stiftung als eine Partnerin, mit der sie sich in Projekten organisieren können, um selbstständig Lösungen für ihre Schwierigkeiten im Leben entwickeln zu können.

Durch diese Herangehensweise wird eine ethische Arbeitsweise entsprechend den Zielsetzungen zivilgesellschaftlicher Organisationen neu definiert. Wenn Stiftungen, Vereine oder auch Hilfsorganisationen gegründet werden, muss geklärt werden, inwiefern ihre Herangehensweise und ihre Organisierung für die eigene Zielgruppe auch tatsächlich den Stiftungszielen entspricht. Oder inwiefern einige wenige an dem Leid von Tausenden Menschen, Frauen, Kindern und Männern verdienen, obwohl laut ihren Satzungen eigentlich alle Spenden und Spendengelder den Bedürftigen zugutekommen sollen. Inwieweit spielen Hilfsorganisationen und Stiftungen bei der Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtigen, Bedürftigen oder Notleidenden eine Rolle? Oder inwiefern verschärfen sie mit ihrer Herangehensweise noch das Leid und unterstützen damit die Herrschafts- und Ausbeutungspolitik derjenigen, die von dieser Situation profitieren?

Die Stiftung der Freien Frau in Rojava hat sich in diesem ersten Jahr ihres Bestehens mit ihrer Arbeitsweise und ihren Fortschritten bereits deutlich an die Seite von bedürftigen Frauen und Kindern gestellt. Sie macht in ihrer Herangehensweise deutlich, dass sie auf Hilfe zur Selbsthilfe und auf Empowerment setzt. Damit entspricht sie ganz dem Motto »Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!«.

Möglichkeiten zur Unterstützung und Mitwirkung an der Arbeit der Stiftung

Die Arbeit der Stiftung der Freien Frau in Rojava kann in dreierlei Hinsicht unterstützt werden. Für sie ist besonders die Solidarität unter den Völkern die wichtigste Unterstützung. Die Frauenstiftung strebt eine aktive Zusammenarbeit zwischen Organisationen, Gruppen und Individuen an. Diese kann in drei Bereichen stattfinden:

1. Aktivitäten zur Bekanntmachung der Frauenstiftung sind wichtig, um materielle und ideelle Unterstützung für die Stiftung zu organisieren. Dies kann durch gemeinsame Veranstaltungen, Interviews, Sammelaktionen etc. und Projekte erfolgen.

2. Die Frauenstiftung bildet Frauen in verschiedenen Arbeitsbereichen aus: im Gesundheitswesen, in therapeutischer Arbeit, im Bereich Erziehung und Pädagogik, in der Patisserie- und Caféorganisierung, in der Landwirtschaft und in der Nähwerkstatt. Solidarische Frauen aller Länder, die Interesse und entsprechende Fachkenntnisse haben, können ihr Wissen in Form von Seminaren und Bildungsarbeit mit Frauen in Rojava teilen.

3. Es besteht natürlich ein Bedarf an der Finanzierung dieser oben beschriebenen Projekte. An unsere Partnerorganisationen kann gespendet werden. Aber auch Materialspenden sind notwendig für die Ausstattung der Frauengesundheitszentren (insbesondere Gynäkologie, Physiotherapie, Labor) und Vorschulen, Arbeitsmaterial für die Nähwerkstatt, Medikamente etc.

Für eine Zusammenarbeit mit der Stiftung der Freien Frau in Rojava könnt Ihr Euch gern unter folgendenden Kontakten melden:

Weqfa Jina Azad a Rojava (Stiftung der Freien Frau in Rojava)
jina.azad2014@gmail.com
Facebook: Weqfa Jina Azad
Website: www.weqfajinaazad.org

Kontakt in Europa:
c/o International Free Women's Foundation,
Beukelsdijk 149C , 3022-DC Rotterdam/Nederland
Tel.: 0049 151 120 70 278
Mail: wjar2014int@gmail.com

Spenden über unsere Partnerorganisationen in Europa mit den angegebenen Stichworten werden an uns weitergeleitet:

International Free Women's Foundation
Stichwort: WJAR
Internationale Vrije Vrouwen STG
IBAN: NL35 INGB 0006 2185 45
BIC: INGBNL2A

Kurdistan Hilfe e.V.
Stichwort: Frauenstiftung in Rojava/WJAR
Bank: Hamburger Sparkasse
BAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPADEHHXXX

Die Kurdistan-Hilfe e.V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Dafür bitte Adresse mit angeben. ♦

Die LGBTI-Bewegung in Amed

Regenbogen auf Kurdisch

Atalay Göçer, KeSKeSoR Amed (LGBTİ-Organisation)

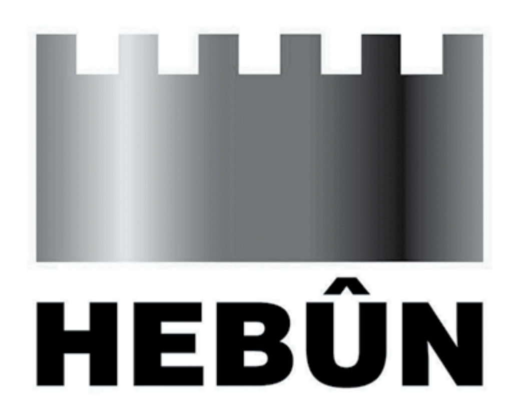
Die erste LGBTI-*[«Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/Transsexual and Intersexed«-]* Organisation in Kurdistan wurde im Februar des Jahres 2008 unter dem Namen Piramid gegründet. Zum Newroz-Fest im Jahre 2009 versammelten sich zahlreiche Anarchist*innen und LGBTI-Aktivist*innen aus Istanbul und anderen Städten der Türkei und Kurdistans in Amed (Diyarbakır) unter dem Banner von Piramid. Im selben Jahr nahm Piramid an der LGBTI-Pride-Parade teil, die jedes Jahr im Juni in Istanbul stattfindet.

Die LGBTI-Aktivist*innen aus Amed begannen 2010, eine bilinguale Zeitschrift (kurdisch und türkisch) unter dem Namen »Hevjîn« herauszugeben, was jedoch nach nur vier Ausgaben beendet wurde. Aktivist*innen von Piramid und Hevjîn gründeten in der Folge den LGBTI-Verein »Hebûn«.

Im Jahr 2012 organisierte Hebûn seine erste größere Veranstaltung. Dabei handelte es sich um einen Workshop für Sexarbeiter*innen und rechtliche Unterstützung für Transvestiten. Einige der LGBTI-Aktivist*innen aus Amed, die an dieser und weiteren ähnlichen Aktionen teilnahmen, entschieden sich dafür, sich autonom zu organisieren. Der Grund dafür lag in unterschiedlichen politischen Ansichten. Hebûn beschloss, sich als Verein zu organisieren, während die später unter dem Namen KeSKeSoR auftretende Gruppe ihren Schwerpunkt auf die Organisierungsarbeit legte.

KeSKeSoR

Infolge einer Reihe von Sitzungen kristallisierte sich das Bedürfnis nach einer aktiven Organisierung derjenigen heraus, die auf der LGBTI-Ebene politisch aktiv sein wollten. Daraufhin gründete sich KeSKeSoR im April des Jahres 2012 mit dem Ziel, im Umkreis von Amed Aufklärungsarbeit gegen Homophobie und Transphobie zu leisten. Zudem sollten für die Probleme, mit denen die LGBTI-Aktivist*innen konfrontiert sind, Lösungen angeboten werden. Während wir den Namen »keskesor« (kurdisch für Regenbogen) angenommen haben, entschieden wir uns bei der Auswahl des Logos für die Zehnaugenbrücke über den Dicle (Tigris) in Amed. Diese symbolisiert die kulturellen und historischen Werte Ameds. Als KeSKeSoR-Aktivist*innen haben wir uns zum Ziel gesetzt, unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Dynamik, in der wir uns bewegen, Freiräume zu schaffen, in denen sich für sämtliche gesellschaftlichen Kreise gleichberechtigte Partizipationsmöglichkeiten ergeben. Als eine Gruppe, deren



Mitglieder in Teilen bereits über Erfahrungen im Bereich von Organisierung und zivilgesellschaftlicher Arbeit verfügt hatten, war unser vorrangiges Ziel, zunächst Wege zu finden, um mit neuen Menschen auf der Basis von antihomophoben und antitransphoben Prinzipien zusammenzukommen und zusammenzuarbeiten und in diesem gemeinsamen Rahmen über die Wege und Möglichkeiten eines gemeinsamen Aktivismus zu diskutieren. Am 1. Mai 2012 begaben wir uns zum ersten Mal auf das Demonstrationsterrain, um unser neues Aktionsfeld sichtbar zu machen.

Prinzipien von KeSKeSoR

Als eine antihomophobe und antitransphobe, geschlechterbefreiende, antimilitaristische und ökologische Vereinigung macht sich KeSKeSoR vor allem in Amed und Umgebung den gemeinsamen und pluralistischen Kampf der einzelnen Gruppierungen der gesellschaftlichen Opposition gegen heterosexistische, sexistische, rassistische, nationalistische, kolonialistische, militaristische Politik zu eigen, die die Natur und das Leben massakriert.



KeSKeSoR vertritt die Position, dass eine ökologische Gesellschaft nur möglich ist, wenn auch die Herrschaft über LGBTIler*innen gebrochen wird.

KeSKeSor ist antihierarchisch und antiautoritär und vertritt die direkte Demokratie und horizontale Organisierungsformen.

KeSKeSoR versteht sich als antikapitalistisch. KeSKeSoR vertritt den autonomen LGBTI-Kampf gegen die Klassengesellschaft. Eine Politik gegen die kapitalistische Zerstörung von Gesellschaft und Ökologie wird unterstützt.

Funktionsprinzipien von KeSKeSoR

Die **Moderation** trägt die Verantwortung, Sitzungen so zu leiten, dass die Zeit produktiv genutzt wird und die Beteiligung gleichberechtigt erfolgt.

Die moderierende Person kann zwei Helfer*innen für die zeitliche Koordinierung und die Protokollierung der Sitzungen benennen.

Konsens: Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden. Jede Person muss der Entscheidung zustimmen. Ähnlich wie in der Mehrheitsdemokratie kann das Mehrheitsprinzip zur Spaltung führen. Eine Gegenstimme negiert die Entscheidung.

Den Weg freigeben: Auch wenn einzelne Personen gegen eine Entscheidung sein sollten und deshalb bei ihrer Umsetzung nicht mitwirken wollen, können sie aus Respekt vor der Entscheidung der anderen auf »möglich« plädieren und somit den Weg für die Umsetzung der Entscheidung freigeben. Solange gegen keine Prinzipien der Organisation verstoßen wird, sollte gegen die Entscheidungen kein Veto eingelegt werden. Es besteht allerdings die Möglichkeit, bei der Umsetzung der Entscheidung nicht mitzuwirken.

Die Initiative ergreifen: Eine Person hat das Recht, eine Arbeit, die von ihr als richtig und notwendig angesehen wird, zu verteidigen, selbst wenn diese von der Gruppe nicht unterstützt wird. Sollte es keinen prinzipiellen Einwand geben, kann dieser Arbeit nachgegangen werden.

Methoden zur Umsetzung von Entscheidungen

Kollektiv: Die geplanten Aufgaben werden durch Aufgabenteilung gemeinsam nach dem Prinzip der Hilfe und Solidarität erledigt.

Losverfahren: Falls für eine bestimmte Aufgabe keine Initiative ergriffen wird, kann auf das Losverfahren zurückgegriffen werden, damit nicht immer dieselben Leute für dieselben Aufgaben verantwortlich sind und damit möglichst alle in den verschiedenen Arbeitsbereichen Erfahrungen sammeln.

Interessierte/nahestehende Gruppen: Frauensolidarität Amed, Initiative der Kriegsdienstverweiger*innen aus Gewissensgründen in Amed, TransXTurkey, Regenbogenkoalition und andere Gruppen, die KeSKeSoR mitgegründet haben. Zudem können zur Arbeitserleichterung neue/weitere nahestehende/interessierte Gruppen unterhalb von KeSKeSoR gegründet werden, beispielsweise Presse-, Kommunikations-, Workshopgruppe usw. Zudem können Einzelpersonen aus den Ökologie- und Stadtteilgruppen, der Gruppe zum gesellschaftlichen Sexismus oder der Antimilitarismusgruppe in Eigeninitiative Workshops, Versammlungen und Lesungen organisieren.

Über die Arbeit von KeSKeSoR:

Der Mordprozess Roşin Çiçek

Am 2. Juli 2012 wurde der gerade einmal achtzehnjährige Roşin Çiçek von seinem Vater und zweien seiner Onkel angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Zwei Tage später erlag er seinen Verletzungen.

Als KeSKeSoR protestierten wir am 1. September 2012 auf der Weltfriedenstagkundgebung mit entsprechenden Transparenten und Parolen gegen diesen Mord. Anschließend entschlossen wir uns, den Gerichtsprozess zu beobachten. In diesem Rahmen riefen wir eine Kampagne ins Leben, bei der wir gemeinsam mit mehreren LGBTI-Organisationen und -Vereinigungen sowie NGOs arbeiteten. Eine Aktion der Kampagne war es, Aufkleber von Roşin Çiçek in der ganzen Stadt an Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln anzubringen.

Der 15. Verhandlungstag im Roşin-Çiçek-Prozess war ein historischer Moment für unseren LGBTI-Kampf. Seine Onkel wurden jeweils zu lebenslanger Haft verurteilt, sein Vater ebenfalls und mit anschließender Sicherungsverwahrung. Am 14. Verhandlungstag war zuvor der Verein SPoD als Nebenkläger ausgeschlossen worden. Daraufhin riefen wir sämtliche LGBTI- und Menschenrechtsaktivist*innen auf, gegen dieses Verbrechen aus Hass individuell wie auch institutionell als Nebenkläger*innen zu fungieren.

Um die Anträge derjenigen zu beraten, die als Nebenkläger*innen fungieren wollten, bat das Gericht sämtliche Anwesenden aus dem Saal. Dann attackierten die Familienangehörigen Roşin Çiçeks die Antragsteller*innen. Statt die Sicherheit der Gerichtsbesucher*innen zu gewährleisten, ging die Polizei gegen die LGBTI-Aktivist*innen vor. Dabei wurden drei Personen verletzt, darunter auch eine Frauenaktivistin. Die Sicherheit von achtzig Personen konnte nicht mehr gewährleistet werden. Die Polizei stellte auch nicht die Fahrzeuge zur Verfügung, die zur sicheren Evakuierung des Gebäudes verlangt wurden. Stattdessen wurden beide Seiten gleichzeitig aus dem Gerichtsgebäude entfernt. Das zeigt deutlich das unverantwortliche Handeln der Polizei. Die Anwält*innen der Angeklagten hetzten die Familienangehörigen gegen die Nebenkläger*innen auf. In dieser Situation unternahm das Gericht nichts, um mögliche Angriffe zu verhindern. Letztendlich bleibt festzustellen, dass sich mit polizeilicher Duldung bzw. Beteiligung grausame Vorfälle in den Fluren des Gerichtsgebäudes ereigneten.

Trotz all dieser negativen Ereignisse lässt sich sagen, dass das Gerichtsurteil die Erwartungen der Prozessbeobachter*innen, sowohl der LGBTI-Aktivist*innen als auch ihrer Unterstützer*innen, bei Weitem erfüllte. Auch wenn der Begriff des Hassverbrechens *[von LGBTI-Aktivist*innen für Morde an LGBTI-Personen verwendet]* immer noch nicht als offizieller Tatbestand gilt, stellt die Verurteilung der Mörder von Roşin Çiçek aus Sicht derjenigen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität zu Opfern von Angriffen wurden, einen historischen Moment dar. Wir teilen die Hoffnung, dass diese Entscheidung als Präzedenzfall dienen und abschreckende Wirkung haben wird.

Militarismus, Bewegung der Kriegsdienstverweiger*innen (aus Gewissensgründen) und Friedenskonferenz

Nach den Kriegsdienstverweigerungs- und Antimilitarismus-Workshops am 23. und 30. Dezember 2012 organisierten wir als KeSKeSoR gemeinsam mit dem Maulbeerbaumkollektiv (Dut Ağacı Kolektifi) am 18. und 19. Mai 2013 anlässlich des Internationalen Tages der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai eine zweitägige Konferenz in Amed. Daran nahmen zahlreiche lokale politische Akteur*innen und NGO-Vertreter*innen teil. Sie fand zu einem Zeitpunkt statt, als im Rahmen des Lösungsprozesses bedeutende Schritte unternommen wurden. Angesichts des starken Militarismus in der Türkei und Kurdistan und seines Einflusses auf das gesellschaftliche Leben wurde über Lösungsmodelle und Aktionsplattformen diskutiert.

Boykott von Murder King

Im April 2014 kam es in Ankara zu einem Vorfall, als zwei Personen aufgrund ihrer Homosexualität nicht in das Kızılay-Einkaufszentrum gelassen wurden. Daraufhin wollten Frauen der Sozialistischen Demokratie-Partei (SDP) und LGBTI-Aktivist*innen im Burger-King-Restaurant im Obergeschoss des Einkaufszentrums friedlich protestieren, doch wurden sie gewaltsam aus dem Gebäude gezerrt. Daraufhin haben wir uns als KeSKeSoR entschieden, als Reaktion auf diese in Ankara angewandte Gewalt zum Boykott von Burger King aufzurufen.

Podiumsdiskussion: Frauenrevolution und -widerstand von Rojava bis Gezi

Als KeSKeSoR veranstalteten wir gemeinsam mit anderen Ameder Frauengruppen unter dem Namen Frauensolidarität Amed eine Kampagne. Einen Teil davon bildete die Podiumsdiskussion »Frauenrevolution und -widerstand von Rojava bis Gezi«. Die Kampagne wurde mit der Absicht initiiert, gegen die Foltermethoden der Polizei bei der Festnahme von Frauen zu protestieren. Zuvor war Elif Kaya von der Polizei festgenommen, nackt ausgezogen und unterschiedlicher Folter ausgesetzt worden. Die Kampagne blieb jedoch nicht nur auf Festnahmesituationen beschränkt. In den Gefängnissen kommt es unter dem Vorwand von Körperdurchsuchungen zur sexuellen Gewalt an Frauen, außerdem zur sexuellen Belästigung durch das Gefängnispersonal auch bei gängigen Durchsuchungen. Wir schickten den Frauen in den Gefängnissen im Rahmen dieser Kampagne Postkarten und bekundeten ihnen unsere Solidarität.

Die Redner*innen der Podiumsdiskussion am 9. November 2013 betonten, dass die Erfolge und Errungenschaften der Rojava-Revolution und des Gezi-Widerstandes der Avantgarde der Frauen in dem Kampf geschuldet seien.

Besuch der Initiative Kriegsdienstverweiger*innen (aus Gewissensgründen) Amed in Roboskî und weitere Kriegsdienstverweigerungserklärungen

Am 28. Dezember 2011 wurden 34 Dorfbewohner*innen aus Roboskî (Ortasu) von türkischen Kampfflugzeugen aus der Luft bombardiert und ermordet. Am zweiten Jahrestag dieses Massakers erklärten die Angehörigen der Ermordeten, dass sie den Kriegsdienst verweigern würden. Daraufhin setzten wir als KeSKeSoR uns mit Kreisen in Verbindung, die zu der Thematik arbeiten, und gründeten die Kriegsdienstverweigerungsinitiative von Amed. Um der Aktion von Roboskî Gehör zu verschaffen, formulierten wir auch einen Appell zur Kriegsdienstverweigerung. Mit insgesamt 16 Personen aus Ankara, Mêrdîn und Amed reisten wir nach Roboski. Zu 34 Kriegsdienstverweiger*innen aus Roboskî erklärten 42 weitere Personen, den Kriegsdienst zu verweigern.

Der Hewsel-Widerstand

Im November 2013 wurde auf Initiative der Ökologiebewegung Mesopotamien MEH und des Tigristalprojekts eine Kundgebung gegen die Errichtung eines Wasserkraftwerks in Hewsel organisiert. Mit einer großen Beteiligung an der Demonstration erfuhr in Amed zum ersten Mal ein ökologischer Kampf Legitimation. Als KeSKeSoR verfolgten wir diese Phase mit Interesse.

Auf einem Foto vom 11. Februar war zu sehen, wie die Bäume der Hewsel-Gärten mit Genehmigung des Rektorats der Dicle-Universität gefällt wurden. Nach der Erklärung des Vereins für Baumpflanzungen in Amed besuchten Mitglieder des Vereins den Ort. Zu sehen war, wie die dortigen Bäume gefällt wurden, innerhalb von anderthalb Monaten sollte der gesamte Baumbestand in diesem Gebiet betroffen sein. Eine Delegation aus dem Park- und Garten-Direktorat der Stadtverwaltung Amed und der Ökologievereinigung wurde gegründet. Sie wollte aufgrund der Vorfälle ein Treffen mit dem Universitätsrektor, der war jedoch nicht erreichbar. Daraufhin fand ein Treffen mit dem Generalsekretär des Rektorats statt. Dessen Vertreter*innen weigerten sich jedoch, den von der Stadtverwaltung ausgestellten Strafzettel wegen verbotenen Bäumefällens zu unterschreiben.

Das Ministerium für Forstwirtschaft hatte dem Rektorat die Erlaubnis zur Rodung von 990 Bäumen erteilt, um dadurch scheinbar die Brandgefahr einzudämmen. Es stellte sich heraus, dass das Rektorat seinerseits eigene Bebauungspläne für die dadurch frei werdende Fläche hatte. Als über die Medien herauskam, dass das Rektorat dort ein Picknickareal plante und ein Fischrestaurant errichten wollte, versuchte es sich herauszureden und erklärte, mensch wolle durch die Rodung die Mücken loswerden.

Infolge der Entwicklungen ergriff die Universitätsjugend die Initiative. Vom 1. März an kampierten mehrere Student*innen auf dem Hewsel-Gelände. Von Tag zu Tag nahm die Zahl derjenigen zu, die auf dem Campus Zelte errichteten. Auch wir als KeSKeSoR beteiligten uns ab dem 2. März an den Protesten. Am 20. Tag wurde der Hewsel-Widerstand mit dem Newroz-Feuer vereint und kurz darauf der Protest erfolgreich abgeschlossen. Der Gouverneur gab bekannt, dass keine weiteren Bäume mehr gefällt werden würden.

Bei all unseren Aktivitäten messen wir der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Organisationen große Bedeutung bei. So hat die Zweigstelle Amed der »Menschenrechtsstiftung der Türkei« (TIHV) uns die Türen für eine Zusammenarbeit mit psychologischen Berater*innen und Sozialarbeiter*innen geöffnet. Auch der Menschenrechtsverein (IHD), die Lehrer*innengewerkschaft Eğitim Sen, die Architekt*innen- und die Rechtsanwält*innenkammer von Amed unterstützen unsere Arbeit und lassen uns auch an ihren Projekten teilhaben. Seit Dezember 2014 sind wir Teil des Ökologierates Amed, der von der Ökologiebewegung Mesopotamien ins Leben gerufen wurde. Und unsere Zusammenarbeit mit Student*innen und Akademiker*innen reicht über Amed hinaus.

Zu den Aufgaben, die sich KeSKeSoR kurz- und mittelfristig gestellt hat, gehört unter anderem Öffentlichkeitsarbeit zu Homophobie und Transphobie. Ein entsprechendes Konzept wird in Zusammenarbeit mit psychologischen Berater*innen und Sozialarbeiter*innen erstellt. Zudem planen wir ein Pilotprojekt an einem Gymnasium. Bekanntlich wird an den Schulen in der Türkei in keiner Weise Sexualkunde unterrichtet. Demgegenüber planen wir ein Projekt in Form einer Seminarreihe zu dieser Thematik. Des Weiteren hat die Religion einen großen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben in Kurdistan. Seit längerer Zeit haben wir uns Aktionen und Arbeiten zu diesem Thema vorgenommen. Geplant sind Workshops zum Thema Islam und Homosexualität und falls möglich Podiumsdiskussionen dazu. ♦

Eelamtamilische Frauen – Opfer des systematischen Völkermords in Sri Lanka

Täter dieses Verbrechens müssen vor Gericht gebracht werden!

Uma Jeneevan, Tamilische Frauen-Organisation e. V.

Vortrag von Uma Jeneevan, Tamilische Frauen Organisation e. V. Deutschland, auf der internationalen Frauenkonferenz »Eelamtamilische Frauen – Opfer des systematischen Völkermords in Sri Lanka«, 09.05.2015 in Frankfurt. Der Vortrag wurde aus dem Englischen übersetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Tamilischen Frauen-Organisation e. V. Deutschlands heiße ich alle herzlich Willkommen, die zu dieser »Internationalen Frauenkonferenz« aus der ganzen Welt gekommen sind. Vor allem begrüße ich Ananthi Sasitharan – ein Mitglied des nördlichen Provinzrates in Sri Lanka, Elong Josianne – von der EPEE in Frankreich, Bjørg Spillum – Direktion für Integration und Vielfalt in Norwegen, Yvette Annie – Fédération des Initiatives des Femmes Africaines de France et d'Europe in Frankreich, Anna Annor – Menschenrechtsaktivistin aus der Schweiz, Sivakumary Kuhendran – Vorsitzende der Tamilischen Frauen-Organisation e. V. Norwegen und die Vertreterinnen der YXK-Jin, die autonome Frauenorganisation des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan.

Obwohl das heutige Thema der Völkermord an tamilischen Frauen in Sri Lanka ist, ist es unser Wunsch, über die Probleme zu reden, mit denen Frauen auf der ganzen Welt konfrontiert sind.

Die Situation von Frauen hat sich im Allgemeinen nach dem Zweiten Weltkrieg verändert, Frauen wurden 1949 in die Menschenrechte mit einbezogen, die besagen, dass eine Frau ebenfalls eine Person ist, die Respekt und Freiheit verdient.

Dennoch werden Frauen durch Kriege, sexuellen Missbrauch und soziale Eliminierung schwer geschädigt. So wie tamilische Frauen ein Ziel eines Völkermords in Sri Lanka sind. Wir hoffen, einige Lösungen, zumindest Ansätze zu bekommen, um die Sicherheit dieser Frauen zu erhöhen und die Umstände zu ändern.

Die Frauen von Tamil Eelam sind einem breiten Spektrum an sexuellem Missbrauch ausgesetzt als Teil einer systematischen Genozid-Kampagne gegen ihr Volk durch den srilankischen Staat.

Die Nation von Tamil Eelam mit ihrer historischen Heimat im nördlichen und östlichen Teil der Insel, der nun als Teil von Sri Lanka betrachtet wird, war seit dem Abzug der britischen Kolonialmacht 1948 einem systematischen Genozid durch die benachbarte singhalesische Nation ausgesetzt.

Von 1978 bis 2009 führten die Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE) eine Kampagne des bewaffneten Widerstands gegen die singhalesische militärische Besetzung ihres Heimatlandes durch. Sri Lanka vernichtete diesen Widerstand im Mai 2009. In der letzten Phase des bewaffneten Konflikts von September 2008 bis Mai 2009 wurden den UN, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und anderen internationalen Vertretern der Zugang zur tamilischen Region durch die Regierung von Sri Lanka verwehrt. Während dieser Zeit sollen, laut UN-Bericht, wiederholt eine ganze Reihe von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Vergewaltigung als Kriegswaffe, vorgekommen sein. Mehr als 147 000 tamilische Zivilisten wurden während dieser 8 Monate getötet oder sind verschwunden.

In der Tamil-Eelam-Gesellschaft sind kultureller Konservatismus und alte Geschlechterrollen immer noch verbreitet und dies wurde von srilankischem Militärs, Paramilitärs, geheimdienstlichen und höheren Strukturen ausgenutzt, um Geburten von Tamil-Eelam-Kindern zu verhindern, indem sie Tamil-Eelam-Frauen erniedrigten, verstümmelten und vergewaltigten. Gesellschaftliche Normen wie die Entblößung von Körperteilen und die Jungfräulichkeit bei der Hochzeit haben dafür gesorgt, dass Frauen öffentlich verhört und körperlich durchsucht wurden, willkürlicher Verstümmelung und Verge-

waltigung ausgesetzt waren und entweder Selbstmord oder ein Leben in Abgeschiedenheit wählten.

Ex-Mitglieder der LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam), männliche und weibliche, sind die einzigen Mitglieder der Tamil-Eelam-Gesellschaft, die sich auf einer Ebene emanzipiert haben, auf der ein Opfer von Erniedrigung, Verstümmlung oder Vergewaltigung sein/ihr Leiden überwinden und sich wieder fortpflanzen kann. Die weiblichen Ex-Kader der LTTE werden daher besonders ins Visier genommen. Viele von ihnen wurden mehrfach in Internierungslagern oder während wochenlanger Verhöre vergewaltigt und wurden erst nach einem Zeitraum, nach dem ein Schwangerschaftsabbruch nicht mehr möglich war, entlassen. Sie stehen vor der Wahl, sich das Leben zu nehmen, das Risiko eines Schwangerschaftsabbruchs einzugehen oder das Kind eines singhalesischen Soldaten zu gebären. Sie stehen nach ihrer Entlassung außerdem weiter unter Beobachtung und haben keinen Kontakt zu männlichen LTTE-Ex-Kadern, die die einzigen Männer wären, die eine Frau heiraten würden, die sexuellen Missbrauch erlitten hat. Zudem wurden viele zwangssterilisiert.

Eine große Anzahl Tamil-Eelam-Frauen aus der gesamten tamilischen Heimat, unabhängig von Alter oder sozialer Schicht, sind sexuell missbraucht worden. Ex-Mitglieder von LTTE sind zusätzlichem Missbrauch ausgesetzt. Dies sind keine Verbrechen, die von ein paar verdorbenen Soldaten im Alleingang begangen werden. Das Muster des sexuellen Missbrauchs weist auf eine systematische Kampagne zur Verhinderung von Geburten innerhalb einer nationalen Gruppe hin.

Zunächst möchte ich über den völkermordähnlichen sexuellen Missbrauch an Frauen der Tamil Tigers sprechen.

Sri Lankas Völkermordkampagne gegen die Eelam-Tamil-Nation ist langwierig und facettenreich. Frauen stellten besondere Ziele für systematischen Missbrauch dar, welcher auf die Zerstörung der zukünftigen Lebensfähigkeit der Nation abzielte. Während der ersten antitamilischen Pogrome 1958 war die Massenvergewaltigung von tamilischen Frauen so verbreitet wie Brandstiftung und Mord. Gewalt gegen Frauen, einschließlich Massenvergewaltigungen und öffentlicher Erniedrigung, machte große Teile der antitamilischen Pogrome und Kriegsmisshandlungen aus.

Seitdem der bewaffnete Widerstand 2009 endete, hat sich die Kampagne gegen Frauen intensiviert. Von der Behandlung weiblicher Leichname, die auf den letzten Schlachtfeldern gefunden wurden, bis zu der Art der Untersuchungen von weiblichen Studentinnen an der Universität Jaffna Anfang 2013 gibt es ein klares Muster, welches entwickelt wurde, um psychische und physische Verletzungen zu verursachen und Geburten innerhalb der tamilischen Nation zu verhindern.

1. Völkermordähnliche Taten sexuellen Missbrauchs an Frauen von Tamil Eelam seit 2009

Trotz der verbesserten Bildung bleibt die eelamtamilische Gesellschaft in ihren gesellschaftlichen Anschauungen konservativ und gebunden an veraltete Geschlechterrollen. Ihren nackten Körper, den sie vor niemandem enthüllen soll, und ihre Jungfräulichkeit für ihren Ehemann zu schützen, wird als erste Pflicht einer Frau betrachtet. Diese Geschlechterrollen nehmen keine Rücksicht auf Opfer sexueller Gewalt.

Ein Vergewaltigungsopfer zum Beispiel wird als Schande für die Familie und als untauglich für die Ehe betrachtet, da sie keine Jungfrau mehr ist. Frauen, die nackt in der Öffentlichkeit zu sehen sind, wird vorgeworfen, ihre Keuschheit verloren zu haben, selbst wenn dabei eine Waffe auf sie gerichtet war.

1.1 Erniedrigung

Intime, unangemessene und sexuell anzügliche Fragen und Zurschaustellung von Frauen, welche in einer streng patriarchalen Gesellschaft aufwuchsen, verursachen irreparable mentale Verletzungen. Solche Akte, die in der Öffentlichkeit stattfinden und häufig von Familienmitgliedern mitangesehen werden, vergrößern die Folter der Demütigung.

Ab Januar 2009 wurden alle, die aus Gebieten der LTTE kamen, in Spezialcamps, die in gerodeten Dschungelgebieten im Norden der Insel errichtet wurden, festgehalten. Während den UN und internationalen Einrichtungen der Zugang verwehrt wurde, wurden Frauen und Männer, die in keiner familiären Beziehung zueinander standen, dazu gezwungen, in Gruppen von 20 Leuten in kleinen Zelten zu leben. Toiletten und Sanitäranlagen wurden nicht bereitgestellt. Als Badestellen dienten offene Teiche inmitten des Stacheldrahtgeheges des Camps, die oft neben Polizei- oder Militärpunkten lagen. Frauen wurden in der Nähe der Badestellen regelmäßig tot aufgefunden.

Öffentliche Durchsuchungen, einschließlich Leibesvisitationen von Frauen durch männliche Soldaten und Geheimdienstoffiziere, sind Routine geworden. Am 27. November 2012 wurde beispielsweise das Mädchen-Wohnheim der Universität Jaffna von männlichen Militär- und Geheimdienstoffizieren überfallen. Mädchen wurden in der Öffentlichkeit durchsucht, ihren Eltern wurde gesagt, dass sie sich für weitere Verhöre melden sollen. Zusätzlich führt das Militär eine Datenbank mit Fotos von tamilischen Familien, einschließlich Frauen und junger Mädchen, und oft kursierten diese Fotos durch die paramilitärischen Netzwerke.

1.2 Verstümmlung

Die Verstümmlung des Körpers als Folge von Folter während der routinemäßigen Befragung von Verdächtigen ist ein übliches Verfahren auf der Insel. Man findet in der ganzen tamilischen Heimat sowohl Männer als auch Frauen mit Genitalverstümmlung als Folge von Folter. Tamil-Eelam-Frauen werden gezielt entstellt, damit sie kein normales Leben führen können. Ende 2011 tauchten die »grease devils« in der tamilischen Heimat auf. Bei den »grease devils« handelt es sich um Männer, die im Alleingang und überzogen mit Schmierfett in der Nacht in militärisch kontrollierten Dörfern auftauchten.

Die Aktivitäten der »grease devils« beschränkten sich auf sexuelle Übergriffe und die willkürliche Brustverstümmlung von tamilischen Frauen. Die Häuser wurden nur selten ausgeraubt. Gelegentlich, wenn der Hausbesitzer Alarm schlug, wurden die »devils« von den Dorfbewohnern in Militärlager verjagt.

Viele Frauen, die in den bewaffneten Auseinandersetzungen der letzten Monate verletzt wurden, wurden in militärisch kontrollierten Krankenhäusern aufgenommen, nicht erreichbar für die Medien oder andere unabhängige Personen. Im direkten Auftrag der srilankischen Militärverwaltungen wurden unnötige Operationen durchgeführt, um die Frauen dauerhaft zu entstellen. In vielen Fällen, insbesondere bei Frauen, wurden notwendige operative und medizinische Eingriffe verweigert bis sich ihr Gesundheitszustand so verschlechterte, dass Körperteile amputiert werden mussten.

1.3 Vergewaltigung

Mehrere Videoaufnahmen aus den letzten Tagen des bewaffneten Konfliktes und unmittelbar danach zeigen, dass Frauen, die gefangen genommen wurden, Opfer von abstoßendem sexuellen Missbrauch und Massenvergewaltigungen wurden und dann erschossen wurden. Viele dieser Videos wurden von srilankischen Soldaten aufgenommen. Viele Frauen wurden vergewaltigt und geschwängert, wenn sie in militärisch besetzte Gebiete kamen und während sie in Camps festgehalten wurden. Familien berichteten immer wieder, dass unverheiratete Frauen schwanger aus den Lagern zurückkehrten. Vergewaltigungen von Frauen in militärisch besetzten Gebieten, vor allem aber auch in den eigenen vier Wänden, sind weit verbreitet. Im Januar 2013 wird beispielsweise von zwei Fällen berichtet: Der erste Fall berichtet über ein vierjähriges Kind, welches in der Nähe eines militärischen Checkpoints vergewaltigt und danach zurückgelassen wurde, der andere Fall berichtet von einer 27-jährigen, psychisch instabilen, tamilischen Frau, die vergewaltigt in einem Brunnen in der Nähe eines Militärcamps gefunden wurde.[1]

1 Der britische Fernsehsender »Channel 4« veröffentlichte in seiner Dokumentationsreihe »Sri Lanka's Killing Fields: War crimes unpunished« grauenvolle Szenen, in denen singhalesische Soldaten nackte Frauenleichen mit Beleidigungen beschimpften und auf schlimmste Art und Weise zur Schau stellten.

1.4 Zwangsweise Geburtenkontrolle

Trotz der geringen Bevölkerungsdichte des tamilischen Heimatlandes im Vergleich zum Rest der Insel und des langsamen Bevölkerungswachstums in der Region werden viele eelamtamilische Frauen zu Maßnahmen einer dauerhaften Geburtenkontrolle in Krankenhäusern gezwungen, welche unter strenger Kontrolle der srilankischen Regierungsbehörden stehen. Frauen, die ihr erstes oder zweites Kind gebären, werden dazu gezwungen sich sterilisieren zu lassen.

2. Genozidale Handlungen sexuellen Missbrauchs gegen weibliche Ex-Kader der LTTE

Während die LTTE in erster Linie einen Kampf für das Recht auf Abspaltung vom modernen Staat Sri Lanka führten, setzten sie sich auch für eine soziale Revolution in der Gesellschaft von Tamil Eelam ein. Dabei waren Frauen in allen Bereichen der LTTE-Aktivitäten beteiligt, sowohl in den höchsten Stellen der zivilen Verwaltung als auch an der Front, immer gleichberechtigt mit ihren männlichen Genossen. Viele Männer und Frauen traten den LTTE bei, nachdem sie Opfer oder Zeuge srilankischer Völkermordhandlungen wurden. Weil ihre Organisation die Perspektive einer sozialen Revolution hat, waren männliche und weibliche Kader zu einem Leben in der Normalität befähigt, sogar nach der Erniedrigung, Körperverletzung und Vergewaltigung. Von vielen weiblichen Ex-Kadern, die Gliedmaßen verloren oder erhebliche sichtbare Wunden erlitten hatten, ist bekannt, dass sie männliche Kader geheiratet und Kinder bekommen haben. Seit 2009 wurden die Unterwerfung und der Missbrauch von weiblichen Ex-LTTE-Kadern auf alle Frauen Tamil Eelams ausgeweitet. Von der Minute an, in der sie das von den LTTE verwaltete Gebiet verließen, wurden sie in speziellen Lagern interniert. Weit weg von zivilen Siedlungen und für mehrere Jahre wurden sie nur in so genannte »Gastfamilien« entlassen, werden zu regelmäßigen Verhören gerufen und es wird ihnen verboten, in Kontakt mit anderen Ex-LTTE-Kadern zu treten.

2.1 Zwangsschwangerschaft

Mehrere Ex-Kader der LTTE wurden systematisch vergewaltigt, während sie in speziellen Lagern interniert waren. Der Missbrauch war keine Foltermethode, die der Informationsgewinnung diente: Die Opfer wurden nicht befragt. Viele wurden nach dem Missbrauch ermordet. Die meisten Opfer wurden im späten Stadium der Schwangerschaft aus den Lagern entlassen. Alle Ex-LTTE-Kader, die aus der Internierung entlassen werden, müssen sich routinemäßig bei speziellen Verhörzentren melden. Die meisten der ehemaligen weiblichen Kader werden von führenden Geheimdienstlern vergewaltigt. Ihre Schwangerschaft wird sichergestellt und die Möglichkeiten von medizinischen Abtreibungen werden ihnen verwehrt. Im Distrikt Jaffna gab es nach 2009 einen Anstieg von Geburten und von ausgesetzten Babys. Dies sind Kinder, die nach

dem Mai 2009 gezeugt wurden. Es wird berichtet, dass hochschwangere Ex-LTTE-Kader Selbstmord begangen haben oder Abtreibungen zu Hause vorgenommen haben und danach ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

2.2 Vereinzelung

Weibliche Ex-Kader sind entweder in Sonderlagern interniert oder werden in Häusern sogenannter »hosts« faktisch isoliert. »Hosts« sind registrierte Familien, oft nahe Verwandte der Betroffenen, die zugestimmt haben, Verantwortung für die freigelassenen Ex-Kader zu übernehmen. Sie versprechen dafür zu sorgen, dass sie zu den Routineverhören gehen und die Ex-Kader von Männern zu isolieren. 2012 wurden dutzende von Frauen, die meisten von ihnen Ex-Kader, im Namen der Umsetzung der »konstruktiven Empfehlungen« der Erkenntnis- und Versöhnungsorganisationen des srilankischen Präsidenten von der srilankischen Armee zwangsrekrutiert und so zur Isolation verurteilt. Viele wurden später mit psychischen Traumata ins Krankenhaus gebracht. Staatliche Medien berichteten, dass diese neuen Rekrutinnen von Dämonen besessen seien.

2.3 Zwangssterilisation

Die Mehrheit der verheirateten Ex-LTTE-Kader wurden unmittelbar nach ihrer Auslieferung an das srilankische Militär im Jahre 2009 gegen ihren Willen massenhaft im Vavuniya-Krankenhaus und in geheimen Haftanstalten sterilisiert. Nach 2009 wurden ahnungslose tamilische Zivilisten ohne ihre Zustimmung zur Sterilisation gezwungen. Ahnungslose Frauen, die verdächtigt wurden, mit den LTTE in Verbindung zu stehen, wurden zu Abtreibungen gezwungen. Die Kinder von Frauen, die unmittelbar nach ihrer Kapitulation entbunden hatten, wurden den Müttern gegen ihren Willen weggenommen.

Das zweite Thema, über das ich berichten möchte, sind die Tamil-Eelam-Frauen.

Die meisten Touristen denken, dass Sri Lanka eine Insel mit idyllischen Plätzen, Resorts, heiligen Tempeln und herzlichen Menschen ist. Im Jahr 2014 besuchten 1,5 Millionen Touristen Sri Lanka und jedes Jahr erhöht sich die Anzahl.

In Sri Lanka gibt es jetzt eine neue Regierung unter dem Präsidenten Maithripala Sirisena. Noch heute gibt es gemäß den Berechnungen des Ostministeriums für Frauen ungefähr 86 000 Kriegswitwen, jung und alt, und alle sind tamilische Frauen. Sie alle kämpfen um ihr Überleben. Die meisten tamilischen Witwen leben im nördlichen Sri Lanka.

Eine Witwe namens Vijayalakshmi Masilamani sagt: »Das Leben ist jetzt härter als zu Zeiten des Krieges. Während des Krieges halfen sich die Menschen untereinander. Jetzt ist es hart, weil wir größtenteils nur Frauen sind. Und jede ist bedürftig.« Vijayalakshmi muss arbeiten, um mit ihren zwei Kindern zu überleben. Sie zum Beispiel sortiert Fisch in verschiedene Größen. Sie bekommt nur zwei Dollar und etwas Fisch, weit entfernt von einer sicheren Beschäftigung. An Tagen, an denen sie, wegen schlechten Wetters oder anderer Probleme, nicht arbeiten kann, muss sie sich Geld von anderen leihen, um die Schulgebühren für ihre zwei Töchter zu bezahlen. Somit ist sie gezwungen, einen weiteren Nebenjob zu haben. So hat Vijayalakshmi ein Lebensmittelgeschäft eröffnet. Sie findet, dass es besser gewesen wäre, wenn sie im Krieg umgekommen wäre. Könnt Ihr die Emotionen und Gedanken nachempfinden, die man beim Kampf ums Überleben hat? Nicht nur sie fühlt solches, jede tamilische Witwe erfährt dies.

> Der systematische und gut geplante sexuelle Missbrauch von Tamil-Eelam-Frauen in ihrer Gesamtheit zeigt, dass es Planung auf Staatsebene gibt, die zum Ziel hat, physischen und mentalen Schaden zu verursachen und besonders die Geburten innerhalb der ethnischen Gruppe der Eelam Tamilen zu verhindern.

Das nächste Beispiel erzählt die Geschichte von Shyla Ithayaraj, die das »Tharaka-Witwenzentrum« leitet. Dieses Zentrum wird von Witwen geführt, die anderen Witwen helfen, indem sie Kochkurse geben und ihnen zeigen, wie sie bei der Haushaltsführung Geld sparen können. Jede Witwe steuert etwas von dem Geld bei, das sie verdient. So kann das Tharaka-Zentrum bei familiären Notfällen rechtzeitig kleine Darlehen geben. »Sehr schwierig«, sagt Shyla, »viele Männer sagen: Lebe ehrenvoll, bleib zuhause und so weiter. Die Herausforderungen, mit denen die tamilischen Witwen im Osten und Norden konfrontiert sind, unterscheiden sich von denen der Singhalesen.«

Eine ihrer Aufgaben sind Hausbesuche, bei denen sie sich die Probleme der Frauen anhört. Ein Bericht ist über eine Frau, die selbst Witwe ist. Auch ihre Mutter und ihre älteste Tochter sind Witwen. Sie wollte, dass ihre jüngste Tochter heiratet. Aber niemand stellt sich als Bräutigam vor wegen des familiären »Pechs«.

Eine weitere Witwe ist Maheshwari Sivalingam. Sie erzählt, dass tamilische Witwen in Flüchtlingscamps evakuiert wurden. Es gab keine medizinische oder psychologische Hilfe für verletzte Frauen. Menschen sind gestorben. Sie haben nicht nur

finanzielle Probleme, sondern leiden auch unter Depressionen. Viele Witwen sind nicht mehr in der Lage, Geld zu verdienen, da sie, wie Maheshwari, Körperteile verloren haben und nun körperlich behindert sind. In den Fällen, in denen diese Frauen noch ein eigenes Haus besitzen, wurde es ihnen weggenommen mit der Begründung, sie bräuchten diesen Raum nicht mehr und sie wurden so dazu gezwungen umzusiedeln. Die Regierung gab ihnen dafür eine monatliche Unterstützung von zwei Dollar.

Shanty Sachithanantham, eine Frauenrechtsaktivistin, die insbesondere die Witwen unterstützt, erwähnt, dass tamilische Frauenrechtsorganisationen in Sri Lanka nicht unabhängig arbeiten können. Sie ärgert sich sehr über die Tatsache, dass sich die Regierung und die Armee in Treffen der Witwen einmischen. Folglich können keine ehrlichen und offenherzigen Gespräche entstehen. Die Regierung lehnt bewusst Beratungen ab, verbessert aber die Infrastruktur der Insel, um nach außen keinen falschen Eindruck zu erwecken.

Der systematische und gut geplante sexuelle Missbrauch von Tamil-Eelam-Frauen in ihrer Gesamtheit zeigt, dass es Planung auf Staatsebene gibt, die zum Ziel hat, physischen und mentalen Schaden zu verursachen und besonders die Geburten innerhalb der ethnischen Gruppe der Eelam Tamilen zu verhindern. Die Muster und die Art der Missbräuche machen klar, dass die Planer die Schwächen der Nation von Eelam-Tamil, besonders ihre Einstellungen gegenüber sexueller Gewalt, genau studiert haben und die tamilischen Frauen demütigen, verstümmeln und vergewaltigen, um sicherzustellen, dass sie Selbstmord begehen oder ein Leben in Isolation wählen, ohne eine eigene Familie zu gründen und Kinder zu bekommen. Die mutwillige, öffentliche Zurschaustellung und die sexualisierten, öffentlichen Verhöre von Frauen im gebärfähigen Alter ohne begründeten Verdacht auf eine Beteiligung an politischen Aktivitäten weisen darauf hin, dass es hier um die reine Demütigung und nicht um Informationsgewinnung geht. Die Überfälle der »grease devils« waren außergewöhnlich, da sie nicht mit Raub verbunden waren. Ihre einzige Absicht war, die Genitalien von tamilischen Frauen zu verstümmeln und die öffentliche Meinung dahingehend zu bestärken, dass diese Frauen Opfer von Vergewaltigungen geworden sind. Die Tatsache, dass kein Einziger der »grease devils« bestraft worden ist, nachdem sie in Armeelager gejagt wurden, ist der stärkste Beweis für eine Beteiligung des Staates. Die Auswahl der weiblichen Ex-LTTE-Kader für weitere Missbräuche belegt die tiefe Analyse der eelamtamilischen Gesellschaft und die Komplexität der Planung auf sehr hoher Ebene der srilankischen Verwaltung. Die Tatsache, dass die meisten Ex-LTTE-Kader nach den Vergewaltigungen nicht ermordet, aber dann geschwängert werden und erst nachdem Abtreibungen nicht mehr möglich sind, freigelassen werden, zeigt die Absicht der Vergewaltiger. Sie sollen dafür sorgen, dass die politisch aktivste und sozial emanzipierteste Gruppe tamilischer Frauen Kinder von singhalesischen Soldaten zur Welt bringen soll. Die wiederholte Schwängerung von Kadern und die anschließende Unterbringung in sogenannten »Gastfamilien« folgt dem Muster des Sicherstellens, dass Ex-Kader nur Kinder von Soldaten zur Welt bringen sollen. Die Isolierung von weiblichen und männlichen Ex-Kadern und die Beseitigung ihrer Kinder zeigt eine weitere Besessenheit von der Absicht, Geburten in Teilen der Bevölkerung, die dem tamilischen Befreiungskampf verbunden sind, insgesamt zu verhindern. Statt die sozioökonomischen Herausforderungen unmittelbar nach dem bewaffneten Konflikt zu erleichtern, sind Besatzungs- und Regierungskräfte aktiv daran beteiligt, besonders verwundbare Frauen auszubeuten und weiter zu missbrauchen.

Unsere Forderungen an die internationale Gemeinschaft sind:

– Erkennen Sie an, dass der einem erkennbaren Muster folgende sexuelle Missbrauch von eelamtamilischen Frauen in genozidaler Absicht begangen wurde.

– Ergreifen Sie sofortige Maßnahmen zur Beendigung der anhaltenden Militarisierung des tamilischen Heimatlandes, welche die sexuelle Gewalt verschlimmert, und drängen Sie auf den Abzug der zahlreichen srilankischen Kräfte, die bereits das tamilische Heimatland besetzen.

– Stellen Sie sicher, dass allen Tamilen, die in Internierungslagern und speziellen Geheimlagern festgehalten werden, sofortiger Zugang zu internationalen Organisationen ermöglicht wird und sie entlassen werden, damit sie schnellstmöglich ein normales Leben führen können.

– Initiieren Sie eine unabhängige internationale Untersuchung des Genozids an den Eelam-Tamilen auf der Insel, um so die Täter dieses Verbrechens vor Gericht zu bringen.

– Führen Sie ein von der UN unterstütztes Referendum durch, das die politischen Bestrebungen der Eelam Tamilen -sowohl in der Heimat als auch in der Diaspora- ermittelt, mit einem freien und souveränen Staat als ausdrücklicher Option, da es *[Anm. das Referendum]* das demokratische Instrument für eine dauerhafte Lösung des Konfliktes der Insel ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! ♦

Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V.
http://www.vetd.org/
https://www.facebook.com/VolksratDerEelamTamilen

Die Ökologiebewegung Mesopotamiens formiert sich neu

Wandel des ökologischen Bewusstseins stärken!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf, August 2015

Die 2011 entstandene »Ökologiebewegung Mesopotamiens« befindet sich seit Anfang 2015 in einem wichtigen Umstrukturierungsprozess. Mit einer neuen Struktur und einem höheren politischen Anspruch engagieren sich immer mehr Menschen für eine ökologischere Gesellschaft, wodurch eine neue Dynamik freigesetzt wird, die sich kurz- und langfristig positiv auf Nordkurdistan auswirken wird.

Beginn der Bewegung und erste Struktur

Anfang 2011 begann auf dem Ökologieforum (organisiert durch das Mesopotamische Sozialforum MSF) in Amed (Diyarbakır) die Diskussion darüber, wie die Initiativen, Vereine und weiteren sozialen Bewegungen aus Nordkurdistan, die gegen ökologisch-soziale Zerstörungen durch neoliberale Investitionsprojekte arbeiteten, eine gemeinsame Struktur bzw. Bewegung bilden können. In den Jahren zuvor waren in einigen Provinzen Nordkurdistans mehrere Initiativen und Vereine entstanden, die sich gegen zerstörerische Talsperren, Ausleitungs-(Wasser-)Kraftwerke, Bergbauprojekte, Kohlekraftwerke, Zementabbau usw. zu engagieren begannen. Bekannt waren zu diesem Zeitpunkt vor allem die seit 1999 andauernden Kampagnen und Proteste gegen den Ilısu-Staudamm und die Talsperren in Dersim (Tunceli), aber auch neue Proteste wie die gegen den gigantischen Zementabbau in Bazarcix/Gurgum (Pazarcık/Maraş), den Betrieb eines gesundheitsschädlichen Kohlekraftwerks in Silopi/Şirnex (Silopi/Şırnak) oder unsoziale Urbanisierungsentwicklungen gelangten an die regionale Öffentlichkeit. Neben diesen sozialen Bewegungen in Form von Initiativen gab es einige klassische Umweltvereine in Städten wie Êlih (Batman), Qoser (Kızıltepe), Wan (Van) und Amed, die gegen verschiedene problematische Zustände und Entwicklungen Aufklärungsarbeit leisteten und Aktivitäten durchführten – wenn auch auf niedrigem Niveau.



Es dauerte allerdings bis zum 2. Mesopotamischen Sozialforum in Amed im September 2011, um endlich eine funktionierende Struktur anzugehen. Dies lag u. a. daran, dass die meisten Initiativen und Vereine in Nordkurdistan zumeist schwache Strukturen und geringe Kapazitäten hatten, die ökologische Sichtweise in der Gesellschaft kaum ausgeprägt war und bis dato keine Erfahrungen mit dem Zusammenbringen von sozialen Bewegungen und Vereinen/NGOs bestanden.

In den anschließenden ein bis zwei Jahren wurde eine Struktur aufgebaut, die zunächst eher als Netzwerk denn als Bewegung zu bezeichnen war. Tragend waren für diese auf einem unteren Niveau funktionierende Koordination eine Handvoll AktivistInnen aus Amed. Insgesamt elf Initiativen und Vereine trafen sich regelmäßig – wenn auch nicht oft –, um sich abzustimmen und gemeinsame Aktivitäten, Kampagnen und Stellungnahmen vorzubereiten. Die hundertprozentig auf Ehrenamtlichkeit basierende Struktur konnte von Zeit zu Zeit mit einigen Themen die regionale Öffentlichkeit erreichen. Die türkeiweiten Mainstream-Medien nahmen die Ökologiebewegung Mesopotamiens (*Mezopotamya Ekoloji Hareket* MEH) erwartungsgemäß nicht wahr, nur einige linke Medien berichteten in wenigen Fällen von Aktivitäten.[1] Insgesamt fanden wenige gemeinsame Aktionen statt, gemeinsame Stellungnahmen wurden viel mehr verbreitet. Die wenigen Aktionen bezogen sich auf den Ilısu-Staudamm, die Probebohrungen für geplantes Fracking und die abzulehnenden Bauprojekte in Amed. Die

1 Dabei ist erstens zu beachten, dass die MEH nicht die Kapazitäten für eine professionelle PR-Arbeit hatte, die oft notwendig ist, um von den Mainstream-Medien manchmal genannt zu werden. Zweitens spielt deren Nationalismus eine wichtige Rolle.

MEH reagierte in fast allen Fällen auf neue Zerstörungen oder die Ansage bzw. den Beginn eines Investitionsprojektes. Ab 2013 konnte die MEH ihre Aktivitäten etwas intensivieren, was durch die Aussetzung des Krieges in Nordkurdistan mit einem de facto beidseitigen Waffenstillstand begünstigt wurde. So wurden Informationen zu diversen zerstörerischen oder ausbeuterischen Investitionsprojekten gesammelt und untereinander ausgetauscht, Artikel verfasst, gegen neue Formen von Investitionsprojekten (wie Fracking, Forstwirtschaft, Talsperren aus rein militärischen Gründen) Aktionen durchgeführt und die Themenpalette wurde erweitert (z. B. zu Saatgut in der Landwirtschaft, Wäldern, Gentrifizierung).

Die Jahre zwischen 2011 und 2014 waren in den einzelnen Provinzen davon geprägt, dass entweder mehrere Gruppen (Initiativen und Vereine) und AktivistInnen meistens parallel und selten zusammen oder eine Gruppe bzw. AktivistInnen vereinzelt arbeiteten. Im ersteren Fall waren die schwachen Kräfte zersplittert und nicht selten arbeiteten zwei bis drei Gruppen am selben Thema (beste Beispiele: Dersim und Êlih) unabhängig voneinander. Im zweiten Fall schafften es die wenigen AktivistInnen selten, breitere Teile der Gesellschaft für ein Thema zu mobilisieren, und sie blieben marginal. Die politischen Strukturen in den Provinzen, die auch unter dem Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) organisiert waren, hatten auf lokaler Ebene noch vor etwa zehn, fünfzehn Jahren oft fast kein Bewusstsein für den Erhalt der Natur, die trotz ihrer Lobpreisung auch als auszubeutendes Element gesehen wurde, was Arbeitsplätze schafft. Da half auch der theoretische Ansatz der kurdischen Freiheitsbewegung kaum. Je größer eine Stadt war, desto mehr gab es jedoch Menschen, die jede Investition und Lebensweise kritisch betrachteten.

Außer diesen Beispielen für die Grenzen der Aktivitäten gab es auch einige wenige Provinzen oder Bezirke, wo es trotz ökologischer Zerstörung keinen Protest gab. Dabei handelte es sich in der Regel um besonders konservative, ländliche und/oder wirtschaftlich schwache Gebiete.

Die MEH wurde nach ihrem Aufbau ab 2012 im Demokratischen Gesellschaftsrat (DTK-KCD) – dem Überbau aller politischen Strukturen der Freiheitsbewegung in Nordkurdistan – mit Delegierten repräsentiert. Aufgrund der Neuinitiierung und schwachen Ausprägung war sie im Vergleich zu den anderen Bewegungen (Frauen, Jugend, Sprache etc.) in einem viel geringeren Maße vertreten. Über die Zahl hinaus waren Themen mit einem deutlich ökologischen Bezug in diesen Jahren selten ein Thema in der Generalversammlung des DTK, obwohl das Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung eine »demokratische, geschlechterbefreite und ökologische Gesellschaft« vorsieht. Die Einrichtung einer Ökologiekommission innerhalb des DTK im Jahre 2013 änderte daran auch nicht viel. Die größte Ursache ist vor allem in der MEH selbst zu sehen, die es nicht wirklich verstand, zerstörerisch-ausbeuterische Investitionsprojekte für andere politische AktivistInnen und breite Teile der Bevölkerung verständlich in Beziehung zur Sozialstruktur, Politik, Kultur und Wirtschaft von Kurdistan zu setzen. In der kurdischen Freiheitsbewegung wurde nicht energisch für die eigenen Ziele gekämpft und geeignete Mittel wurden nicht gefunden. Nichtsdestotrotz hat die MEH – genauer gesagt: die geführten Kämpfe und Diskussionen – in diesen Jahren zu einem nicht unbedeutenden Wandel des ökologischen Bewusstseins beigetragen.

Neustrukturierung der Ökologiebewegung

Trotz eines breiteren Ansatzes und einer Vertiefung der Diskussionen in den Jahren 2013 und 2014 in der Ökologiebewegung Mesopotamiens selbst und der Öffentlichkeit Nordkurdistans und des gestiegenen ökologischen Bewusstseins konnte die politische Praxis der Initiativen, Vereine und der MEH dem nicht gerecht werden. Um aus dem stets wahrnehmbaren Dilemma herauszukommen, wurde ab Herbst 2014 eine neue umfangreiche Diskussion begonnen. Diese hatte zum Ziel, die MEH gesellschaftlich breiter aufzustellen und einen höheren politischen Wirkungsgrad zu erzielen.

Diese Diskussion beinhaltete auch die Ziele der MEH, die neu behandelt, aktualisiert und konkretisiert werden sollten. Die formulierten Ziele forderten zunächst generell eine »ökologischere Gesellschaft«, welche die Rechte der Natur respektiert und die kapitalistische Verwertungslogik ablehnt. Eine detailliertere Beschreibung war fehl am Platz. Das wurde in der letzten Diskussion teilweise nachgeholt. So sollte die materielle und Dienstleistungsproduktion am grundsätzlichen Bedarf ausgerichtet werden, dementsprechend der Konsum geregelt, die Wachstumsforderung offener hinterfragt, einer ökologisch-nichtindustriellen Landwirtschaft größerer Wert beigemessen und anerkannt werden, dass prinzipiell der Verbrauch von Energie und Materie erheblich reduziert werden müsse. Die antikapitalistische Betonung wurde verstärkt. Um diese Ziele zu verfolgen, wird die türkische Regierung zweifellos weiterhin gefordert, aber auch die Kommunalverwaltungen werden mehr denn je in die Verantwortung genommen. Letzteres ist sogar wichtiger, um Alternativen auf lokaler Ebene umzusetzen. Deshalb möchte die MEH die ihr nahestehenden Kommunalverwaltungen, insbesondere die von der Demokratischen Partei der Völker (HDP) regierten, einerseits dazu bringen, mit ihr gemeinsam gegen destruktiv-ausbeuterische Investitionsprojekte vorzugehen. Denn in der Vergangenheit waren HDP-Kommunalverwaltungen in nicht wenigen Fällen zu unkritisch und unterstützten einige Projekte der Zentralregierung, weil sie einfach kritiklos annahmen, dass Investitio-

nen Arbeitsplätze schaffen. Andererseits ging es darum, in den Orten alternative Projekte umzusetzen, wozu es in manchen Fällen der Kommunalverwaltungen bedarf.

Das Ergebnis der mehrmonatigen Diskussion führte zu einer deutlichen Neustrukturierung der Ökologiebewegung. Im Januar 2015 wurde unter Einbeziehung aller Initiativen und Vereine der MEH und weiterer Neuinteressierter endlich konkret etwas ausgearbeitet, das sogleich umgesetzt werden sollte. Im Zentrum stehen demnach die Ökologieräte (Meclîsa Ekolojî), die in jeder Provinz sehr breit aufgestellt werden sollen. In ihnen sollen alle bisherigen und neuen Initiativen und Vereine, EinzelaktivistInnen, aber auch Berufsorganisationen, Kommunalverwaltungen und die Volksräte des DTK in den Stadtteilen der Städte und den ländlichen Gebieten mitmachen. Mit dieser Vertretung ist beabsichtigt, möglichst jede gesellschaftliche Dynamik einzubinden und etwas aufzubauen, was kurz- und mittelfristig die Gesellschaft ökologischer – und damit auch sozial gerechter und demokratischer – gestalten soll.

Die Ökologieräte der Provinzen sollen, wenn sie weitgehend in den Provinzen Nordkurdistans etabliert sind, in insgesamt fünf Regionen zusammenkommen. Das sind Botan, Serhat, Amed, Dersim, Euphrat. Schließlich soll die MEH auf Nordkurdistan-Ebene mit Delegierten organisiert werden. Diese Struktur ist derjenigen des DTK angepasst. Die meisten Kommissionen bzw. Bestandteile sind auf diesen drei Ebenen organisiert. Mit dieser neuen Struktur soll die MEH viel stärker als sonst im DTK vertreten werden. Außerdem wird jeder provinzielle Ökologierat ein bis zwei Delegierte in die Ökologiekommission des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) entsenden. Der HDK ist der türkeiweite Überbau der direktdemokratischen Strukturen, damit auch der HDP.

Die Neustrukturierung der MEH begann konkret am 28. Februar 2015 mit der Gründung des Ökologierates der Provinz Amed. Auf diesem Plenum, zu dem alle interessierten Menschen und Gruppen in der Provinz Amed eingeladen waren, diskutierten die TeilnehmerInnen die Ziele und bildeten anschließend eine Koordination, in der jeder interessierte Mensch aktiv sein kann. Niemand wird hineingewählt, nur bei Einspruch einer Mehrheit ist ein Mitmachen verwehrt. So kamen insgesamt 29 Personen in die Koordination des Ökologierates von Amed, die auf ihrer ersten Sitzung zwei KosprecherInnen für die Dauer von drei Monaten wählte. Dann fand nämlich das nächste Plenum statt, auf dem die Koordination auf 40 Personen erweitert wurde. Die Koordination ist das Element, das den Ökologierat in einer Provinz am Leben erhält. Er trifft sich nach Bedarf und bildet Kommissionen nach Bedarf. Der Ökologierat von Amed hatte und hat eine Vorbildfunktion für den Aufbau der Ökologieräte in den anderen Provinzen.

Bis heute sind nach mehrmonatigen Bemühungen in vier Provinzen Ökologieräte aufgebaut worden: Amed, Dersim, Êlih und Wan. In mehr als zehn Provinzen bereiten Freiwilligenkommissionen jeweils den Aufbau eines Ökologierates vor. In Amed entstand nach mehreren Monaten politischer Arbeit das Bedürfnis nach Ökologieräten auch in den einzelnen Bezirken der Provinz. Diese könnten die Probleme und Alternativen in ihren Bezirken besser thematisieren. Denn der Ökologierat von Amed ist sehr auf die Provinzhauptstadt und einzelne Großprojekte in der Provinz konzentriert, und es hat sich als schwierig herausgestellt, dass Personen aus den Bezirksstädten regelmäßig an den Versammlungen der Koordination teilnehmen können.

Die vier ins Leben gerufenen Ökologieräte und die Vorbereitungskommissionen in den anderen Provinzen Nordkurdistans haben schon eine Koordination gebildet und treffen sich regelmäßig. Hier werden Probleme aus den diversen Provinzen gemeinsam diskutiert und auch Vorschläge für Perspektiven herausgearbeitet.

Herausforderungen der neuen Ökologiebewegung

Mit der neuen Struktur der MEH gibt es eine Reihe von zu bewältigenden Herausforderungen. Einige waren vorhersehbar, anderer waren die AktivistInnen sich kaum bewusst. Doch ist auch der Weg eröffnet worden, mit dieser weltweit einzigartigen Struktur eine neue Dynamik entfalten zu lassen und eine starke ökologische Bewegung in Nordkurdistan aufzubauen.

Die anvisierte Einbindung von Kommunalverwaltungen in die Ökologieräte der Provinzen ist die erste große Herausforderung, da bis 2015 die MEH nur aus Initiativen und Vereinen – sprich sozialen Bewegungen – bestand und nun Kreise mit dabei sein sollen, die auf kommunaler Ebene regieren. Zwar sind ihnen durch Gesetze und Sachzwänge der Zentralregierung enge Grenzen gesetzt, doch haben sie eine gewisse Verantwortung in ihrem Handeln und gewissen Spielraum auf kommunaler Ebene. Bedenken wir, dass sich in den vergangenen Jahren in einigen Fällen die Kritik der MEH-AktivistInnen auch gegen die Kommunalverwaltungen gerichtet hatte. Während die VertreterInnen der Kommunalverwaltungen selten von höheren Ansprüchen geleitet sind, ist dies bei den anderen AkteurInnen in der MEH deutlich eher der Fall.

International gesehen gibt es weltweit viele soziale Bewegungen und zivile Netzwerke, die gegen destruktiv-ausbeuterische Investitionsprojekte ankämpfen. Doch sind den AktivistInnen in Kurdistan keine Strukturen bekannt, die den ihren ähneln. Entweder führen weltweit einzelne – evtl. große – soziale Bewegungen oder staatsweite Netzwerke bzw. Bündnisse Kampa-

gnen gegen einzelne/mehrere Investitionsprojekte oder gegen ein bestimmtes Gesetz oder mehrere. Manche der sozialen Bewegungen gehen manchmal Bündnisse mit einzelnen Kommunalverwaltungen ein, die von den kritisierten Projekten betroffen sind. Aber ein systematisches Einbinden von Kommunalverwaltungen in soziale Bewegungen ist nicht der Normalfall. Ebenso bestehen selten Strukturen wie die Ökologieräte in Nordkurdistan, in denen alle ÖkoaktivistInnen aus einer gewissen Region zusammenarbeiten. Weil Nordkurdistan einen gesonderten Weg geht, gibt es keine Erfahrungen, auf welche die MEH zurückgreifen kann.

Wenn sie sich tatsächlich in allen Provinzen organisiert und eine große Anzahl von Menschen aktiv wird, stellt sich die Frage nach der Organisierung und Entscheidungsfindung. Ob dann die mittlere Ebene der MEH-Struktur eine Lösung werden kann, muss gesehen werden. Es mag andere Wege geben. Wichtiger wäre es, in den einzelnen Bezirken Räte zu schaffen, um so Menschen in den ländlichen Gebieten und kleinen Orten in die Aktivitäten einzubinden.



Mitglied der *Mezopotamya Ekoloji Hareketi MEH* in den durch Brände zerstörten Waldgebieten von Botan/Nordkurdistan. Foto: DIHA

Für eine Reihe von Gruppen, die zu ökologischen Themen arbeiten und in der MEH mitmachen, stellt sich die Frage nach ihrem eigenen Wiedererkennungswert, d. h. ob und wie sie selbst als Gruppe weiter agieren. Der Ökologierat von Amed bzw. die MEH fordert natürlich keine Gruppe auf, die spezifischen Aktivitäten nur noch im Namen der MEH zu führen. Doch hat die Gründung der Ökologieräte dazu geführt, dass sehr viele Proteste und Kampagnen im Namen des jeweiligen Ökologierates der MEH organisiert werden. Vor allem diejenigen Einzelpersonen, die mit der Gründung der Ökologieräte aktiv wurden, denken nicht an die eigene Gruppe, weil sie zuvor einfach keine hatten. Bei den organisierten Gruppen hat es teilweise dazu geführt, dass weniger eigene Aktivitäten stattfinden. Aber es gibt auch Gruppen, die ihre eigenen Aktivitäten durchführen; teilweise zusammen mit dem Namen der MEH. Letzteres ist insbesondere in Amed und Êlih der Fall. Die meisten Gruppen diskutieren diesen Aspekt nach wie vor und weitere Monate der Praxis können erst zu mehr Ergebnissen führen.

Die Stärken der MEH sind vielfältig. Die in den Provinzen gebildeten Koordinationen der Ökologieräte sind breit gefächert und offen für alle ökologisch engagierten Menschen, weshalb sie viele einbinden konnten. Die zweite Stärke sind die im Konsens getroffenen Entscheidungen. Dass manchmal viele lange Diskussionen stattfinden, ändert nichts an der bisher gut funktionierenden Weise. In der kurdischen Freiheitsbewegung ist die Konsensentscheidung relativ neu und in der MEH gab es sie so bisher nicht; zurzeit sammelt die politische Selbstorganisierung der ÖkoaktivistInnen damit besondere und richtungweisende Erfahrungen. Der ebenfalls schnelle Wechsel der KosprecherInnen in jedem Ökologierat führt teilweise dazu, dass die politische Arbeit nicht auf wenigen Schultern lastet und relativ viele AktivistInnen Verantwortung übernehmen.

Ein weiterer wichtiger Anspruch der MEH ist die Anbindung an die existierenden Volksräte – des DTK-Systems – in den verschiedenen Stadtteilen und kleinen Orten. Diese werden eingeladen mitzumachen, indes bisher die meisten Versammlungen der Koordinationen in den Zentren der Volksräte auf Stadtteilebene stattfanden. So wird eine größere Sensibilität der AktivistInnen für die Probleme der Stadtteile aus ökologischer Sicht geschaffen; genauso können die AktivistInnen der Stadtteilräte mit dem Terminus Ökologie und dem daraus folgenden Anspruch etwas anfangen.

Schließlich ist überaus wichtig, dass die Gesellschaft Nordkurdistans die MEH mit der Gründung der Ökologieräte seriöser nimmt und die MEH ihre Themen und Forderungen über den DTK besser in die bestehenden politischen Strukturen einbringen kann. Die in den letzten fünfzehn Jahren durchgeführten Aktivitäten diverser Gruppen (vor allem gegen Talsperren) waren natürlich die Vorbedingung dafür, dass beim erheblich politisierten Teil der Gesellschaft der ökologische Anspruch konkret mit Inhalt gefüllt werden konnte. Die jetzige Neustrukturierung der MEH ist Ausdruck der Vertiefung der Diskussionen über die zerstörerisch-ausbeuterischen Investitionsprojekte und über eine ökologischere Gesellschaft. ♦

Die Bundesrepublik Deutschland hält unvermindert an der Strafverfolgung kurdischer, linker und revolutionärer Organisationen aus der Türkei fest

Vorreiterrolle der BRD-Justiz in Europa bei der Kriminalisierung fortschrittlicher Organisationen

Frank Jasenski, Rechtsanwalt

Mitte April 2015 wurden in einer europaweit koordinierten Aktion auf der Grundlage von Haftbefehlen des Bundesgerichtshofs elf Personen unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in »der ausländischen terroristischen Vereinigung TKP/ML« (§ 129 b StGB) verhaftet, davon sieben in der BRD, zwei in Griechenland und je einer in der Schweiz und Frankreich. In einem Fall hat die griechische Justiz die von der BRD beantragte Auslieferung in die BRD abgelehnt und den Betroffenen freigelassen. Alle anderen befinden sich seitdem in Haft in der BRD unter Isolationshaftbedingungen einschließlich Trennscheibe bei Verteidigergesprächen und Kontrolle der Verteidigerpost.

Nach den Ausführungen des BGH in den Haftbefehlen habe sich die TKP/ML zum Ziel gesetzt, die »derzeitige Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei … zu beseitigen und durch eine demokratische Volksrevolution den Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats und eine kommunistische Gesellschaftsordnung einzuführen.« Neben dem Vorwurf bewaffneter Aktionen in der Türkei werden an mehreren Stellen in den Haftbefehlen gemeinsame bewaffnete Aktionen mit Kräften der HPG vor Erklärung des Waffenstillstands sowie angebliche »strategische Gespräche« u. a. mit Vertretern der PKK hervorgehoben, beispielsweise auf politischer Ebene bei den Kommunalwahlen in der Türkei. In der BRD werden den Inhaftierten die Beschaffung von Finanzmitteln durch Spendensammlungen, die Durchführung von Veranstaltungen und die Rekrutierung neuer Kader zum Vorwurf gemacht.

Mit dieser Verhaftungswelle hat die deutsche Justiz die Strafverfolgung nach § 129 b StGB nach der DHKP-C und der PKK auf eine dritte Organisation ausgeweitet und damit ihre Vorreiterrolle in Europa bei der Kriminalisierung kurdischer und fortschrittlicher, linker und revolutionärer Organisationen aus der Türkei ein weiteres Mal bestätigt. Auf dieser Linie liegen auch das Verbot der – selbst in der Türkei legal erscheinenden – Zeitung »Yürüyüş« durch das Bundesinnenministerium, die Verhaftung eines weiteren kurdischen Politikers, Ahmet C., am 18.07.2015 unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der PKK sowie die in letzter Zeit verhängten drastischen Strafen von bis zu sechs Jahren Haft in Verfahren gegen kurdische und türkische Oppositionelle vor den Oberlandesgerichten in Düsseldorf und Stuttgart.

Voraussetzung für die Strafverfolgung einer Organisation als »terroristische Vereinigung im Ausland« gemäß § 129 b StGB für Organisationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union ist die ausdrückliche Ermächtigung durch das Bundesministerium für Justiz und damit letztlich eine politische Entscheidung der Bundesregierung. Die oben dargestellten Strafverfolgungsmaßnahmen der letzten Monate erfolgen in einer Zeit, in der sich insbesondere die PKK und linke politische Kräfte in der Türkei als entschiedenste und wirksamste Kraft im Kampf gegen die faschistischen Mörderbanden des IS oder der Al-Nusra-Front erwiesen haben. Gerade diese Kräfte werden durch die unvermindert fortgesetzte Strafverfolgung in der BRD und Kriminalisierung nach den »Anti-Terror-Paragraphen« 129 a und 129 b StGB geschwächt und in den Augen der Öffentlichkeit als »Terroristen« diffamiert, während die Luftangriffe der türkischen Armee auf angebliche Stellungen der PKK im Nordirak mit zahlreichen zivilen Opfern seitens der Bundesregierung kein Wort der Kritik finden.

An dieser Praxis muss sich die Bundesregierung messen lassen. Umso wichtiger ist es, nach wie vor die längst überfällige Aufhebung des PKK-Verbots in der BRD zu fordern, ebenso wie die Aufhebung der §§ 129 a und 129 b StGB und die Einstellung aller Verfahren gegen alle unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit zu kurdischen, linken und revolutionären Organisationen aus der Türkei Inhaftierten und deren sofortige Freilassung. ♦



In der Nacht des 6. Juli 2015 ist unser Genosse und Freund Kevin Jochim bei einem Angriff des IS in Rojava gefallen. Er und 5 weitere Freunde verloren im Kanton Cizîrê im Dorf Şergirat im Kreis Silûk ihr Leben. In Kurdistan kämpfte Kevin mit dem Namen Dilsoz Bahar in den Reihen der Volksverteidigungseinheiten der YPG.
Genoss_innen, die Heval Dilsoz an unterschiedlichen Orten kennenlernen durften, erinnern sich an Momente und Begegnungen mit ihm in Kurdistan und Deutschland:

Ich fragte mich oft, was Kevin wohl treibt ...

Ich kenne Kevin nicht gut, nur von wenigen Begegnungen auf Aktionen. Als ich Kevin im Mai dieses Jahres in einem Video-Interview aus Rojava sah, konnte ich mich sofort an unser letztes Aufeinandertreffen erinnern. Es war auf dem kurdischen Kulturfest in Mannheim im September 2012 – zwei Monate, bevor sich Kevin der kurdischen Befreiungsbewegung unter dem Namen Dilsoz Bahar anschloss und nach Rojava ging.

Im Laufe des Kulturfests kam Kevin auf mich zu, ich kannte ihn zuvor nur vom Sehen. Es ist seine offene und herzliche Art, die auch im Interview heraussticht, an die ich mich erinnere. Seine genossenschaftliche und positive Ausstrahlung schuf auf Anhieb eine vertraute Atmosphäre und so kamen wir damals schnell ins Gespräch. Wir tauschten unsere verschiedenen politischen Perspektiven und Visionen aus. Es wurde klar, dass Kevin eine große Begeisterung für die kurdische Bewegung verspürte, er reiste an diesem Tage allein von Karlsruhe nach Mannheim und wollte gemeinsam mit den kurdischen Genoss_innen auf dem Kulturfest feiern, sich informieren und Kontakte knüpfen. Kontaktdaten konnte ich mit Kevin leider nicht mehr austauschen, da das Kulturfest von der Polizei massiv angegriffen wurde und wir uns hierdurch aus den Augen verloren.

Ich fragte mich oft, was Kevin wohl treibt, und hielt auf größeren bundesweiten Demonstrationen nach ihm Ausschau – wiedergesehen habe ich Kevin dann in dem Video im April und hierdurch erfuhr ich, dass er nach Rojava gegangen war. Ich erinnerte mich sofort an ihn und das Kulturfest und die Entschlossenheit in seinen Augen, die Entschlossenheit, sich den gegebenen Machtverhältnissen zu widersetzen, und die Hoffnung, die er aus der Utopie des demokratischen Konföderalismus und der Kraft der kurdischen Bewegung zog.

Als ich Anfang Juli davon erfuhr, dass Kevin gefallen ist, konnte ich es kaum fassen. Auch wenn wir uns kaum kannten, ging mir sein Tod sehr nah – Kevin ist der erste Genosse, den ich persönlich kannte, der im Kampf für Freiheit und Revolution gefallen ist. Der Tod von Şehîd Dilsoz ist ein großer Verlust für uns alle. Kevin steht stellvertretend für viele junge Genoss_innen in Deutschland, die neue Hoffnung und Mut aus der ideologischen Stärke und der revolutionären Kraft der kurdischen Bewegung schöpfen.

Lasst uns Ivana, Kevin und all die anderen Genoss_innen, die im Kampf für die Befreiung der Menschheit gestorben sind, niemals vergessen. Bahar bedeutet Frühling, ein Frühling, der neues Leben, neuen Aufbruch und neue Kraft bedeutet. Kevin, Dilsoz Bahar, und Ivana Hoffmann werden in unseren Kämpfen weiterleben. Şehîd namirin!

Ein Genosse aus Hamburg



... er hatte in Kurdistan gefunden, was er suchte: eine revolutionäre Organisation im Dienst der Bevölkerung ...

Heval Dilsoz war fröhlich und gut gelaunt, als ich ihn traf. Er hatte nicht viel Zeit, denn er wechselte sich in einer 12-Stunden-Schicht mit einem anderen Freund ab. »Dilsoz«, den Namen hatten in der Gegend schon viele gehört. Eigentlich war er zu der Zeit so etwas wie eine kleine Berühmtheit.

Er hatte nicht nur in kurzer Zeit hervorragend Kurdisch gelernt, sondern sein Kurdisch war so gut, dass er eine ganz besondere Aufgabe übernehmen konnte. Heval Dilsoz war als Funker verantwortlich für den zentralen Knotenpunkt einer großen Region mit vielen Funkstationen. Das bedeutet, er musste jeden ankommenden Funkspruch annehmen, korrekt verstehen und an eine andere Funkstation weitergeben. Da in Kurdistan verschiedene Dialekte und Mundarten gesprochen werden, ist das eine besonders anspruchsvolle Aufgabe, die Heval Dilsoz mit Bravour meisterte. Ich habe viele Leute sagen hören, dass es eigentlich unglaublich sei, dass ein Deutscher in so kurzer Zeit so gut Kurdisch sprechen könne.

Heval Dilsoz hat sich sehr für Geschichte interessiert, für die Geschichte des Mittleren Ostens genauso wie für europäische Geschichte. Aus Deutschland wollte er eine Reihe von Büchern geschickt bekommen, da hatte er eine ganze Liste vorbereitet. Einige davon hat er vielleicht noch bekommen.

Ich konnte Heval Dilsoz leider nur kurz treffen, wir haben nicht sehr viel Zeit miteinander verbringen können. Ich hätte ihn gerne besser kennengelernt, gerne mehr von ihm über seine persönliche Geschichte gehört. Nach Deutschland zog es ihn gar nicht zurück, er hatte in Kurdistan gefunden, was er suchte: eine revolutionäre Organisation im Dienst der Bevölkerung. Deutschland – das war für ihn einerseits schon ziemlich weit weg. Vieles hatte er hinter sich gelassen und wollte auch gar nicht viel daran zurückdenken. Andererseits sah er klar die Verbindung: Rassismus und Unterdrückung von Frauen hatte er auch in Deutschland erlebt und bekämpft.

Seine Aufgabe machte ihm Spaß, und er hatte noch viel vor. Natürlich wollte er gegen den IS kämpfen, alle wollten das. Aber ich hatte nicht den Eindruck, dass ihn der Hass auf den IS antrieb. Er verstand genau die politischen Zusammenhänge und wusste, worum es in Rojava geht. Er wollte sich am Aufbau einer freien Gesellschaft beteiligen. Heval Dilsoz starb im Kampf für Menschlichkeit und Befreiung von jeglicher Unterdrückung.

Ein Freund und Genosse

Adieu, mutiger Deutscher ...

In Til Temir habe ich fünf Tage mit Dilsoz in einem Schützengraben verbracht. Nachts war er für meine Sicherheit verantwortlich. Seine Disziplin und seine Entschlossenheit waren beeindruckend. Als wir uns verabschiedeten, sagte ich »Auf Wiedersehen«, er antwortete: »Man kann auch fallen.« Er ließ nicht erkennen, dass er sich davor scheute. Adieu, mutiger Deutscher.

Uygar Önder Simsek, Fotograf

Er strahlte eine starke Lebensfreude und Selbstzufriedenheit aus ...

Von Dilsoz habe ich zunächst viel gehört, bevor ich ihn selbst kennenlernen konnte. Er war vor mir an der Sprachschule, um Kurdisch zu lernen. Die Freunde haben mit Begeisterung von ihm erzählt. Seine Disziplin und Begabung im Lernen der kurdischen Sprache haben so beeindruckt, dass er für zahlreiche Menschen ein Vorbild wurde.

Als ich Dilsoz etwas später selber kennengelernt habe, war ich vor allem von seiner Klarheit begeistert. Er war ein feiner, sehr liebevoller Mensch mit Größe. Es war deutlich, dass es ihm gut ging in Kurdistan. Trotz seiner europäischen Sozialisation war er ein sehr sozialer Mensch, er genoss es, von anderen Menschen umgeben zu sein.

Mit seinem Anschluss an die kurdische Befreiungsbewegung konnte er auf eine Weise leben, die ihm gut gefiel und nach der er sich gesehnt hatte. Er hat sich viele Gedanken gemacht und hatte nun die Gelegenheit, diese zu teilen, zu diskutieren und sich weiterzubilden. Sich als junger Mensch mit seinen Kräften, Ideen und Überzeugungen in diese Welt einbringen zu können, erfüllte ihn. Als ich ihn traf, sprachen wir über sein neues und altes Leben. Er erinnerte sich an seine Familie, erzählte über seine Mutter und seine Geschwister. Er strahlte eine starke Lebensfreude und Selbstzufriedenheit aus. Es war deutlich, dass er das Leben unter den Genossen genoss. Für diese Freiheit und gegen Faschismus wollte er kämpfen und er war auch bereit, sein Leben für diese Freiheit zu opfern – er wollte nach Rojava gehen.

Eine Freundin und Weggefährtin



Die Revolution, deren unumstößlicher Teil er ist, wird Wirklichkeit ...

Heval Dilsoz und ich lernten uns übers Funken kennen. Eines Tages erzählte mir eine Genossin von einem anderen Internationalisten in den YPG. Als ich interessiert nachhakte, lächelte sie und fragte: »Willst du mit ihm sprechen?« Sie gab mir das Funkgerät, welches ich zögernd annahm – durfte ich es für ein Privatgespräch nutzen? Klar, sagte die Genossin. So machte ich Bekanntschaft mit Dilsoz. Unsere Gespräche waren nie lang. Meist ging es um triviale Sachen, wir fragten den anderen nach deutschen Büchern oder hinterließen einander Grüße an einem Checkpoint, den wir passierten. Wenn ich am Funkgerät mit meinem gebrochenen Kurdisch am Ende war, rief ich ihn und er half mir immer weiter. An Weihnachten funkte ich ihn an, um ihm Festtagsgrüße zu übermitteln. Ich glaube nicht, dass der Feiertag ihm wichtig war, aber er hat sich trotzdem gefreut. Unter den Genoss*innen genoss Dilsoz einen sehr guten Ruf. Er sprach ein makelloses Kurdisch, besser als manche, deren Muttersprache es war. Es wurde immer mit Respekt und Bewunderung von ihm gesprochen – obwohl er noch nicht lange in der Bewegung war, wurden ihm wichtige Aufgaben und viel Verantwortung übertragen.

Das erste Mal trafen wir uns im Frühling. Ganz Rojava leuchtete im satten Grün der Weizenhalme und im Rot und Gelb der Mohn- und Rapsblüten. Es ist immer seltsam, zum ersten Mal leibhaftig eine Person zu sehen, die man schon lange zu kennen geglaubt, sich jedoch ganz anders vorgestellt hatte. Mein erster Eindruck war der eines sehr aufgeweckten, charismatischen und zielstrebigen Menschen. Von da an sahen wir uns öfter, jedoch lag über jedem Treffen der Schatten des Krieges, sodass wir die wenigen Male, die wir uns länger unterhielten, hauptsächlich die Vorgänge an der Front im Sinn hatten. Dilsoz kommandierte damals eine Einheit internationaler Kämpfer, von denen sich einige ohne jegliche revolutionäre Überzeugung den YPG angeschlossen hatten und ihm viel Kopfzerbrechen bereiteten. Anfangs nahmen manche ihn nicht ernst, weil er noch jung war, oder warfen mit rassistischen und sexistischen Äußerungen um sich. Doch er ließ sich von solchen Problemen nicht beirren. Dilsoz konnte sich sehr wohl durchsetzen – wenn es nötig war. So erlangte er den Respekt von Männern, die älter waren als er und viele Jahre in westlichen Armeen gedient und gekämpft hatten.

Ich mochte Dilsoz gern. Ich hatte immer geglaubt, wir würden eines Tages Zeit haben, über andere Dinge als Kampf und Front zu reden. Sein Leben interessierte mich, seine Beweggründe, sich der Revolution anzuschließen. Ich erfuhr, dass er beim Oberkommando darum gebeten hatte, mich in seine Einheit zu versetzen. Auch wenn es nie dazu kam, bin ich ihm dankbar für dieses Vertrauen.

Im Juni erzählte mir jemand, er hätte sich entschlossen, die YPG zu verlassen und in den zivilen Strukturen der Gesellschaft Rojavas zu helfen. Daher konnte ich es nicht glauben, als ich in den Abendnachrichten sein Gesicht unter den Gefallenen sah. Zum ersten Mal erfuhr ich seinen bürgerlichen Namen, der mir unwirklich, seltsam vorkam. Kevin Jochim – ich habe nicht das Gefühl, ihn je kennengelernt zu haben. Der Mensch, den ich kannte, hieß Dilsoz Bahar. Er war ein Freiheitskämpfer, ein Revolutionär. Nichts kann den Schmerz seines Verlustes rechtfertigen. Und dennoch hat er in seinen 21 Jahren mehr erreicht als die meisten Menschen in ihrem ganzen Leben. In diesem Moment arbeiten abertausende Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde an der Umsetzung seines Traums. Die Revolution, deren unumstößlicher Teil er ist, wird Wirklichkeit. Und solang noch ein Mensch an ihre Ideale glaubt, so lange wird er weiterleben.

Şehîd namirin!

Ein Genosse

Buchbesprechung

Murray Bookchin: »The Next Revolution«

Michael Knapp

Das Leben von Murray Bookchin, einem der prägenden Autoren zur Theorie und Praxis des Kommunalismus und Konföderalismus, endete im Jahr 2006. Dennoch entbehren die nun zum Teil zuvor unveröffentlichten oder schwer zugänglichen Texte im Band *The Next Revolution* in keiner Weise der Aktualität. Bookchin hätte sich, trotz seiner Überzeugung, dass Kommunalismus ein entscheidendes Modell für die Zukunft des Zusammenlebens auf diesem Planeten darstelle, wohl nicht träumen lassen, dass die Konzepte, an deren Entwicklung er entscheidend mitwirkte, mit der Revolution in Rojava, im Mittleren Osten, in Nordsyrien so schnell, im großen Stil praktisch umgesetzt werden würden.

Bookchin ist einer der Autoren, die das Werk des inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan, entscheidend und damit den Paradigmenwechsel innerhalb der PKK, weg von einem marxistisch-leninistisch orientierten nationalen Befreiungskampf hin zum libertären Modell des demokratischen Konföderalismus, beeinflussten. Dieses Modell, das Bookchin zunächst im industriellen Kontext der USA entworfen hatte, prägt nun die kurdische Realität und damit den gesamten Mittleren Osten entscheidend mit und ist für viele Menschen weltweit zur hoffnungsvollen Alternative gegenüber der kapitalistischen Moderne, individualistischem Anarchismus und staatsfixiertem Marxismus-Leninismus geworden. Bookchin übt solidarische und entschlossene Kritik an der Geschichte der Linken, die seine eigene Biographie vom trotzkistischen Marxisten über den Anarchismus hin zum libertären Kommunalismus deutlich widerspiegelt. In den im Buch wiedergegebenen Essays zeigt sich seine Fähigkeit, aus der Kritik der Geschichte der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, ob im klassischen Athen, der Pariser Commune, im revolutionären Barcelona oder in den Projekten der kommunalistischen Selbstverwaltung in den USA, nachvollziehbare Lehren zu ziehen und Wege zum Aufbau einer radikal anderen, ökologischen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft im Hier und Jetzt zu beginnen. Dies ist sicherlich auch einer der Punkte, welche Bookchin und Öcalan vereinen – beide stehen an ganz unterschiedlichen Punkten, blicken jedoch auf die Weltgeschichte, die Geschichte der kapitalistischen und der demokratischen Moderne und entwickeln mit der Methode der Kritik und Selbstkritik, so schmerzlich sie auch sein mag, neue Paradigmen und Praktiken. So fand sowohl in der Biografie von Öcalan als auch in der von Bookchin eine Abkehr von den Modellen des historischen Materialismus statt, welche eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zur Voraussetzung, zu einer befreiten Gesellschaft, einer kommunistischen Gesellschaft zu kommen, macht. Bookchin argumentiert, dass alleine die ökologische Katastrophe, welche dies hervorrufen würde, die Existenz der Menschheit vor einem postulierten Wandel beenden würde, und betont ebenfalls den Eurozentrismus dieser Perspektive. Ökologische Widersprüche werden als einer der entscheidenden Faktoren zur Begrenzung des kapitalistischen Systems gesehen, Organisierung muss in diesem Sinne auch jenseits von Klassenkategorien stattfinden. Stattdessen wird bei Bookchin auf das Empowerment des Individuums hin zum zoon politicon – zum politischen Wesen – Wert gelegt, das sich selbst in den Räten und in der Selbstverwaltung re-

> Das Zusammenspiel der Ideen von Bookchin und Öcalan können wir gerade in Rojava, aber auch in den anderen Teilen Kurdistans beobachten und weltweit finden Diskussionen um die Frage statt, kann demokratischer Konföderalismus auch eine Alternative für die kapitalistischen Metropolen sein, oder ist es eine Bewegung, die im antikolonialen Kontext wirkmächtig ist, in Industrienationen jedoch nicht.

präsentiert. An die Stelle einer zentralistischen Organisierung und der Diktatur des Proletariats tritt die Konföderation der Räte. Wie es in Rojava ebenfalls gerade umgesetzt wird, wird auch im kommunalistischen Projekt Bookchins die Ökonomie nicht verstaatlicht, sondern kommunalisiert – das heißt, Ökonomie wird Teil der Sphäre der politischen Entscheidungen.

Ein entscheidender Punkt, der Bookchins Modell ebenfalls effizient macht, ist die Notwendigkeit von »Führung« entlang politisch-ethischer Kriterien. Führung verschwindet nicht, indem sie negiert wird, sie wird kontrollierbar dadurch, dass man sie benennt. Informelle Strukturen sind schwerer zu hinterfragen als formelle. Bookchin schlägt vor, einen libertären Ansatz zum Begriff der Führung mit entsprechenden Kontrollmechanismen zu entwickeln, um diese zu definieren, einzugrenzen, aber auch die Stärken und Erfahrungen von Individuen zu nutzen. Verbindlichkeit und Verantwortung stellen auf jeder Ebene der Organisierung zentrale Werte dar.

Das Zusammenspiel der Ideen von Bookchin und Öcalan können wir gerade in Rojava, aber auch in den anderen Teilen Kurdistans beobachten und weltweit finden Diskussionen um die Frage statt, ob demokratischer Konföderalismus auch eine Alternative für die kapitalistischen Metropolen sein kann, oder ob es eine Bewegung ist, die im antikolonialen Kontext wirkmächtig ist, in Industrienationen jedoch nicht.

Gerade hier liegen ganz entscheidende Stärken Bookchins, der mit seinem Modell einerseits von der Geschichte, aber andererseits auch von der Realität in westlichen Industrieländern ausgeht und den regionalen Aufbau von Strukturen jenseits des Staates auf kommunaler Ebene in radikaler Form entwickelt. Vor dem Hintergrund der Erpressung und Zerstörung Griechenlands durch EU und IWF, allen voran durch die Bundesregierung Deutschlands, wird deutlich, wie notwendig der Aufbau eigener organisierter und konföderierter Parallelstrukturen ist, welche der kapitalistischen Moderne entgegenstehen und nicht, wie abhängige Nationalstaaten und ihre wechselnden Regierungen, zu erpressen sind. Im Rahmen sich immer weiter zuspitzender Verhältnisse ist die Lektüre von Bookchin mehr als aktuell und angebracht. Das Buch, welches im Unrast-Verlag im September 2015 auf Deutsch erscheinen wird, stellt eine konzentrierte Zusammenstellung von Aufsätzen Bookchins dar, welche die Definition und das Funktionieren eines libertär-kommunalistischen Modells darstellen und insbesondere durch ihre Zusammenstellung den Wert eines Manifests besitzen. Weiterhin stellt das Buch eine wichtige Hilfe dar, um die aktuelle in den verschiedenen Teilen Kurdistans im Aufbau befindliche Alternative und ihre Prozesse zu verstehen. ♦

MURRAY BOOKCHIN
DIE NÄCHSTE REVOLUTION
LIBERTÄRER KOMMUNALISMUS UND DIE ZUKUNFT DER LINKEN
mit einem Vorwort von Ursula K. Le Guin
UNRAST

Murray Bookchin
Die nächste Revolution
Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken
UNRAST Verlag
ISBN 978-3-89771-594-3
Erscheinungsdatum: September 2015
Seiten: ca. 240
16,00 €

Die demokratische Moderne aufbauen – der kommende Aufstand und die Revolution im Westen

... sich vom Staat zurückziehen, um sich die eigene Kraft der Problemlösung und Perspektivfindung anzueignen

Initiative zur Verständigung / Philologischer Flügel der Imaginären Partei

Während der kurdische Aufbruch den Mittleren Osten umgestaltet und die Idee des demokratischen Konföderalismus zu einem Lösungsentwurf für die ganze Region geworden ist, erscheint es in Europa nach wie vor schwierig, einen Ausweg aus der kapitalistischen Moderne zu denken und zu leben.

Spätestens seit Beginn des Jahres 2014, der offiziellen Ausrufung der demokratischen Autonomie in den kurdischen Gebieten Nordsyriens und der Gründung der Kantone Rojavas besteht kein Zweifel mehr an der politischen Renaissance der demokratischen Kräfte des Mittleren Ostens. Grund dafür mag auch die Rolle der Region als Austragungsort globaler Machtkämpfe gewesen sein, die an der Peripherie verschiedener Einflusssphären liegt – stellvertretende Kräfte der NATO, Bündnispartner Russlands sowie regionale Mächte wie die Türkei und der Iran haben zwischen militärischen Invasionen, politischen Provokationen und kolonialen Eingriffen eine Leerstelle hinterlassen, in der sich die Gesellschaft wieder selbst organisieren kann und muss. In Gebieten, die der Kontrolle der großen zentralistischen Staatsgebilde entgleiten (ob durch eigene Vernachlässigung wie im Norden Syriens, oder weil sie militärisch verdrängt wurden, wie in Gebieten des Nordirak) haben sich Experimente gesellschaftlicher Selbstverwaltung entwickelt. Wenn die Organisierung des Staates geschwächt ist oder zurückgedrängt werden kann, hat die Gesellschaft die Chance, sich selbst zu organisieren und nach eigenen Maßstäben Welten aufzubauen. Die Richtungen sind nicht notwendigerweise demokratisch oder ethisch begründet, wie das Beispiel der Taliban in Afghanistan, das Anwachsen religiösen Fundamentalismus oder organisiertes Bandenwesen in Mittelamerika und anderswo vor Augen führen. Allerdings zeigen die Kämpfe demokratischer Kräfte wie indigene Widerstände in Lateinamerika, Bäuer_innenorganisierung in Asien und Afrika und die nicht-staatlichen sozialistischen Bewegungen wie die kurdische eindrucksvoll, was möglich wird, wenn sich Gesellschaften ein eigenes historisches Bewusstsein schaffen und in eigenen Strukturen das Leben und die Verteidigung organisieren. All diese Widerstände und Aufbrüche stellen den Kampf der demokratischen Moderne dar: die Notwendigkeit einer anderen Welt, die Überwindung der kapitalistischen Moderne.

In den Zentren des Westens der kapitalistischen Moderne, in Europa und Nordamerika, stellt sich die Frage des Aufbaus der demokratischen Zivilisation in anderer Form. Wie kann ein demokratischer, ein revolutionärer Aufbruch inmitten einer umfassenden Verwaltung durch staatliche Bürokratie vorangehen? Wie kann ein Leben organisiert werden, das die Unterordnung unter die Sachzwänge des Marktes überwinden muss? Wie den Betonwüsten, den Industriekomplexen und der Architektur der Entfremdung eine Welt der ökologischen und gesellschaftlichen Verbundenheit entgegensetzen?

Das 20. Jahrhundert endete für die revolutionären Kräfte innerhalb Europas durchaus traumatisch: Die Aufbrüche der anarchistischen Bewegungen, die sozialistischen und kommunistischen Parteien, die Friedens-, Protest-, Frauen-, Jugend-, ökologischen und nationalen Widerstandsbewegungen fanden keine Antworten, die der kapitalistischen Misere eine wirkliche gesellschaftliche Alternative hätten entgegensetzen können – mehr noch, viele Erfolge konnten vom System vereinnahmt werden, wurden von den Faschismen zerschlagen oder gingen in Staatssozialismen auf, die sich wieder gegen die eigenen Gesellschaften richteten. 25 Jahre nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist klar, dass das Ende der Geschichte ausgeblieben ist. Vielmehr ist seit den Jugendaufständen in Frankreich, England und Griechenland, den arabischen Revolutionen von Tunesien bis Syrien und der Revolution in Kurdistan

eine chaotische Situation entstanden, die klarmacht, dass die bestehenden staatlichen und überstaatlichen Strukturen demokratische Lösungsprozesse behindern, und selbst nur mit autoritärem Krisenmanagement und Ausnahmezustand, Aufbau von paramilitärischen Repressionsstrukturen und faschistischen Banden sowie Abschottung nach außen reagieren. Eine wirkliche Lösung im Sinne der Gesellschaften kann auch in Europa und den großen parlamentarisch-bürokratischen Staaten nur durch die Schaffung eines widerständischen Bewusstseins, Aneignung der Initiative von unten und den Aufbau kommunalistischer Strukturen herbeigeführt werden.

So oder ähnlich ließen sich einige zentrale Thesen eines Vorschlages zusammenfassen, den einige Freund_innen als unsichtbares Komitee in ihrem Pamphlet »Der kommende Aufstand« 2007 unterbreiteten, das in der westlichen Welt für einiges Aufsehen sorgte. Von weiten Kreisen der klassischen Linken wurde es mit harscher Kritik und Feindseligkeit beantwortet, von Feuilletons entweder als nihilistische Weltuntergangsromantik, als bloße Provokation und kunstfertige Stilübung oder als bedenkliches, aber folgenloses Gedankenspiel abgetan.

Die Ansätze und Analysen des Komitees können dagegen aus Perspektive jener, die sich wieder selbst organisieren wollen, einen Schritt in Richtung eines neuen revolutionären Paradigmas und einer ganzheitlichen Perspektive für Europa darstellen; in Ausrichtung, Ideologie und Ziel dem neuen Paradigma Abdullah Öcalans und der PKK sehr ähnlich. »Der kommende Aufstand« stellt nicht ein isoliert stehendes Werk dar, sondern knüpft an Schriften an, die unter dem Namen »Tiqqun« bereits seit Mitte der neunziger Jahre erschienen sind. Der Name »Tiqqun« stammt aus der jüdischen Mystik, und bezieht sich auf die Einswerdung, Reparatur der Welt. Die Herleitung verweist auch auf eine Notwendigkeit revolutionärer Organisierung: gemeinsame Mythologie, Werte und Bezugspunkte. In verschiedenen Annäherungen nehmen sie in ihren Schriften eine tiefe philosophische und ideologische Analyse der Situation der westlichen Gesellschaften vor: unter anderem eine Analyse des Staates, seiner Geschichte und Mentalität (»Anleitung zum Bürgerkrieg«), eine Analyse der Regierungswissenschaft und postmodernistischer Staatsideologie (»Kybernetik und Revolte«), eine historische Annäherung an die und Kritik der revolutionären Erfahrungen der italienischen Autonomia-Bewegung der 80er Jahre und westlicher Feminismen (»Alles ist gescheitert, es lebe der Kommunismus!«) sowie eine Analyse der liberalen Persönlichkeit der westlich-kapitalistischen Staatsbürger_innen-Mentalität (»Theorie vom Bloom«): Der »Bloom« als das leere, losgelöste Wesen des Westens, das kein Begehren mehr kennt außer den kleinen Bedürfnissen und sich in seinem Individualismus von der Gesellschaft losgesagt und dem Nichts zugewandt hat.

2014 veröffentlichte das unsichtbare Komitee weitere Beiträge unter dem Titel »An unsere Freunde«, diesmal strategischer und praktischer ausgerichtet. Sie betonen, dass die kleineren und größeren Aufstände der letzten sieben Jahre zu Erfahrungen mit revolutionärer Selbstorganisierung geführt haben, einerseits, was konkrete Praktiken und Techniken der Selbstverteidigung und Selbsthilfe betrifft, wie sie die kurdische und andere Bewegungen seit Jahrzehnten entwickelt haben. Andererseits gab es in den letzten Jahren Widerstände, die einer anderen Logik als die großen idealistischen Projekte der sozialistischen Parteien und anarchistischen Gruppen folgten: lokale Kämpfe, regionale Widerstände gegen staatliche Infrastrukturprojekte und damit einhergehende kommunale Organisierung. Was sich als erfolgreich herauskristallisiert, ist für Europa nicht die große einheitliche Bewegung, wie es noch die kommunistischen Projekte am Anfang des letzten Jahrhunderts versuchten, sondern die Organisationsform des Kommunalismus. Denn im Grunde spielt sich in verschiedenen Gegenden innerhalb Europas etwas ab, das stark an die Situation des Mittleren Ostens erinnert: der Rückzug des Staates als flächendeckende Kontrolle und der Versuch punktueller Besatzungen, ähnlich den großen Staudamm-Projekten im Südosten der Türkei und anderen Regionen. So entstanden innerhalb der Metropole widerständische Territorien: das besetzte Gelände eines Großflughafens in Nordfrankreich, das Susa-Tal in Norditalien im Widerstand gegen eine Hochgeschwindigkeitsbahntrasse, das deutsche Wendland oder das französische Bure als Castor-Widerstandszentren, die kalifornische Oakland-Kommune, selbstorganisierte Dörfer und Kommunen in Andalusien und Katalonien, selbstverwaltete indigene Gebiete von Chile bis Mexiko. Die Betonung liegt dabei nicht darauf, revolutionäre Projekte in kleinen, abgeschotteten Gebieten aufzubauen, sondern vielmehr darauf, diese als strategische Ausgangspunkte mit einer großen Strahlungskraft und als Experimentierfelder der Selbstverwaltung zu nutzen, ähnlich dem, was die Medya-Verteidigungsgebiete, das Camp Maxmur oder die Kantone Rojavas für die kurdische Bewegung sind: Gebiete, in denen die Formen der Selbstverwaltung, Kommunikation und Verteidigung am stärksten ausgeprägt sind, und von denen ausge-

Was sich als erfolgreich herauskristallisiert, ist für Europa nicht die grosse einheitliche Bewegung, wie es noch die kommunistischen Projekte am Anfang des letzten Jahrhunderts versuchten, sondern die Organisationsform des Kommunalismus.

hend mit anderen Gebieten, Freund_innen und Gesellschaften Austausch und Unterstützung organisiert werden können.

Eine große Stärke liegt, abseits aller Analysen und großen Ideen, vor allem in der Art und Weise, der Ästhetik des revolutionären Gedankens und der Verbindung: Die gesellschaftliche Verbindung, aus der jede Selbstorganisierung, jeder Aufstand und jede Revolution geboren wird, ist die Ebene der Freund_innenschaft. Und so wendet sich das Komitee nicht an die Massen, die Gesellschaft als Einheit, sondern – in Kritik und Vorsicht gegenüber all den fehlgeschlagenen Versuchen kollektiver Organisierung in Europa – an die, die die Bereitschaft haben zuzuhören und sich der staatlichen Organisierung entziehen. An die Freund_innen. Wenn der Kapitalismus darauf basiert, die gesellschaftliche Basis anzugreifen, sind die wirkliche Verbindung, die geteilte Verantwortung füreinander und das gemeinsame Lösen von Problemen ein revolutionärer Akt, der sich mit anderen verbünden, zur Bewegung anwachsen kann – es tut, sobald die Wahrnehmung für die gesellschaftlichen Probleme geschärft ist, die sich im Leben aller im Kapitalismus spiegeln. Vor allem ist jede revolutionäre Initiative Ausdruck des Vertrauens von denen, die sich mehr aufeinander und auf ihre eigene Gesellschaftlichkeit beziehen als auf ihre individuelle Sicherheit und ihre Gebundenheit an das System.

Wenn der Kapitalismus darauf basiert, die gesellschaftliche Basis anzugreifen, ist die wirkliche Verbindung, die geteilte Verantwortung füreinander und das gemeinsame Lösen von Problemen ein revolutionärer Akt, der sich mit anderen verbünden, zur Bewegung anwachsen kann – es tut, sobald die Wahrnehmung für die gesellschaftlichen Probleme geschärft ist, die sich im Leben aller im Kapitalismus spiegeln.

Niemand kann in der kapitalistischen Metropole ohne einen gewissen Schutz überleben: der Schutz des unsicheren Versprechens der nahen Rente oder des Erfolgs, das Ausblenden der Realität, die Leugnung der eigenen Verantwortung, Erschaffen von Feindbildern, die Betäubung durch Drogen, Konsum und staatliche Ruhigstellung, Flucht in den Urlaub, die Arbeit, die Freizeit, den Selbstmord. Die Freund_innen des unsichtbaren Komitees schlagen einen anderen Weg vor: die Sicherheit der Selbstorganisierung, ein neues Experimentieren mit dem Schutz, den die Freund_innenschaft und die gesellschaftliche Verbundenheit bieten. Und so bilden die, die sich organisieren, eine neue Kaste von Verbündeten, die sich vom Staat zurückziehen, um sich die eigene Kraft der Problemlösung und Perspektivfindung anzueignen. Eine imaginäre Partei, notwendig dezentral und kommunalistisch organisiert und über ein gemeinsames Bewusstsein verbunden – durch eine Mythologie der Befreiung; und in der Lage, sich über das gegenseitige Erkennen, ihre Betroffenheit und die Notwendigkeiten zu verbünden. So weit wie die staatliche Verwaltung die Gesellschaften durchdrungen und kolonisiert hat, so kleinteilig und von unten muss der Aufbau der ethischen Gesellschaftlichkeit sich selbst organisieren, bis er zur Bewegung werden kann. ♦

Literaturhinweise:
Unsichtbares Komitee:
Der kommende Aufstand, bloom0101.org
Unsichtbares Komitee:
An unsere Freunde, Edition Nautilus 2015
Tiqqun: **Anleitung zum Bürgerkrieg**, Laika 2012
Tiqqun: **Alles ist gescheitert, es lebe der Kommunismus!**, Laika 2013
Tiqqun: **Theorie vom Bloom**, bloom0101.org
Tiqqun: **Aufruf**, bloom0101.org

Die im Text erwähnten Werke sind kostenlos im Internet in verschiedenen Sprachen verfügbar: http://bloom0101.org/

Periodika

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Straßenkontrolle der HPG in Dersim, ein Miting mit der Bevölkerung.
Foto: DIHA

Rückseite:
Beerdigung von Kevin Jochim/Dilsoz Bahar in Karlsruhe

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Spendenaufruf: Eine Feuerwehr für Rojava!

Seit mehreren Jahren herrscht in Syrien ein zerstörerischer Krieg, der insbesondere für die Zivilbevölkerung verheerende Folgen hat: Es gibt unzählige Todesopfer, ein großer Teil der Infrastruktur wurde zerstört und fast die Hälfte der syrischen Bevölkerung (etwa 10 Millionen Menschen) ist auf der Flucht.
Im vorwiegend von Kurdinnen und Kurden bewohnten Norden des Landes haben die Menschen beschlossen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Seit 2011 wird in Rojava, einem Gebiet an der Grenze zur Türkei und dem Irak, der Aufbau kommunaler Selbstverwaltungsstrukturen vorangetrieben. Die Menschen vor Ort entwickeln so einen praktischen Gegenentwurf zu den von Gewalt, Ausgrenzung und althergebrachten Machtansprüchen geprägten Strukturen.
Die Gesellschaft organisiert sich in basisdemokratischen Räten, an denen sich alle, auch die zahlreichen syrischen Binnenflüchtlinge, beteiligen können. Frauen spielen in diesem Prozess eine besondere Rolle. Ihr zentraler Beitrag zum Wiederaufbau und ihre Beteiligung an allen Entscheidungen wird von den Bewohnern vor Ort als Voraussetzung für eine bessere und herrschaftsfreie Gesellschaft verstanden. Um auch ökonomisch eine Alternative zu schaffen und der prekären Versorgungslage etwas entgegenzusetzen, wurden Kooperativen gegründet. Dort werden gemeinsam Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände produziert.
Zum Schutz vor bewaffneten Angriffen, vor allem durch Angehörige der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS), wurden im Sommer 2012 die Volksverteidigungskräfte YPG und die Frauenverteidigungskräfte YPJ gegründet. Dadurch ist es den Menschen in Rojava möglich, den Aufbau einer basisdemokratischen Gesellschaft trotz der angespannten Sicherheitslage weiter voranzutreiben. Dieser Prozess wird zudem durch Weiterbildungsangebote und den Aufbau von lokalen Schulen und Akademien ergänzt.
Die Selbstverwaltung in Rojava wird allerdings von vielen Staaten nicht anerkannt und unterliegt einem Embargo der Anrainerstaaten. Dadurch fehlt es selbst an lebensnotwendigen Gütern wie Medizin und Nahrungsmitteln. Wesentliche öffentliche Infrastruktur wie Energie- und Wasserversorgung sowie Krankenhäuser wurden im Krieg zerstört.Wir glauben, dass Wiederaufbau, Selbsthilfe und -verwaltung nicht an fehlender Ausstattung scheitern darf. Daher wollen wir die Menschen vor Ort praktisch und solidarisch unterstützen. Im Sommer 2015 werden wir daher auf Wunsch der Menschen in der Region ein Feuerwehrfahrzeug und dazugehörige Ausrüstung kaufen und nach Rojava bringen. Die »Feuerwehr für Rojava« soll dann direkt vor Ort an die Mitglieder der lokalen Selbstverwaltung übergeben werden. ...
Um das alles zu finanzieren, ist dieses Projekt auf Spenden angewiesen.
Spendenquittungen können ausgestellt werden.
Spendenkonto:
CAR DEST Hilfsorganisation
BANK: Berliner Sparkasse
IBAN: DE84 1005 0000 0190 3903 36
BIC: BELADEBEXXX
Verwendungszweck: »Feuerwehr für Rojava«

www.feuerwehrfuerrojava.de



ISSN 0935-5375